



23. Oktober 2013

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

ERSTER NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("**WP**PG")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN

(DIE "**B**ASISPROSPEKTE"):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 8. JULI 2013 (DER "**RSSP B**ASISPROSPEKT A")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "**RSSP A** WERTPAPIERE")

RSSP BASISPROSPEKT B VOM 24. JULI 2013 (DER "**RSSP B**ASISPROSPEKT B")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE NON-LINEARE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP B** WERTPAPIERE")

RSSP BASISPROSPEKT C VOM 25. JULI 2013 (DER "RSSP BASISPROSPEKT C")

FÜR

WARENBEZOGENE AUTOCALL UND REVERSE CONVERTIBLE BZW. WORST OF REVERSE
CONVERTIBLE WERTPAPIERE (DIE "RSSP C WERTPAPIERE")

RSSP BASISPROSPEKT D VOM 25. JULI 2013 (DER "RSSP BASISPROSPEKT D")

FÜR

REVERSE CONVERTIBLE AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE
(DIE "RSSP D WERTPAPIERE")

RSSP BASISPROSPEKT E VOM 4. JULI 2013 (DER "RSSP BASISPROSPEKT E")

FÜR

FESTVERZINSLICHE, VARIABEL VERZINSLICHE WERTPAPIERE, WERTPAPIERE MIT
INFLATIONSBEZOGENER VERZINSUNG SOWIE NULLKUPONWERTPAPIERE
(DIE "RSSP E WERTPAPIERE")

(DIE RSSP A WERTPAPIERE, DIE RSSP B WERTPAPIERE, DIE RSSP C WERTPAPIERE, DIE
RSSP D WERTPAPIERE UND DIE RSSP E WERTPAPIERE, DIE "**WERTPAPIERE**")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten bis zum Datum dieses Nachtrags begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank plc die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP,

Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich und auf der Internetseite der Emittentin www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors (oder einer Nachfolgersite) bereitgehalten.

Die nachtragsbegründenden Umstände sind:

- (i) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Bekanntmachung der Emittentin vom 16. August 2013, dass Chris Lucas als Finanzvorstand der Gruppe (*Group Finance Director*) zurückgetreten ist und Tushar Morzaria zum Geschäftsführer (*Executive Director*) ernannt wurde sowie die Ernennung von Fritts van Paaschen als nicht an der Geschäftsführung beteiligter Director (*Non-Executive Director*);
- (ii) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf den Zusammenschluss des größten Teils der Afrika-Geschäfte der Emittentin mit Absa Group Limited, der am 31. Juli 2013 abgeschlossen wurde;
- (iii) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Bekanntmachung der britischen Aufsichtsbehörde (*Prudential Regulation Authority*) der Ergebnisse ihrer Bewertung der Eigenkapitalausstattung vom 30. Juli 2013;
- (iv) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Veröffentlichung des Abschlussberichts über den britischen Bankensektor des parlamentarischen Ausschusses für Bankstandards (Parliamentary Commission on Banking Standards - PCBS) vom 19. Juni 2013;
- (v) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf den Abschluss von Vertraulichkeitsvereinbarungen und Gebührenvereinbarungen (*tolling agreement*) am 1. Februar 2013 mit der Koalition der Generalanwaltschaften in Zusammenhang mit den geschlossenen Vergleichen mit der FCA in Sachen LIBOR (das *tolling agreement* regelt das Verhalten bzgl. LIBOR und nicht allein den Vergleich mit der FCA);
- (vi) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Bildung einer zusätzlichen Rückstellung zum 30. Juni 2013 für Entschädigungen im Zusammenhang mit Zinssicherungsprodukten;
- (vii) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Rückstellungen zum 30. Juni 2013 für die Entschädigung im Zusammenhang mit Restschuldversicherungen;
- (viii) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf den am 16. Juli 2013 durch die FERC erlassenen Bescheid über die Festsetzung zivilrechtlicher Strafen (*Order Assessing Civil Penalties*);
- (ix) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf neue Informationen in Bezug auf die Kartellrechtliche Ermittlungen am CDS-Markt vom 1. Juli 2013;
- (x) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Bekanntgabe der FCA zu den Ergebnissen ihrer aufsichtsrechtlichen Ermittlungen vom 27. Juni 2013;
- (xi) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Bekanntmachungen des Liquidators vom 7. Juni 2013 und vom 2. Juli 2013 sowie vom Liquidator vorgenommene Zahlungen vom 16. Juli 2013 und deren Auswirkungen zum 30. Juni 2013 in Zusammenhang mit den Gerichtsverfahren in Sachen Lehman Brothers;
- (xii) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die am 26. Juli 2013 verkündete Entscheidung des Berufungsgerichtshof im Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren in Sachen "Devonshire Trust";
- (xiii) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die neuesten Entwicklungen im Rahmen der Zivilklagen im Zusammenhang mit LIBOR-Festlegung vom 12. Juli 2013;
- (xiv) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die ungeprüften Zwischenergebnisse der Barclays PLC und der Emittentin für die sechs Monate, die am 30. Juni 2013 endeten, die am 30. Juli 2013 veröffentlicht wurden;

(xv) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Entscheidung des Second Circuit vom 19. August 2013 in Bezug auf die ADS-Vorzugsaktien;

(xvi) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Bekanntgabe der FCA vom 22. August 2013 hinsichtlich Card Protection Plan Limited;

(xvii) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Entscheidung des Bezirksgerichts vom 23. August 2013 in Bezug auf die Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR;

(xviii) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Mitteilung der zuständigen Abteilung des United States Attorney's Office am 6. September 2013, dass diese den FERC-Ermittlungen gegenständlichen Sachverhalt ebenfalls prüfe;

(xix) die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die am 13. September 2013 erteilten Warnhinweise der FCA; und

(xx) die Feststellung von wesentlichen Unrichtigkeiten nach der Billigung der Basisprospekte.

Im Zuge des Nachtrags wurden zudem Rechtschreibfehler korrigiert.

1. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", Element B.12 wie folgt ersetzt:

B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2012 bzw. zum 31. Dezember 2011 endende Jahr entnommen:	
	Keine wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin	2012 GBP Mio.	2011 GBP Mio.
Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe	Gesamte Aktiva:	1.490.747	1.563.402
	Gesamte Nettoforderungen	466.627	478.726
	Gesamte Einlagen	462.806	457.161
	Gesamtes Eigenkapital	62.894	65.170
	Minderheitsbeteiligungen	2.856	3.092
	Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	99	5.974
	Wertminderungsaufwand	3.596	3.802
	Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2012, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert.		
	Die folgenden Finanzinformationen sind den ungeprüften Zwischenergebnissen (<i>Interim Results Announcement</i>) der Emittentin für die am 30. Juni 2013 endenden sechs Monate entnommen:		
		Zum 30.06.2013 GBP Mio.	Vergleichen- der Überblick zum 30.06.2012 GBP Mio.
	Gesamte Aktiva:	1.533.378	1.629.089
	Gesamte Nettoforderungen	516.949	501.509
	Gesamte Einlagen	538.624	502.818
	Gesamtes Eigenkapital	59.394	60.371
	Minderheitsbeteiligungen	2.620	2.957
	Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.648	716
	Wertminderungsaufwand	1.631	1.710
	Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gruppe seit dem 30. Juni 2013.		

2. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", Element B.13 wie folgt ersetzt:

<p>B.13</p>	<p>Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind</p>	<p>Am 6. Dezember 2012 gab die Emittentin bekannt, dass sie die Zusammenlegung des größten Teils ihrer Afrika-Geschäfte (das "Portfolio") mit Absa Group Limited ("Absa") vereinbart hat. Im Rahmen des geplanten strategischen Zusammenschlusses wird Absa die als Portfolio-Holdinggesellschaft vorgesehene Barclays Africa Limited übernehmen; als Gegenleistung erhält Barclays Africa Limited 129.540.636 Absa-Stammaktien (im Wert von ca. GBP 1,3 Mrd.). Infolge der Transaktion erhöht sich die 55,5 %-Beteiligung der Emittentin an Absa auf 62,3 %. Der Zusammenschluss wurde am 31. Juli 2013 abgeschlossen.</p> <p>Am 9. Oktober 2012 gab die Emittentin bekannt, dass sie die Übernahme der Einlagen, der Hypotheken und des Betriebsvermögens von ING Direct UK vereinbart hat. Im Rahmen dieser Transaktion, die am 5. März 2013 abgeschlossen wurde, erwarb die Emittentin neben anderen Gütern des Betriebsvermögens einen Einlagenbestand mit Salden in Höhe von ca. GBP 11,4 Mrd. und einen Hypothekenbestand mit ausstehenden Salden in Höhe von ca. GBP 5,3 Mrd.</p> <p>Am 22. Mai 2012 gab die Emittentin bekannt, dass sie die Veräußerung ihrer gesamten Beteiligung an BlackRock, Inc. ("BlackRock") im Rahmen eines öffentlichen Angebots mit Underwriting sowie eines teilweisen Rückkaufs durch BlackRock vereinbart hat. Bei der Veräußerung erzielte die Emittentin einen Nettoerlös von ca. USD 5,5 Mrd.</p>
--------------------	--	---

3. In dem RSSP Basisprospekt E wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", Element B.17 wie folgt ersetzt:

<p>B.17</p>	<p>Ratings, die im Auftrag des Emittenten oder in Zusammenarbeit mit ihm beim Ratingverfahren für den Emittenten oder seine Schuldtitel erstellt wurden</p>	<p>Die kurzfristigen unbesicherten Verpflichtungen der Bank wie folgt geratet: A-1 von Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, P-1 von Moody's Investors Service Ltd. und F1 by Fitch Ratings Limited und die langfristigen Verpflichtungen der Bank sind wie folgt geratet: A von Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, A2 von Moody's Investors Service Ltd. und A von Fitch Ratings Limited.</p> <p>Die Emission der Wertpapiere ist [nicht geratet][geratet als [●] von [Fitch Ratings Limited/Moody's Investors Service Ltd./Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited].</p> <p>Sowohl Fitch Ratings Limited als auch Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited und Moody's</p>
--------------------	--	--

		Investors Service Ltd. haben ihren Sitz in der Europäischen Union und sind registriert unter der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 513/2011 und stehen auf der Liste der registrierten Ratingagenturen, die auf der Website der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde unter http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs veröffentlicht ist.
--	--	---

4. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", Element D.2 wie folgt ersetzt:

D.2	Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind	<p>Geschäftsbedingungen und die allgemeine Wirtschaftslage: Die Gruppe übt wesentliche Geschäftstätigkeiten in einer großen Anzahl von Ländern aus. Dementsprechend können sich Veränderungen der Geschäftsbedingungen und der Wirtschaftslage in einem einzelnen Land oder einer Region oder weltweit in vielfältiger Weise nachteilig auf die Ertragskraft auswirken, sei es auf Ebene der Emittentin, der einzelnen Geschäftsbereiche oder spezieller Länder, in denen die Emittentin geschäftstätig ist.</p> <p>Kreditrisiko: Das Kreditrisiko ist das Risiko eines finanziellen Verlustes der Gruppe, dadurch, dass Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner der Gruppe ihre vertraglichen Verpflichtungen ihr gegenüber nicht erfüllen. Das Kreditrisiko, dem die Gruppe ausgesetzt ist, besteht hauptsächlich im Zusammenhang mit gewerblichen Krediten und Privatkrediten in Verbindung mit dem Adressenausfallrisiko aus dem Abschluss von Derivatekontrakten mit ihren Kunden. Weitere Kreditrisiken bestehen im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, u. a. mit Schuldtiteln, offenen Posten gegenüber Vertragspartnern am Markt, zur Veräußerung verfügbaren Anlagen und umgekehrten Pensionsgeschäften. Kreditrisiken können auch entstehen, wenn das Kredit-Rating eines Unternehmens herabgestuft wird, was dazu führt, dass der Wert der Anlage der Emittentin fällt.</p> <p>Marktrisiko: Das Marktrisiko kann zu einer Minderung des Gewinns oder Kapitals der Emittentin führen, falls sie nicht in der Lage ist, ihre Bilanz im Bankenbuch (banking book) zu marktgerechten Preisen abzusichern. Dies kann sich aus unvorhergesehenen oder volatilen Änderungen der Zinssätze, Inflationsraten, Bonitätsaufschläge, Immobilienpreise, Rohstoffpreise, Aktien- und Anleihepreise und/oder Wechselkurse ergeben.</p> <p>Kapitalrisiko: Die Gruppe könnte es verfehlen, angemessene Kapitalquoten einzuhalten. Dies kann dazu führen, dass die Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann,</p>
------------	---	--

		<p>regulatorische Anforderungen nicht erfüllt werden können und/oder Kredit-Ratings geändert werden, was in einem Anstieg der Kosten oder in einer eingeschränkten Fähigkeit zur Aufnahme von Liquidität resultieren kann.</p> <p>Liquiditätsrisiko: Die Gruppe ist dem Risiko ausgesetzt, dass sie nicht in der Lage ist, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen, was dazu führen kann, dass die gewöhnliche Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann, regulatorische Liquiditätsanforderungen nicht eingehalten werden können und/oder Kredit-Ratings geändert werden.</p> <p>Rechtliche Risiken: Die Gruppe unterliegt umfassenden rechtlichen Verpflichtungen in allen Ländern, in denen sie tätig ist, und ist folglich vielen Formen von rechtlichen Risiken ausgesetzt, einschließlich dem Risiko, dass (i) die Führung der Geschäfte möglicherweise nicht im Einklang mit dem anwendbaren Recht der jeweiligen Rechtsordnungen weltweit erfolgt und daraus Geldstrafen und andere Strafen resultieren, (ii) vertragliche Ansprüche möglicherweise nicht wie beabsichtigt oder nur mit nachteiliger Wirkung für die Gruppe durchgesetzt werden können, (iii) gewerbliche Schutzrechte möglicherweise nur unzureichend geschützt sind und (iv) eine Schadenersatzpflicht für Schäden, die Dritten aus der Geschäftstätigkeit der Gruppe entstanden sind, eintreten kann.</p> <p>Zinssicherungsprodukte: Am 31. Dezember 2012 wies die Emittentin in ihrer Bilanz eine Rückstellung in Höhe von GBP 850 Mio. für künftige Entschädigungen von als nicht sachkundig (non-sophisticated) eingestuften Kunden aus, was der bestmöglichen Schätzung der Geschäftsleitung im Hinblick auf künftige Entschädigungen von als nicht sachkundig eingestuften Kunden und damit verbundene Kosten entspricht. Im ersten Halbjahr 2013 wurden weitere Fälle geprüft, was zu einer größeren und repräsentativeren Stichprobe als Grundlage für die Berechnung der von der Emittentin zu bildenden Rückstellung führte. Infolgedessen wurde am 30. Juni 2013 eine zusätzliche Rückstellung von GBP 650 Mio. ausgewiesen, wodurch sich der Gesamtaufwand auf GBP 1.500 Mio. erhöhte. Diese Rückstellung wird voraussichtlich ausreichen, um die vollen Kosten der Durchführung der Entschädigungen abzudecken; jedoch wurden noch keine Rückstellungen in Bezug auf Ansprüche von als sachkundig (sophisticated) eingestuften Kunden, die nicht in der Überprüfung im Hinblick auf Entschädigungen erfasst wurden, oder zusätzliche Ansprüche von als nicht sachkundig eingestuften Kunden wegen Folgeschäden gebildet.</p> <p>Regulatorische Risiken: Regulatorische Risiken entstehen infolge der Nichteinhaltung oder des Unvermögens zur Einhaltung von Gesetzen, Vorschriften oder Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Finanzdienstleistungssektor,</p>
--	--	--

die momentan wesentlichen Änderungen unterliegen. Die Nichteinhaltung kann zu Bußgeldern, öffentlichen Verweisen, Reputationsschäden, verschärften aufsichtsrechtlichen Anforderungen, der zwangsweisen Einstellung einzelner Geschäftsfelder oder, in Extremfällen, zum Entzug der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb führen.

Reputationsrisiko: Reputationsschäden mindern – mittel- oder unmittelbar – die Attraktivität der Emittentin für Interessengruppen und können zu negativer Berichterstattung, Ertragsausfällen, Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtlichen oder legislativen Maßnahmen, Verlust von Geschäftsmöglichkeiten in Bezug auf bestehende und potenzielle Kunden, Verschlechterung der Arbeitsmoral und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Nachwuchskräften führen. Ein erlittener Reputationsschaden könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Bankerlaubnis und den Unternehmenswert der Emittentin und damit auch auf ihre finanzielle Situation haben.

Ausfallsicherheit in Bezug auf die Infrastruktur, Technik und Cyberspace-Risiko: Jegliche Störungen beim Zugriff von Kunden auf ihre Kontoinformationen oder Verzögerungen bei der Vornahme von Zahlungen beeinträchtigen die Reputation der Gruppe erheblich und können sowohl im Rahmen der Problembehebung als auch im Rahmen der Kundenentschädigung möglicherweise hohe Kosten verursachen.

Steuerrisiko: Es besteht das potenzielle Risiko, dass die Gruppe Verluste aus zusätzlicher Steuerbelastung, sonstigen finanziellen Kosten oder Reputationsschäden erleiden könnte, die darauf zurückzuführen sind, dass gegen das geltende Steuerrecht verstoßen wurde oder dessen Anwendung falsch eingeschätzt wurde, der Umgang mit den Steuerbehörden nicht rechtzeitig und auf transparente und effektive Weise erfolgte, die Steuerschätzungen in Bezug auf die eingereichten und prognostizierten Steuerangaben falsch berechnet wurden oder eine fehlerhafte Steuerberatung erfolgte.

Restschuldversicherungsrisiko: Nach Abschluss der gerichtlichen Überprüfung in Bezug auf die Bewertung der und Entschädigung für Restschuldversicherungen (payment protection insurance – "PPI") im Jahr 2011 wurde im Mai 2011 auf der Grundlage von Richtlinien der FSA und Erfahrungen der Branche mit der Beilegung ähnlicher Ansprüche eine Rückstellung für Entschädigungen für Restschuldversicherungen in Höhe von GBP 1,0 Mrd. gebildet. Nachfolgend wurden im Jahr 2012 weitere Rückstellungen in Höhe von insgesamt GBP 1,6 Mrd. gebildet. Sollten die Schätzungen des Managements nicht mit der Realität übereinstimmen, ist es möglich, dass die letztendlich tatsächlich anfallenden Kosten wesentlich abweichen. Eine Erhöhung der Rückstellung kann

	wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe haben.
--	--

5. In dem RSSP Basisprospekt A, dem RSSP Basisprospekt B und dem RSSP Basisprospekt D wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", in Element D.6, der Absatz mit der Überschrift "[Physische Lieferung anstelle einer Barzahlung:" wie folgt ersetzt:

	[Physische Lieferung anstelle einer Barzahlung: Unter bestimmten Umständen kann die Emittentin die Wertpapiere durch Lieferung von [Aktien] [ADRs] [GDRs] [Anteilen am ETF] [Genussscheinen] zurückzahlen und der Anleger unterliegt daher einem Risiko im Hinblick auf die Emittenten dieser Vermögenswerte. Anleger sollten nicht davon ausgehen, dass sie die gelieferten Vermögenswerte zu einem bestimmten Preis verkaufen können. Die gelieferten Vermögenswerte können einen sehr geringen Wert haben und letztlich wertlos sein. Der Anleger kann ferner Dokumenten- oder Stempelsteuern und/oder sonstigen Abgaben in Zusammenhang mit der Lieferung und/oder der Veräußerung dieser Vermögenswerte unterliegen.]
--	--

6. In den Basisprospekten, wird in dem Abschnitt "SUMMARY", Element B.12 wie folgt ersetzt:

B.12	Selected historical key financial information;	The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2012 and 31 December 2011, respectively:		
	No material adverse change in the prospects of the Issuer			
	No significant change in the financial or trading position of the Group			
		2012	2011	
		£m	£m	
		Total Assets	1,490,747	1,563,402
		Net Loans and advances	466,627	478,726
		Total Deposits	462,806	457,161
		Total Shareholders' equity	62,894	65,170
		Non-controlling interests	2,856	3,092
		Profit before tax from continuing operations	99	5,974
		Credit impairment charges	3,596	3,802
		There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2012, the date of its last published audited financial statements.		
		The following financial information is extracted from the unaudited interim results announcement of the Issuer for the half year ended 30 June 2013:		

	As at 30.06.2013 £m	Comparative statements as at 30.06.2012 £m
Total Assets	1,533,378	1,629,089
Net Loans and advances	516,949	501,509
Total Deposits	538,624	502,818
Total Shareholders' equity	59,394	60,371
Non-controlling interests	2,620	2,957
Profit before tax from continuing operations	1,648	716
Credit impairment charges	1,631	1,710
There has been no significant change in the financial position of the Group since 30 June 2013.		

7. In den Basisprospekten, wird in dem Abschnitt "SUMMARY", Element B.13 wie folgt ersetzt:

B.13	Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency	<p>On 6 December 2012, the Issuer announced that it had agreed to combine the majority of its Africa operations (the "Portfolio") with Absa Group Limited ("Absa"). The proposed strategic combination will be effected by way of an acquisition by Absa of Barclays Africa Limited, the proposed holding company of the Portfolio, for a consideration of 129,540,636 Absa ordinary shares (representing a value of approximately £1.3 billion for Barclays Africa Limited). As a result of the transaction, the Issuer's stake in Absa will increase from 55.5 per cent. to 62.3 per cent. The combination completed on 31 July 2013.</p> <p>On 9 October 2012, the Issuer announced that it had agreed to acquire the deposits, mortgages and business assets of ING Direct UK. Under the terms of the transaction, which completed on 5 March 2013, the Issuer, acquired amongst other business assets, a deposit book with balances of approximately £11.4 billion and a mortgage book with outstanding balances of approximately £5.3 billion.</p> <p>On 22 May 2012, the Issuer announced that it had agreed to dispose of the Issuer's entire holding in BlackRock, Inc. ("BlackRock") pursuant to an underwritten public offer and a partial buy-back by BlackRock. On disposal, the Issuer received net proceeds of approximately US\$5.5 billion.</p>
-------------	---	--

8. In dem RSSP Basisprospekt E wird in dem Abschnitt "SUMMARY", Element B.17 wie folgt ersetzt:

<p>B.17</p>	<p>Credit ratings assigned to an issuer or its debt securities at the request or with the cooperation of the issuer in the rating process.</p>	<p>The short term unsecured obligations of the Issuer are rated A-1 by Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, P-1 by Moody's Investors Service Ltd. and F1 by Fitch Ratings Limited and the long-term obligations of the Issuer are rated A by Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, A2 by Moody's Investors Service Ltd. and A by Fitch Ratings Limited.</p> <p>This issue of Securities will [not be rated][be rated as [●] by [Fitch Ratings Limited/Moody's Investors Service Ltd./Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited].</p> <p>Each of Fitch Ratings Limited and Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, as well as Moody's Investors Service Ltd. is established in the European Union and is registered under Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 on credit rating agencies as amended by Regulation (EU) No. 513/2011 and is included in the list of registered credit rating agencies published on the website of the European Securities and Markets Authority at http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs.</p>
--------------------	---	--

9. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "SUMMARY", Element D.2 wie folgt ersetzt:

<p>D.2</p>	<p>Key information on the key risks that are specific to the Issuer</p>	<p>Business conditions and the general economy: The Group has significant activities in a large number of countries. Consequently, there are many ways in which changes in business conditions and the economy in a single country or region or globally can adversely impact profitability, whether at the level of the Issuer, the individual business units or specific countries of operation.</p> <p>Credit Risk: Credit risk is the risk of the Group suffering financial loss if any of its customers, clients or market counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group. The credit risk that the Group faces arises mainly from wholesale and retail loans and advances together with the counterparty credit risk arising from derivative contracts entered into with its clients. Other sources of credit risk arise from trading activities, including; debt securities; settlement balances with market counterparties; available for sale investments; and reverse repurchase agreements. It can also arise when an entity's credit rating is downgraded, leading to a fall in the value of the Group's investment.</p> <p>Market risk: The market risk could lead to the Issuer's earnings or capital being reduced, if the Issuer is unable to hedge its banking book balance sheet at prevailing market</p>
-------------------	--	---

	<p>levels. This could occur if there are unexpected or volatile changes in interest rates, inflation rates, credit spreads, property prices, commodity prices, equity and bond prices and/or foreign exchange levels.</p> <p>Capital risk: The Group may be unable to maintain appropriate capital ratios. This could lead to an inability to support business activity, a failure to meet regulatory requirements, and/or changes to credit ratings, which could also result in increased costs or reduced capacity to raise funding.</p> <p>Liquidity risk: The Group is exposed to the risk that it may be unable to meet its obligations as they fall due resulting in an inability to support normal business activity, a failure to meet liquidity regulatory requirements and/or changes to credit ratings.</p> <p>Legal risk: The Group is subject to a comprehensive range of legal obligations in all countries in which it operates and so is exposed to many forms of legal risk, including that: (i) business may not be conducted in accordance with applicable laws in the relevant jurisdictions around the world and financial and other penalties may result; (ii) contractual obligations may either not be enforceable as intended or may be enforced in a way adverse to the Group; (iii) intellectual property may not be adequately protected; and (iv) liability for damages may be incurred to third parties harmed by the conduct of the Group's business.</p> <p>Interest Rate hedging Products: As at 31 December 2012, the Issuer recognized a provision of £850 million for future redress to customers categorised as non-sophisticated, reflecting management's best estimate of future redress to customers categorised as non-sophisticated and related costs. During the first half of 2013, additional cases were reviewed providing a larger and more representative sample upon which to base the Issuer's provision. As a result, an additional provision of £650 million was recognised as at 30 June 2013, bringing the cumulative expense to £1,500 million. It is expected that this provision will be sufficient to cover the full cost of completing the redress; however, no provision has been recognised in relation to claims from customers classified as sophisticated, which are not covered by the redress exercise, or incremental consequential loss claims from customers classified as non-sophisticated.</p> <p>Regulatory risk: Regulatory risk arises from a failure or inability to comply fully with the laws, regulations or codes applicable specifically to the financial services industry which are currently subject to significant changes. Non-compliance could lead to fines, public reprimands, damage to reputation, increased prudential requirements, enforced suspension of operations or, in extreme cases, withdrawal of authorisations to operate.</p>
--	--

		<p>Reputation Risk: Reputational damage reduces – directly or indirectly – the attractiveness of the Issuer to stakeholders and may lead to negative publicity, loss of revenue, litigation, regulatory or legislative action, loss of existing or potential client business, reduced workforce morale, and difficulties in recruiting talent. Sustained reputational damage could have a materially negative impact on the Issuer’s licence to operate and destroying the value of the Issuer’s franchise and therefore adversely impacting its financial condition.</p> <p>Infrastructure Resilience, Technology and Cyberspace risk: Any disruption in a customer’s access to their account information or delays in making payments will have a significant impact on the Group’s reputation and may also lead to potentially large costs to both rectify the issue and reimburse losses incurred by customers.</p> <p>Taxation risk: There is potential risk that the Group could suffer losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage due to: failure to comply with or correctly assess the application of, relevant tax law; failure to deal with tax authorities in a timely, transparent and effective manner; incorrect calculation of tax estimates for reported and forecast tax numbers; or provision of incorrect tax advice.</p> <p>Payment protection insurance risk: Following the conclusion of the 2011 Judicial Review regarding the assessment and redress of payment protection insurance (“PPI”), a provision for PPI redress of £1.0 billion was raised in May 2011 based on FSA guidelines and historic industry experience in resolving similar claims. Subsequently, further provisions totalling £1.6 billion were raised during 2012. It is possible that the eventual costs may materially differ to the extent that experience is not in line with management estimates. Any increase in the level of the provision may have a material adverse effect on the Group’s results of operations, financial condition and prospects.</p>
--	--	--

10. In dem RSSP Basisprospekt A, dem RSSP Basisprospekt B und dem RSSP Basisprospekt D wird in dem Abschnitt "SUMMARY", in Element D.6, der Absatz mit der Überschrift "[Physical delivery instead of cash payment:" wie folgt ersetzt:

		<p>[Physical delivery instead of cash payment: In certain circumstances the Issuer may redeem the Securities by delivering [shares][depository receipts][shares in the ETF] [profit participation certificates (<i>Genussscheine</i>)] which will leave the investor exposed to the issuer of such delivered assets. Investors should not assume that they will be able to sell such delivered assets for a specific price and the delivered assets may have a very low value or may in fact be worthless. The investor may also be subject to documentary or stamp taxes and/or other charges in relation to the</p>
--	--	--

		delivery and/or disposal of such assets.]
--	--	---

11. In dem RSSP Basisprospekt A, dem RSSP Basisprospekt B und dem RSSP Basisprospekt D wird in dem Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**", im Unterabschnitt "**5 Risiken im Zusammenhang mit speziellen Basiswerten**", unter Punkt 5.1 der erste Absatz unter der Überschrift "**Aktienspezifische Risiken**" – "*Physische Lieferung*" wie folgt ersetzt:

Die Wertpapiere können das Recht der Emittentin einschließen, den verbrieften Anspruch statt durch Barzahlung durch Lieferung von Stammaktien, ADRs, GDRs, Anteilen am ETF oder Genussscheinen an die Anleger zu erfüllen. Der Anleger unterliegt daher einem Risiko im Hinblick auf die Emittenten dieser Stammaktien bzw. der den ADRs oder GDRs zugrunde liegenden Aktien (sowie im Hinblick auf die Depotbank, die diese Aktien hält), ETFs oder Genussscheine sowie den mit den zu liefernden Vermögenswerten verbundenen Risiken. Anleger sollten nicht davon ausgehen, dass sie die gelieferten Vermögenswerte nach Rückzahlung der Wertpapiere zu einem bestimmten Preis verkaufen können. Die gelieferten Vermögenswerte können unter bestimmten Umständen einen sehr geringen Wert haben und letztlich wertlos sein. Der Anleger kann ferner Dokumenten- oder Stempelsteuern und/oder sonstigen Abgaben in Zusammenhang mit der Lieferung und/oder der Veräußerung dieser Vermögenswerte unterliegen.

12. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**", der Unterabschnitt "**6 Risiken im Zusammenhang mit der Fähigkeit der Emittentin ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen**" wie folgt ersetzt:

6 Risiken im Zusammenhang mit der Fähigkeit der Emittentin ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen

6.1 Anleger, die in die Wertpapiere investieren, sind Risiken im Zusammenhang mit der Bonität der Emittentin ausgesetzt

Die Wertpapiere begründen unmittelbare, unbesicherte, nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Alle durch die Emittentin erfolgenden Zahlungen in Bezug auf die Wertpapiere hängen von der Fähigkeit der Emittentin ab, ihre Verpflichtungen termingerecht erfüllen zu können. Anleger sind deshalb Risiken im Zusammenhang mit der Bonität der Emittentin ausgesetzt; jede Verschlechterung der Bonität der Emittentin bzw. der Einschätzungen ihrer Bonität (unabhängig davon, ob diese anhand tatsächlicher oder erwarteter Änderungen von Ratings der Emittentin ermittelt werden) kann sich nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

Als bedeutender global tätiger Finanzdienstleister sieht sich die Emittentin einer Vielzahl erheblicher Risiken gegenüber, die ihren Geschäftsfeldern inhärent sind und ihre Fähigkeit, ihre Zahlungs-, Liefer- und sonstigen Verpflichtungen im Rahmen der jeweiligen Wertpapiere zu erfüllen, beeinträchtigen können. Im Folgenden werden diejenigen wesentlichen Risiken beschrieben, die nach Ansicht der Emittentin dazu führen könnten, dass die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit, ihre Finanzlage und ihre Geschäftsaussichten in Zukunft wesentlich von den derzeitigen Erwartungen abweichen. Bei einigen der nachstehenden Risiken besteht überdies das Potenzial, dass sie sich nachteilig auf die Reputation und das Image der Emittentin auswirken könnten, was sich wiederum nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Emittentin auswirken könnte.

6.2 Geschäftsbedingungen und allgemeine Wirtschaftslage

Die Emittentin bietet Privatkunden und institutionellen Kunden, einschließlich Staaten, eine sehr große Bandbreite von Dienstleistungen an. Die Gruppe übt wesentliche Geschäftstätigkeiten in einer großen Anzahl von Ländern aus. Dementsprechend können sich Veränderungen der Geschäftsbedingungen und der Wirtschaftslage in einem einzelnen Land oder einer Region oder weltweit in vielfältiger Weise nachteilig auf die Ertragskraft auswirken, sei es auf Ebene der Gruppe, der einzelnen Geschäftsbereiche oder spezieller Länder, in denen die Gruppe geschäftstätig ist.

Im Verlauf des Jahres 2012 war das wirtschaftliche Umfeld auf den Hauptmärkten der Emittentin durch ein allgemein schwaches oder negatives Wachstum (gemessen am BIP) gekennzeichnet, was sich auf das Geschäftsklima und das Vertrauen der Verbraucher und Anleger in diesen Regionen auswirkte. Die Konjunktorentwicklung bleibt auf kurze Sicht unsicher und wird voraussichtlich verhalten ausfallen, was in einigen Fällen wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe haben kann, z. B. bedingt durch Änderungen von Kredit-Ratings, Aktienkursen und der Zahlungsfähigkeit von Vertragsparteien sowie durch erhöhten Abschreibungsbedarf, höhere Ausfallraten, geringere Erträge und höhere Kosten. Die Konjunktorentwicklung in den wichtigsten Regionen lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Im Vereinigten Königreich ist die Wirtschaft in 2012 um 0,2 % gewachsen, jedoch hat ein negatives Wachstum im vierten Quartal zu der Erwartung geführt, dass 2013 ein weiteres schwieriges Jahr wird. Die Gefahr anhaltender Arbeitslosigkeit, höherer Zinssätze und steigender Inflation kann zu erhöhtem Druck auf die verfügbaren Einkommen führen und die Schuldentilgungsfähigkeit von Privatpersonen beeinflussen, mit dem Risiko, dass der Erfolg der Gruppe im Privatkundenbereich nachteilig beeinflusst wird.
- Obwohl die U.S.-Wirtschaftsleistung in 2012 angesichts eines Wachstums von etwas mehr als 2 % weitgehend positiv war, blieb das Wirtschaftswachstum in den USA verhalten. Hinzu kommt, dass die Arbeitslosenquote weiterhin auf historisch hohem Niveau lag und nach wie vor das Risiko besteht, dass es der Regierung nicht gelingt, eine dauerhaftere Einigung im Haushaltsstreit zu erreichen. Beide Faktoren erhöhen die Unsicherheit und tragen zu mangelndem Vertrauen vonseiten der Wirtschaft, der Verbraucher und der Anleger bei und beeinträchtigen somit die Geschäftstätigkeit der Gruppe in den USA.
- Die Eurozone verzeichnete in 2012 infolge der anhaltenden Staatsschuldenkrise ein negatives Wirtschaftswachstum. Die Kreditkonditionen blieben weiterhin schlecht, und ein rückläufiger Wohnungsmarkt, hohe Arbeitslosigkeit (besonders schwerwiegend bei den unter 30-Jährigen), ein Rückgang des BIP und hohe Haushaltsdefizite können sich auf kurze Sicht weiterhin nachteilig auf die Geschäftstätigkeit der Gruppe in dieser Region auswirken.
- Südafrika verzeichnete in 2012 ein moderates Wirtschaftswachstum. Dennoch führt eine gegen Jahresende schwache Wohnungsmarktentwicklung zu Unsicherheit bezüglich des Erfolgs des Absa-Geschäfts in nächster Zeit.

Weitere Informationen zu bestimmten Risiken für das Geschäft der Emittentin im Zusammenhang mit einem möglichen Konjunkturrückgang und der anhaltenden Krise in der Eurozone sind im nachstehenden Abschnitt "Kreditrisiko" aufgeführt.

6.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das Risiko eines finanziellen Verlustes der Gruppe, dadurch, dass Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner der Gruppe ihre vertraglichen Verpflichtungen ihr gegenüber nicht erfüllen.

Das Kreditrisiko, dem die Gruppe ausgesetzt ist, besteht hauptsächlich im Zusammenhang mit gewerblichen Krediten und Privatkrediten in Verbindung mit dem Adressenausfallrisiko aus dem Abschluss von Derivatekontrakten mit ihren Kunden. Weitere Kreditrisiken bestehen im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten, u. a. mit Schuldtiteln, offenen Posten gegenüber Vertragspartnern am Markt, zur Veräußerung verfügbaren Anlagen und umgekehrten Pensionsgeschäften. Kreditrisiken können auch entstehen, wenn das Kredit-Rating eines Unternehmens herabgestuft wird, was dazu führt, dass der Wert der Anlage der Gruppe fällt. Darüber hinaus können der Gruppe allein infolge von Veränderungen der eigenen Bonitätsaufschläge oder jener von Dritten erhebliche nicht realisierte Gewinne oder Verluste entstehen, da sich diese Veränderungen auf den beizulegenden Zeitwert (fair value) der Derivate der Gruppe und der von der Gruppe gehaltenen oder begebenen Schuldtitel oder auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Darlehen auswirken können.

Konjunkturrückgang

Die Ergebnisse, Finanzlage und Liquidität der Gruppe können weiterhin durch die Unsicherheit bezüglich der Weltwirtschaft und der Wirtschaft in bestimmten Geschäftsregionen der Gruppe beeinträchtigt werden. Der Erfolg der Gruppe unterliegt dem Risiko einer Verschlechterung des konjunkturellen Umfelds infolge einer Reihe von Unsicherheiten, zu denen insbesondere die folgenden Faktoren zählen:

- (i) *Umfang und Nachhaltigkeit der Konjunkturerholung, einschließlich Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf die europäischen Volkswirtschaften*

Die Gefahr eines Konjunkturrückgangs und/oder einer Abnahme der geldpolitischen Impulse in einem oder mehreren der Länder, in denen die Gruppe tätig ist, könnte zu höherer Arbeitslosigkeit, steigender Inflation, möglicherweise höheren Zinsen und fallenden Immobilienpreisen führen. Jede Verschlechterung der globalen Konjunktur könnte sich nachteilig auf die Bonität der Kunden und Vertragspartner der Gruppe auswirken und eine geringere Werthaltigkeit sowie einen geringeren Wert der Vermögenswerte der Gruppe zur Folge haben und somit eine höhere Wertminderungsrückstellung der Gruppe erforderlich machen.

Die Wachstumsraten im Vereinigten Königreich, in den USA, in Europa und in Südafrika wirken sich nach wie vor auf die Portfolios der Emittentin aus. Steigende Arbeitslosigkeit und höhere Zinsen würden die Schuldentilgungsfähigkeit im Privatkundengeschäft beeinträchtigen, was wiederum einen Folgeeffekt auf das Kreditgeschäft mit Firmenkunden hätte. Die Umsetzung von Sparmaßnahmen zur Bekämpfung hoher Staatsverschuldung hat sich negativ auf das Wirtschaftswachstum ausgewirkt und in einigen europäischen Ländern zu steigender Arbeitslosigkeit geführt. Die Geld- und Zinspolitik und die übrigen Grundsätze der Zentralbanken und Regulierungsbehörden können ebenfalls eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf viele Länder haben, in denen die Gruppe tätig ist.

- (ii) *Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund wirtschaftlicher Abschwächung in einer Reihe von Ländern, in denen die Gruppe tätig ist*

Die Arbeitslosenquoten in einer Reihe von Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, bleiben im historischen Vergleich weiterhin hoch. Da die Schuldentilgungsfähigkeit der Kunden in besonderem Maße von ihrer Beschäftigungssituation abhängt, kann ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu einer Zunahme der Säumnis-

und Ausfallraten, insbesondere bei Kreditkarten und unbesicherten Kreditportfolios, führen, was wiederum eine höhere Wertminderungsrückstellung der Gruppe im Privatkundengeschäft erforderlich machen kann. Jede Zunahme von Wertminderungen oder Abschreibungen auf Forderungen bzw. vollständigen Abschreibungen kann sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Ergebnisse, Finanzlage und Kapitalposition der Gruppe auswirken.

(iii) Auswirkungen steigender Inflation und möglicher steigender Zinssätze auf die Erschwinglichkeit von Krediten für Verbraucher und die Ertragskraft von Unternehmen

Eine steigende Inflation infolge der Geldpolitik von Zentralbanken oder anderer Faktoren, die möglicherweise einen Anstieg der Zinsen hervorruft, kann sich in erheblichem Maße nachteilig auf die Aussichten für das Wirtschaftswachstum und die Fähigkeit von Verbrauchern und Unternehmen zur Tilgung bestehender Schulden auswirken. Die Höhe der Zinsen ist ein ausschlaggebender Faktor für die Erschwinglichkeit von Krediten für Verbraucher, daher kann jeder Zinsanstieg bzw. jede Serie von Zinsanstiegen zu einer erheblichen Zunahme der Wertminderungsaufwendungen der Gruppe – insbesondere für unbesicherte Produkte wie Kreditkarten und Privatkredite – führen und den Erfolg der Gruppe in ähnlicher Weise beeinträchtigen wie eine höhere Arbeitslosigkeit (siehe oben).

(iv) Möglichkeit weiterhin fallender Preise für Wohnimmobilien im Vereinigten Königreich, in Südafrika und in Westeuropa

Die Gruppe verfügt über ein umfangreiches Portfolio von Hypothekenkrediten im Vereinigten Königreich und ist daher einem hohen Risiko bezüglich negativer Entwicklungen im Immobiliensektor des Vereinigten Königreichs ausgesetzt. In Bezug auf das Hypothekenkreditportfolio der Gruppe im Vereinigten Königreich sind die Zahlungsrückstände stabil und die Wertminderungen moderat geblieben, der Wohnungsmarkt im Vereinigten Königreich bleibt jedoch trotz anhaltend niedriger Zinsen relativ schwach. Diese Schwäche kann auf kurze Sicht zu weiteren Wertminderungen beitragen, die daraus resultieren, dass Häuser z. B. infolge höherer Zinsen oder Arbeitslosigkeit weniger erschwinglich werden und daher im Preis sinken.

Speziell das Interest-only-Hypothekenkreditportfolio im Vereinigten Königreich bleibt nach wie vor stärker anfällig für niedrige Immobilienpreise, da diese Kredite auslaufen und die Kunden verpflichtet sind, die gesamte ausstehende Kreditsumme zu einem Zeitpunkt zurückzuzahlen, zu dem der Beleihungsauslauf möglicherweise hoch ist.

Der Gewerbeimmobiliensektor im Vereinigten Königreich bleibt ebenfalls durch eine Verschlechterung des Wohnungsmarktes gefährdet, die sich auf das Vertrauen der Kunden auswirken und weitere nachteilige Entwicklungen bei Immobilien hervorrufen kann. Die Folge können höhere Ausfallraten im Firmenkundengeschäft und somit höhere Wertminderungsaufwendungen und höhere Abschreibungen der Gruppe sein.

Die spanische und die portugiesische Wirtschaft und insbesondere die Wohnungs- und Immobilienmärkte dieser Länder sind nach wie vor erheblich unter Druck. Die sinkenden Immobilienpreise haben hier im Laufe des Jahres 2012 den Beleihungsauslauf ansteigen lassen und tragen zu höheren Wertminderungsaufwendungen bei. Diese Zunahmen waren in erster Linie bedingt durch:

- eine negative Entwicklung der Hauspreise, wodurch die Nachfrage am Markt und das Hypothekenangebot gesunken sind, mit dem Resultat, dass ein Verkauf für die Kunden schwieriger geworden ist und die Wahrscheinlichkeit von Zwangsenteignungen zugenommen hat. Zudem ist

der Verlust aus Ausfällen gestiegen, da mit dem Verkauf von Immobilien auf einem notleidenden Markt weniger Geld erzielt wird; und

- das Verhalten der Kunden und eine geringere Zahlungsbereitschaft, die aus der Wahrnehmung resultiert, dass ihre Eigenkapitalbeteiligung geringer ist.

Im Falle einer weiteren Verschlechterung dieser Trends in Spanien und Portugal und/oder eines Eintretens dieser Entwicklungen in anderen europäischen Ländern wie Italien, in denen das Exposure der Gruppe in Bezug auf private Hypotheken außerhalb des Vereinigten Königreichs besonders hoch ist, können der Gruppe künftig erhebliche Wertminderungsaufwendungen entstehen, die sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit und die Finanzlage der Gruppe auswirken können.

Im gesamten Jahresverlauf 2012 waren die Bedingungen am südafrikanischen Wohnungsmarkt angesichts einer schwachen Konjunktur und unsicherer Aussichten schlecht. Es steht zu befürchten, dass die unbesicherte private Verschuldung auf ein sehr hohes Niveau ansteigt. Sollte sich das konjunkturelle Umfeld verschlechtern und die Wirtschaft weiter unter Druck geraten, könnte sich dies nachteilig auf den Erfolg der Gruppe bei den Hypothekenkredit-, unbesicherten Kredit-, Autokredit- und Kreditkartenportfolios auswirken. Auf den Märkten von Absa bleibt das Portfolio an Unternehmensimmobilien anfällig für einen Rückgang der Immobilienpreise, der zu höheren Wertminderungsaufwendungen führen kann.

Die Krise in der Eurozone

Der Erfolg der Gruppe kann durch den tatsächlichen oder wahrgenommenen Anstieg des Risikos eines Ausfalls der Schuldtitel bestimmter europäischer Länder, des momentan auf dem Finanzsystem in der Eurozone lastenden Drucks und des Risikos eines Austritts eines oder mehrerer Länder aus dem Euro in erheblichem Maße beeinträchtigt werden.

(i) Auswirkungen einer möglichen Verschlechterung der Bonität von Staaten und insbesondere der Fähigkeit zur Schuldentilgung und Refinanzierung

Am Markt herrscht weiterhin große Sorge hinsichtlich des Kreditrisikos (auch in Bezug auf Staaten) und die Krise in der Eurozone. Die hohen Staatsschulden und/oder Haushaltsdefizite etlicher europäischer Länder und die Nachhaltigkeit der von ihnen eingeführten Sparprogramme haben Bedenken bezüglich der Finanzlage einiger Staaten sowie von Finanzinstituten, Versicherungen und anderen Unternehmen ausgelöst, die i) in diesen Ländern ansässig sind, ii) ein direktes oder indirektes Exposure in Bezug auf diese Länder (sowohl die Staatsschulden als auch die Schulden des privaten Sektors) aufweisen und/oder iii) deren Banken, Vertragspartner, Verwahrstellen, Kunden, Dienstleister, Finanzierungsquellen und/oder Zulieferer ein direktes oder indirektes Exposure in Bezug auf diese Länder aufweisen.

Der Ausfall oder eine weitere Herabstufung der Bonität eines oder mehrerer Staaten oder Finanzinstitute könnte allgemein erhebliche Spannungen im Finanzsystem verursachen und sich auf die Märkte, in denen die Gruppe tätig ist, sowie die Geschäftsbereiche, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe und ihrer Vertragspartner, Kunden, Zulieferer und Gläubiger direkt oder indirekt auf eine Weise nachteilig auswirken, die schwer vorherzusagen ist.

(ii) *Möglicher Austritt eines oder mehrerer Länder aus dem Euro als Folge der europäischen Schuldenkrise*

Ein Austritt eines oder mehrerer Länder aus der Eurozone kann die Rentabilität der Gruppe auf verschiedene Arten beeinträchtigen. Zu den Risiken, die mit der Möglichkeit einhergehen, dass die Eurozone teilweise auseinanderbricht, zählen:

- das direkte Risiko eines Staatsbankrotts eines austretenden Landes und der Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Vertragspartner der Gruppe in diesem Land;
- das indirekte Risiko der anschließenden Folgen für die Wirtschaft und die Vertragspartner der Gruppe in anderen Ländern der Eurozone;
- das indirekte Risiko aus Kreditderivaten, die sich auf Schuldtitel von Ländern der Eurozone beziehen;
- das direkte Risiko einer Währungsumstellung bei einer möglichen Diskrepanz der Währung der Aktiva und Passiva in den Bilanzen von lokalen Unternehmen der Gruppe in Ländern der Eurozone;
- die Einführung von Kapitalkontrollen oder neuen Währungen in einem oder mehreren dieser Länder; und
- wesentliche Auswirkungen auf bestehende Vertragsbeziehungen und die Erfüllung von Verpflichtungen durch die Gruppe und/oder ihre Kunden.

Wenngleich die Gruppe die insgesamt bestehende Netto-Finanzierungslücke in den Bilanzen ihrer westeuropäischen Unternehmen weiterhin aktiv reduziert, ist nicht gewährleistet, dass die von der Gruppe ergriffenen Maßnahmen mit dem Ziel, die standortbezogenen externen Aktiva mit den standortbezogenen externen Passiva in Deckung zu bringen, vollständig erfolgreich sein werden.

Des Weiteren kann der Austritt aus und/oder die Abschaffung des Euro durch ein oder mehrere Länder der Eurozone wesentliche nachteilige Auswirkungen sowohl auf bestehende Vertragsverhältnisse als auch auf die Erfüllung von Verpflichtungen durch die Gruppe und/oder ihre Kunden haben, was negative Folgen für die Geschäftstätigkeit, das operative Ergebnis, die Kapitalposition und die Finanzlage der Gruppe hätte. Ein Austritt eines Landes aus dem Euro kann auch nachteilige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des betreffenden Landes haben und u. a. das Zinsniveau und die Arbeitslosenquote beeinträchtigen. Dies wiederum kann negative Folgen für die Zahlungsfähigkeit der Vertragspartner der Emittentin im Privat- und Firmenkundengeschäft (einschließlich der Regierung oder Behörden eines Landes) und dem Nachkommen ihrer Zahlungsverpflichtungen haben. Dies kann zu zusätzlichen Wertminderungen oder einer Reduzierung des Wertes des Kreditengagements der Gruppe in diesem Land führen, was sich negativ auf die Rentabilität der Gruppe auswirken würde.

Das derzeitige Fehlen eines festgelegten Mechanismus für den Austritt eines Mitgliedstaats aus dem Euro bedeutet, dass es unmöglich ist, die Folgen eines solchen Ereignisses vorherzusagen und dessen Auswirkungen auf die Rentabilität, Liquidität und Kapitalposition der Gruppe genau zu quantifizieren.

Bestimmte Sektoren/Regionen

Die Gruppe unterliegt dem Risiko, dass sich in Bezug auf Kreditnehmer und Vertragspartner eines bestimmten Portfolios oder einer bestimmten Region oder in Bezug auf große Einzeladressen die Bonität und die Werthaltigkeit von Forderungen ändert. Jede Verschlechterung der Bonität würde eine geringere Werthaltigkeit und höhere Wertminderung in Bezug auf einen bestimmten Sektor, eine bestimmte Region oder bestimmte große Vertragspartner zur Folge haben.

(i) Mögliche Verschlechterung der Risikopositionen an den Kreditmärkten

Die Investmentbank hält bestimmte Risikopositionen an Kreditmarkt-Vermögenswerten, die insbesondere Gewerbeimmobilien und gehebelte Finanzierungsdarlehen betreffen. Diese Positionen (i) sind weiterhin illiquide; (ii) werden auf Grundlage von Annahmen, Beurteilungen und Schätzungen bewertet, die sich im Laufe der Zeit verändern können; und (iii) können weiteren Verschlechterungen und Abschreibungen unterliegen. Der Bereich Corporate Banking hält auch ein Portfolio von langfristigeren zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Darlehen, das ebenfalls dem Risiko von Marktbewegungen unterliegt und dementsprechend zu Verlusten führen kann.

(ii) Potenzielle Liquiditätsengpässe, die Adressenausfallrisiken erhöhen

Die Fähigkeit der Gruppe, ihre normalen Finanzierungsvereinbarungen einzugehen, kann durch die Handlungen und wirtschaftliche Solidität anderer Finanzinstitute erheblich beeinflusst werden. Die Gruppe ist in Bezug auf viele verschiedene Branchen und Vertragspartner Risiken ausgesetzt. Falls sich die Finanzierungskapazität an den Märkten für Firmenkundenkredite oder im Zusammenhang mit dem Zentralbankengeschäft wesentlich verändert, können Liquiditätsengpässe auftreten, die zu erhöhten Adressenausfallrisiken mit anderen Finanzinstituten führen können. Dies könnte auch Auswirkungen auf das Refinanzierungsrisiko im Firmenkunden- und Privatkundengeschäft haben. Der Erfolg der Gruppe ist weiterhin dem Risiko eines erheblichen Liquiditätsengpasses ausgesetzt.

(iii) Hohe Einzeladressenausfälle

Im Rahmen des gewöhnlichen Kreditgeschäfts der Gruppe ist sie hohen individuellen Risiken in Bezug auf einzelne Vertragspartner ausgesetzt. Entsprechend unterliegt sie dem Kreditrisiko dieser Vertragspartner im Falle einer Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der Gruppe. Sollten entsprechende Ausfälle eintreten, können sich diese erheblich auf den Wertminderungsaufwand, insbesondere für den Geschäftsbereich Investmentbank und das größere Corporate Banking-Portfolio, auswirken. Hinzu kommt, dass trotz einer gegebenenfalls erfolgten Minderung des Adressenausfallrisikos durch gestellte Sicherheiten das Kreditrisiko der Gruppe weiterhin hoch sein kann, falls die von ihr gehaltenen Sicherheiten nicht verwertet werden können oder zu Preisen verwertet werden müssen, die nicht ausreichen, um den vollen Betrag ihres Kredit- oder Derivateengagements wiederzuerlangen.

6.4 Marktrisiko

Folgende Risiken der Emittentin können zu einer Minderung ihres Gewinns oder Kapitals führen:

- Handelsbezogenes Marktrisiko (tritt im Rahmen der Unterstützung der Aktivitäten der Kunden durch die Gruppe, hauptsächlich über den Geschäftsbereich Investmentbank, auf) ist das Risiko der Gruppe, dass sich Veränderungen des Wertes oder der Volatilität von Positionen in ihren Handelsbüchern nachteilig auswirken. Dazu zählen Änderungen von Zinssätzen, Inflationsraten, Bonitätsaufschlägen, Immobilienpreisen, Rohstoffpreisen, Aktien- und Anleihepreisen und Wechselkursen;
- Nicht handelsbezogenes Marktrisiko (tritt im Rahmen der Unterstützung von Kundenprodukten, hauptsächlich im Privatkundengeschäft, auf) ist das Risiko der Gruppe, dass diese nicht in der Lage ist, ihre Bilanz im Bankenbuch (banking book) zu marktgerechten Preisen abzusichern; und
- Pensionsrisiko (tritt in Fällen auf, in denen das Anlageprofil anhand des leistungsorientierten Vorsorgeplans überprüft wird) ist das Risiko, dass die leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen

der Gruppe steigen oder der Wert der diese Verpflichtungen deckenden Vermögenswerte aufgrund von Änderungen sowohl der Höhe als auch der Volatilität von Kursen abnimmt.

Zu den spezifischen Bereichen und Szenarien, in denen das Marktrisiko in den kommenden Jahren zu erheblich niedrigeren Erträgen führen und die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit der Emittentin zukünftig beeinträchtigen kann, gehören:

(i) Verminderte Kundenaktivität und verringerte Liquidität im Markt

Das Investmentbank-Geschäftsmodell ist auf Vermittlungsleistungen gegenüber dem Kunden ausgerichtet. Ein erheblicher Rückgang der Kundenvolumen oder der Marktliquidität könnte dazu führen, dass die Einnahmen aus Gebühren und Provisionen zurückgehen und zwischen der Ausführung einer Transaktion für den Kunden, der Glattstellung eines Absicherungsgeschäfts oder der Auflösung einer aus dieser Transaktion resultierenden Position mehr Zeit vergeht. Längere Haltedauern in Zeiten hoher Volatilität können aufgrund von Preisänderungen zu einer Volatilität der Erträge führen. Die genannten Umstände können sich nachteilig auf das Finanzergebnis der Gruppe in künftigen Perioden auswirken.

(ii) Unsicheres Zinsumfeld

Die Volatilität von Zinssätzen kann die Nettozinsspanne der Emittentin, d. h. die realisierte Zinsdifferenz zwischen den Kosten der Kreditvergabe und den Kosten der Kreditaufnahme, beeinflussen. Die Gefahr künftiger Volatilität und Margenveränderungen dauert an, und es ist schwierig, mit irgendeiner Genauigkeit die Veränderungen der absoluten Zinssätze, Renditekurven und Aufschläge vorauszusagen. Veränderungen der Zinssätze können, soweit sie nicht durch Absicherungsmaßnahmen neutralisiert werden, wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe haben.

(iii) Pensionsrisiken

Ungünstige Bewegungen zwischen den Vermögenswerten und den Verbindlichkeiten im Rahmen von leistungsorientierten Pensionsplänen tragen zu einem Pensionsdefizit bei. Die kritischsten Faktoren sind der Abzinsungssatz und die langfristigen Annahmen zur Inflation, die bei der Bestimmung der leistungsorientierten Verpflichtungen zugrunde gelegt werden. Der Abzinsungssatz wird von Renditen auf Unternehmensanleihen mit AA-Rating abgeleitet und beinhaltet folglich eine Gefährdung sowohl bezogen auf risikofreie Renditen als auch auf Bonitätsaufschläge. Die Nettoposition der Emittentin im Rahmen leistungsorientierter Pensionsverpflichtungen war bereits von Rückgängen des Abzinsungssatzes oder einem Anstieg der langfristigen Inflationsannahmen nachteilig betroffen und könnte erneut nachteilig davon betroffen werden.

6.5 Finanzierungsrisiko

Finanzierungsrisiko ist das Risiko, dass die Gruppe nicht in der Lage ist, ihr Geschäftsmodell zu erfüllen. Dies kann bedingt sein durch:

- Das Kapitalrisiko: das Risiko, dass die Gruppe es verfehlen könnte, angemessene Kapitalquoten einzuhalten. Dies kann dazu führen, dass die Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann, regulatorische Anforderungen nicht erfüllt werden können und/oder Kredit-Ratings geändert werden, was in einem Anstieg der Kosten oder in einer eingeschränkten Fähigkeit zur Aufnahme von Liquidität resultieren kann;

- Liquiditätsrisiko: das Risiko, dass die Gruppe nicht in der Lage ist, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen, was dazu führen kann, dass die gewöhnliche Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann, regulatorische Liquiditätsanforderungen nicht eingehalten werden können und/oder Kredit-Ratings geändert werden; und
- Strukturelles Risiko: dieses Risiko entsteht vorwiegend durch Auswirkungen auf die Bilanz der Gruppe aus Änderungen der Zinssätze oder der Wechselkurse und kann daher nur schwer mit irgendeiner Genauigkeit vorausgesagt werden und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe haben.

(i) Steigende Kapitalanforderungen

Es gibt einige aufsichtsrechtliche Entwicklungen, die Auswirkungen auf die Kapitalanforderungen haben. Am stärksten wirkt sich Basel III aus, das durch die vierte Richtlinie über die Eigenkapitalanforderungen (Fourth Capital Requirements Directive, CRD IV) und die Verordnung über die Eigenkapitalanforderungen (Capital Requirements Regulation), in EU-Recht übernommen wurde. Zusätzliche Kapitalanforderungen können sich infolge der endgültigen Ergebnisse einer Reihe von Initiativen zur Reform der Strukturen im Bankensektor ergeben, darunter die Empfehlungen der Unabhängigen Bankenkommission (Independent Commission on Banking, ICB) des Vereinigten Königreichs, der Liikanen-Bericht und Section 165 des Dodd-Frank Act. Weitere Informationen hierzu sind weiter unten im Abschnitt "Betriebsrisiko – Rechtliche und regulatorisch bedingte Risiken" enthalten.

Erhöhte Kapitalanforderungen und die Änderung der Definition dessen, was Kapital darstellt, können die Gruppe in ihren beabsichtigten Tätigkeiten beschränken, Kosten erhöhen und zu nachteiligen Auswirkungen auf die Gewinne der Gruppe beitragen. Solche Anforderungen werden voraussichtlich auch die rechtliche Struktur der Gruppe verändern und könnten Entscheidungen darüber beeinflussen, wo innerhalb der Gruppe Kapital und Mittel beschafft und eingesetzt werden. In Marktstörungsphasen kann es sich als schwieriger oder teuer erweisen, die Kapitalreserven der Gruppe zu erhöhen, um bestimmte Zielvorgaben zu erreichen oder einzuhalten.

(ii) Erhalt einer starken Kapitalposition

Eine wesentliche Verschlechterung der finanziellen Entwicklung der Gruppe kann deren Fähigkeit zum weiteren Kapitaleinsatz beeinträchtigen.

(iii) Änderungen bei der Verfügbarkeit von Liquidität und bei den Kosten

Die Liquidität im Markt und die Verfügbarkeit und Kosten von Kundeneinlagen und Wholesale-Finanzierung haben Auswirkungen auf die Fähigkeit der Gruppe, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen, ihre gewöhnliche Geschäftstätigkeit fortzuführen und regulatorische Liquiditätsanforderungen zu erfüllen. Große unerwartete Abflüsse, beispielsweise durch Abhebungen vonseiten der Kunden, Rating-Herabstufungen oder Inanspruchnahmen von Darlehen, können auch dazu führen, dass die Bilanzsumme verstärkt abnimmt oder dass Verpflichtungen im Rahmen der Ausreichung von Krediten oder regulatorische Liquiditätsanforderungen nicht erfüllt werden können.

(iv) Herabstufung von Kredit-Ratings

Kredit-Ratings haben Auswirkungen auf die Kosten und andere Bedingungen, zu denen die Gruppe Liquidität aufnehmen kann. Ratingagenturen evaluieren die Gruppe und bestimmte ihrer Tochtergesellschaften sowie die jeweils begebenen Schuldtitel der Gruppe und dieser Tochtergesellschaften regelmäßig. Ihre Ratings basieren auf einer Reihe von Faktoren, darunter die

Beurteilung der relativen Finanzkraft der Gruppe oder der jeweiligen Gesellschaft sowie Bedingungen, die sich allgemein auf die Finanzdienstleistungsbranche auswirken. Es ist nicht gewährleistet, dass die Ratingagenturen die derzeitigen Ratings oder Ratingausblicke der Gruppe oder der jeweiligen Gesellschaft aufrechterhalten werden, insbesondere vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten in der Finanzdienstleistungsbranche und auf den Finanzmärkten.

Die Herabstufungen der Kredit-Ratings können auch zu Abflüssen bei Verträgen zwecks Erfüllung von Sicherheitenanforderungen für bestehende Verträge und zum möglichen Verlust unbesicherter Finanzierungen führen.

(v) Lokales Bilanzmanagement und Risiko einer Währungsumstellung

Die Einführung von Kapitalkontrollen oder neuen Währungen durch Länder (z. B. in der Eurozone) zur Milderung von in jüngster Zeit aufgetretenen Spannungen kann nachteilige Auswirkungen auf die Entwicklung der lokalen Bilanzen bestimmter Unternehmen der Gruppe haben, abhängig von der Qualität der Vermögenswerte, der Art der Sicherheiten sowie der Zusammensetzung der Verbindlichkeiten.

6.6 Betriebsrisiko

Betriebsrisiko ist das Risiko direkter oder indirekter Auswirkungen, die sich aus menschlichem Fehlverhalten, unzureichenden oder fehlgeschlagenen internen Prozessen und Systemen sowie äußeren Ereignissen ergeben. Die Gruppe unterliegt vielen Arten von Betriebsrisiken, einschließlich dem Risiko von Betrug und kriminellen Handlungen (sowohl intern als auch extern), dem Risiko von Störungen von Prozessen, Kontrollmechanismen und Verfahren (oder dem Risiko, dass diese für Größe und den Umfang der Geschäfte der Gruppe unangemessen sind) sowie von Ausfällen oder der Nichtverfügbarkeit von Systemen. Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Betriebsstörungen infolge von Ereignissen, die ganz oder teilweise außerhalb ihres Einflussbereiches liegen (zum Beispiel Naturkatastrophen, Terroranschläge, Epidemien und Ausfälle von Transportmitteln und öffentlichen Versorgungsdienstleistungen), die zum Ausfall oder zum Rückgang von gegenüber Kunden erbrachten Dienstleistungen und/oder zu wirtschaftlichen Verlusten für die Gruppe führen können. Das Betriebsrisiko, dem die Gruppe unterliegt, kann rapiden Änderungen unterworfen sein und es kann nicht garantiert werden, dass die Prozesse, Kontrollmechanismen, Verfahren und Systeme der Gruppe ausreichen, um solchen veränderten Risiken zu begegnen, oder zeitnah an solche Änderungen angepasst werden können. Alle vorgenannten Risiken bestehen auch dort, wo die Gruppe auf externe Dienstleister und Anbieter zurückgreift, um Dienstleistungen für sich selbst oder ihre Kunden zu beziehen.

Rechtliche und regulatorisch bedingte Risiken

(i) Rechtliche Risiken

Die Gruppe unterliegt umfassenden rechtlichen Verpflichtungen in allen Ländern, in denen sie tätig ist, und ist folglich vielen Formen von rechtlichen Risiken ausgesetzt, einschließlich dem Risiko, dass (i) die Führung der Geschäfte möglicherweise nicht im Einklang mit dem anwendbaren Recht der jeweiligen Rechtsordnungen weltweit erfolgt und daraus Geldstrafen und andere Strafen resultieren, (ii) vertragliche Ansprüche möglicherweise nicht wie beabsichtigt oder nur mit nachteiliger Wirkung für die Gruppe durchgesetzt werden können, (iii) gewerbliche Schutzrechte möglicherweise nur unzureichend geschützt sind und die Gruppe möglicherweise gewerbliche Schutzrechte nutzt, die die Rechte Dritter tatsächlich oder angeblich verletzen und (iv) eine Schadenersatzpflicht für Schäden, die Dritten aus der

Geschäftstätigkeit der Gruppe entstanden sind, eintreten kann. Die Gruppe ist auch dem Risiko aufsichtsrechtlicher und anderer Ermittlungen in verschiedenen Rechtsordnungen, einschließlich der Vereinigten Staaten, ausgesetzt. Wie viele andere Finanzinstitute ist die Gruppe in den letzten Jahren stärker in das regulatorische Blickfeld geraten und erwartet, dass dieser Zustand anhält.

Zu den bedeutendsten Gerichtsverfahren, denen die Gruppe 2012 ausgesetzt war und weiterhin ausgesetzt ist, zählen jene in Zusammenhang mit:

- Lehman Brothers,
- bestimmten Serien von in American Depositary Shares verbriefen Vorzugsaktien,
- *US Federal Housing Finance Agency* und anderen Residential Mortgage-Backed Securities,
- dem Devonshire Trust und
- Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung der London Interbank Offered Rates ("**LIBOR**") und anderer Bezugswerte.

Der Ausgang jedes dieser Gerichtsverfahren (und aller künftig möglicherweise angestregten Verfahren) ist schwer vorauszusagen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass der Gruppe in Zusammenhang mit diesen Angelegenheiten erhebliche Ausgaben entstehen und dass eins oder mehrere dieser Verfahren folgende nachteilige Konsequenzen für die Gruppe haben könnten. Erheblicher monetärer Schadenersatz, andere Strafen und Unterlassungsverfügungen, mögliche aufsichtsrechtliche Bußgelder und Auflagen für das Geschäft der Gruppe und/oder nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Gruppe. Weitere Informationen hierzu sind unten im Abschnitt "Gerichtsverfahren" enthalten. Eine nachteilige Entscheidung in einem oder mehreren dieser Verfahren, entweder gegen Barclays PLC, die Emittentin oder eine andere Bank, gegen die vergleichbare Klagen geführt werden, könnte zu weiteren Klagen führen.

Im Folgenden sind die Risiken im Zusammenhang mit bedeutenden aufsichtsrechtlichen und sonstigen Ermittlungen oder Verfahren, denen die Emittentin 2012 ausgesetzt war und die weiter bestehen, aufgeführt:

- *Interchange*-Ermittlungen: Die bedeutendsten Risiken im Zusammenhang mit den Ermittlungen bezüglich der Interchange (Wechsel)-Gebührensätze bei Kredit- und Debitkarten von Visa und MasterCard beinhalten mögliche von Wettbewerbsbehörden auferlegte Bußgelder, Prozesse und Vorschläge für neue Rechtsvorschriften. Die Gruppe muss möglicherweise Bußgelder zahlen oder Schadenersatz leisten und sie könnte von Gesetzesänderungen hinsichtlich Interchange-Regelungen betroffen sein. Es ist derzeit nicht möglich, die Wahrscheinlichkeit oder möglichen finanziellen Auswirkungen dieser möglichen Risiken vorauszusagen;
- Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix und andere Bezugswerte : Die Risiken im Zusammenhang mit den Ermittlungen verschiedener Behörden zu den Einreichungen der Emittentin und anderer Panel-Mitglieder an die für die Festlegung verschiedener Interbankensätze zuständigen Gremien beinhalten: die Möglichkeit von behördlich auferlegten Geldstrafen, einschließlich weiterer Geldstrafen, die zusätzlich zu den 2012 bereits festgesetzten Geldstrafen auferlegt werden; die anhängigen und möglichen zusätzlichen zivilrechtlichen Verfahren; Reputationsschäden für die Emittentin; die Möglichkeit der Strafverfolgung, falls die Emittentin gegen das mit der Abteilung für Betrugsbekämpfung des U.S.-Justizministeriums (*U.S. Department of Justice, Fraud Section*) geschlossene Non-Prosecution Agreement (Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung)

verstößt; und die Möglichkeit weiterer aufsichtsrechtlicher Zwangsmaßnahmen, falls die Emittentin gegen die von der U.S.-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*Commodity Futures Trading Commission, CFTC*) verhängte Unterlassungsanordnung (*cease and desist order*) verstößt;

- Zinssicherungsprodukte: Am 31. Dezember 2012 wies die Emittentin in ihrer Bilanz eine Rückstellung in Höhe von GBP 850 Mio. für künftige Entschädigungen von als nicht sachkundig (*non-sophisticated*) eingestuften Kunden aus, was der bestmöglichen Schätzung der Geschäftsleitung im Hinblick auf künftige Entschädigungen von als nicht sachkundig eingestuften Kunden und damit verbundene Kosten entspricht. Im ersten Halbjahr 2013 wurden weitere Fälle geprüft, was zu einer größeren und repräsentativeren Stichprobe als Grundlage für die Berechnung der von der Emittentin zu bildenden Rückstellung führte. Infolgedessen wurde am 30. Juni 2013 eine zusätzliche Rückstellung von GBP 650 Mio. ausgewiesen, wodurch sich der Gesamtaufwand auf GBP 1.500 Mio. erhöhte. Es wurden noch keine Rückstellungen in Bezug auf Ansprüche von als sachkundig (*sophisticated*) eingestuften Privatkunden, die nicht in der Überprüfung im Hinblick auf Entschädigungen erfasst wurden, oder zusätzliche Ansprüche von als nicht sachkundig eingestuften Kunden wegen Folgeschäden gebildet. Entsprechende Ansprüche werden beobachtet, und es werden künftig Rückstellungen gebildet, soweit eine Verpflichtung erkannt wurde, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt.
- *Federal Energy Regulatory Commission (FERC)*-Ermittlungen: Die Emittentin könnte zur Zahlung einer zivilrechtlichen Strafe und der ihr entstandenen Gewinne zuzüglich Zinsen verpflichtet werden sowie einen Reputationsschaden erleiden, wenn die Ermittlungen ergeben, dass sie im Zeitraum von Ende 2006 bis 2008 im Zusammenhang mit ihrem Stromhandel im Westen der USA gegen die Anti-Manipulationsbestimmungen (die sog. Anti-Manipulation Rule) der U.S.-Energiemarktaufsicht FERC verstoßen hat. Im September 2013 wandte sich die für Strafsachen zuständige Abteilung des *United States Attorney's Office* im *Southern District of New York* an die Emittentin und teilte mit, dass sie den in den FERC-Ermittlungen gegenständlichen Sachverhalt ebenfalls prüfe;
- Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Verträge: Die britische Finanzaufsichtsbehörde FCA (*Financial Conduct Authority*) hat Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Verträge durchgeführt, darunter zwei zwischen der Emittentin und der Qatar Holding LLC ("**Qatar Holding**") im Juni beziehungsweise Oktober 2008 geschlossene Beratungsverträge, sowie hinsichtlich der Frage, ob diese in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen der Emittentin im Juni und im November 2008 gestanden haben könnten.

Die FCA hat am 13. September 2013 Warnhinweise (die "**Warnhinweise**") gegen Barclays PLC und die Emittentin erteilt.

Das Bestehen des im Juni 2008 geschlossenen Beratungsvertrag wurde in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten im Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen im Juni und November 2008 offengelegt, der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die unter beiden Verträgen zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, jedoch nicht. In den Warnhinweisen ist zwar berücksichtigt, dass Barclays PLC und die Emittentin damals davon ausgingen, dass zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert aus den Verträgen bezogen werden sollte, es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es in erster Linie nicht Zweck der Verträge war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt wurden. In den Warnhinweisen wird festgestellt, dass Barclays PLC und

die Emittentin gegen bestimmte Notierungsregeln in Bezug auf Offenlegungspflichten verstießen und Barclays PLC auch gegen das *Listing Principle 3* (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien der Barclays PLC integer zu verhalten). In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass Barclays PLC und die Emittentin leichtfertig (*recklessly*) handelten. Das in den Warnhinweisen gegen die Gruppe verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Barclays PLC und die Emittentin bestreiten die Feststellungen jedoch weiterhin.

Die britische Behörde für schwere Betrugsdelikte SFO (*Serious Fraud Office*) ermittelt hinsichtlich derselben Verträge. Diese Ermittlungen sind noch nicht so weit fortgeschritten und die Gruppe hat Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet.

Das U.S.-Justizministerium DOJ (*U.S. Department of Justice*) und die U.S.-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde SEC (*U.S. Securities and Exchange Commission*) führen Ermittlungen hinsichtlich der Frage, ob im Rahmen der Beziehungen der Gruppe zu Dritten, die die Emittentin beim Aufbau neuer bzw. der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen unterstützen, die Vorschriften des *United States Foreign Corrupt Practices Act* eingehalten werden. Die Ermittlungen beziehen sich auch auf die vorstehend angesprochenen Verträge, einschließlich der beiden Beratungsverträge. Die *US Federal Reserve* hat verlangt, dass sie über diese Angelegenheiten laufend informiert wird.

Es ist nicht möglich, die vollständigen Auswirkungen abzuschätzen, die sich bei einem nachteiligen Ausgang dieser Ermittlungen für die Gruppe ergeben können.

Endgültige nachteilige Feststellungen würden zu Bußgeldern, Reputationsschäden und/oder möglicherweise (wenn Strafverfolgungsbehörden des Vereinigten Königreichs oder der USA weitere Maßnahmen ergreifen) strafrechtlicher Haftung führen, wodurch sich auch das Risiko von Auswirkungen auf Wertpapierkurse und möglichen Zivilprozessen ergibt. Die gegebenenfalls entstehenden zivil-, straf- oder aufsichtsrechtlichen Folgen oder der finanziellen Auswirkungen können nicht sicher vorhergesagt werden, bevor die Behörden in den laufenden Ermittlungen zu abschließenden Ergebnissen gekommen sind.

Darüber hinaus haben sowohl die Europäische Kommission als auch die DOJ-AD im Jahr 2013 Ermittlungen am CDS-Markt eingeleitet (im Jahr 2011 bzw. 2009). Am 1. Juli 2013 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte an die Emittentin sowie 12 weitere Banken, die Markt und die ISDA gerichtet. In dem betreffenden Fall geht es um Bedenken, dass bestimmte Banken kollektiv darauf hingewirkt haben könnten, das Auftreten von börsennotierten Kreditderivateprodukten zu verzögern und zu verhindern. Hinsichtlich einer möglichen Entscheidung der Europäischen Kommission hat diese angedeutet, dass sie Sanktionen auferlegen muss. Zu den möglichen von der Europäischen Kommission aufzuerlegenden Sanktionen gehören Bußgelder. Bei den Ermittlungen der DOJ-AD handelt es sich um zivilrechtliche Ermittlungen, die sich auf ähnliche Angelegenheiten beziehen. In den Vereinigten Staaten wurden auch Sammelklagen (*putative class actions*) im Hinblick auf ähnliche Angelegenheiten eingereicht. Der zeitliche Ablauf dieser Fälle ist ungewiss, und es ist nicht möglich, eine Einschätzung der potenziellen finanziellen Auswirkungen dieser Angelegenheit auf die Emittentin abzugeben.

Weitere Informationen zu diesen Fällen sind in den nachstehenden Abschnitten "Betriebsrisiko – Regulatorische Risiken" sowie "Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten" aufgeführt.

(ii) Regulatorische Risiken

Regulatorische Risiken entstehen infolge der Nichteinhaltung oder des Unvermögens zur Einhaltung von Gesetzen, Vorschriften oder Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Finanzdienstleistungssektor, die momentan wesentlichen Änderungen und einer strengeren Kontrolle unterliegen. Die Nichteinhaltung kann zu Bußgeldern, öffentlichen Verweisen, Reputationsschäden, verschärften aufsichtsrechtlichen Anforderungen, der zwangsweisen Einstellung einzelner Geschäftsfelder oder, in Extremfällen, zum Entzug der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb führen. Die Nichteinhaltung kann zudem Kosten im Zusammenhang mit Ermittlungen und Entschädigungen betroffener Kunden nach sich ziehen. Letztere können die unmittelbaren Kosten aus aufsichtsrechtlichen Zwangsmaßnahmen übersteigen. Hinzu kommt, dass sich durch einen Reputationsschaden der Franchise-Wert verringern kann.

Aufsichtsrechtliche Änderungen

Das Bankwesen unterliegt in vielen Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, weiterhin in einem noch nie da gewesenen Ausmaß aufsichtsrechtlichen Änderungen und Kontrollen. Dies hat zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit Überwachung und Beaufsichtigung, gestiegenen Erwartungen und erhöhten Anforderungen geführt, unter anderem im Hinblick auf: (i) Eigenkapital-, Liquiditäts- und Fremdkapitalanforderungen (beispielsweise gemäß Basel III und CRD IV); (ii) strukturelle Reformen und Sanierungs- und Abwicklungsplanung; (iii) Marktinfrastrukturereformen wie zum Beispiel zentrales Clearing von OTC-Derivativen; und (iv) die Eignung von Kontrollmechanismen hinsichtlich ihrer Geschäfte in vielen Ländern. Global systemrelevante Banken, wie beispielsweise die Emittentin, werden besonderen Kontrollen unterzogen. Insbesondere im Vereinigten Königreich übernahmen die Prudential Regulatory Authority ("PRA") und die Financial Conduct Authority ("FCA") im April 2013 die Funktion der Financial Services Authority, und die neuen Behörden verfügen über erweiterte Befugnisse und noch klarer umrissene regulatorische Aufgaben und Ziele. Darüber hinaus hat der Ausschuss für Finanzpolitik (Financial Policy Committee – "FPC") der Bank of England starken Einfluss auf das Verhalten der neuen Regulierungsbehörden und die Befugnisse zur Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen in diesem Sektor.

Mit beträchtlichen Herausforderungen rechnet man auch in den Vereinigten Staaten nach der Umsetzung des Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act 2010 ("DFA"), der u. a. Beschränkungen des Eigenhandels und fondsbezogener Aktivitäten (die so genannte "Volcker-Regel") enthält. Teilweise hat der DFA nicht nur Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten. Das vollständige Ausmaß der Auswirkungen des DFA auf die Gruppe ist noch unklar, weil die für die Umsetzung zahlreicher Bestimmungen des DFA erforderlichen Regelungen auch weiterhin Gegenstand von Gesetzgebungsverfahren sind und erst im Laufe mehrerer Jahre in Kraft treten werden. Infolgedessen bedürfen die regulatorischen Risiken weiterhin der Aufmerksamkeit der Führungsspitze und werden einen erheblichen Anteil der Unternehmensressourcen binden. Außerdem könnten sich Unsicherheit sowie der Umfang internationaler regulatorischer Koordination im Zuge der Entwicklung und Umsetzung verbesserter aufsichtsrechtlicher Standards nachteilig auf die Fähigkeit der Emittentin zur Gestaltung einer effektiven Geschäfts-, Kapital- und Risikomanagementplanung auswirken und/oder dazu führen, dass die Gruppe sich dazu entschließt, Änderungen an ihrer rechtlichen Struktur, ihren Kapital- und Finanzierungsstrukturen sowie ihrer geschäftlichen Ausrichtung vorzunehmen.

Umsetzung von Basel III / CRD IV

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (der "Baseler Ausschuss") hat eine Reihe von grundlegenden Reformen des aufsichtsrechtlichen Rahmens für international tätige Banken vorgeschlagen. Die

Verordnung über die Eigenkapitalanforderungen und Richtlinie über die Eigenkapitalanforderungen (zusammen als CRD IV bekannt), mit denen Basel III auf EU-Ebene umgesetzt wird, enthalten erhebliche Entwicklungen bei den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, darunter: erhöhte Mindestkapitalquoten; Änderungen hinsichtlich der Definition von Eigenkapital und der Berechnung risikogewichteter Aktiva, sowie die Einführung neuer Maßnahmen in Bezug auf Leverage, Liquidität und Finanzierung. Die CRD IV-Bestimmungen wurden am 27. Juni 2013 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht, die Richtlinie über die Eigenkapitalanforderungen muss bis zum 31. Dezember 2013 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden, und die Verordnung gilt ab dem 1. Januar 2014 unmittelbar in den Mitgliedstaaten, wobei jeweils bestimmte Ausnahmen gelten.

Die Einführung damit verbundener verbindlicher technischer Standards durch die Europäische Bankaufsichtsbehörde und/oder die Auslegung der CRD IV-Bestimmungen durch die PRA (u.a. gemäß dem im August 2013 veröffentlichten Konsultationspapier CP 5/13) können zu einer Änderung des angegebenen Ansatzes der Aufsichtsbehörden im Vereinigten Königreich bei der Umsetzung von CRD IV im Vereinigten Königreich führen, mit dem Ergebnis, dass diese Änderungen – einzeln und/oder in ihrer Gesamtheit betrachtet – wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Kapital-, die Verschuldungs-, die Liquiditäts- und die Finanzierungsquote der Emittentin im Rahmen von CRD IV haben können.

Sanierungs- und Abwicklungspläne (Recovery and Resolution Plans – RRP)

Der Schwerpunkt sowohl britischer als auch internationaler Aufsichtsbehörden liegt auch weiterhin klar auf der Frage der Abwicklungsfähigkeit. Die Gruppe arbeitet weiterhin mit den Behörden hinsichtlich Sanierungs- und Abwicklungsplänen sowie den praktischen Details des Abwicklungsprozesses zusammen. Dies beinhaltet die Bereitstellung von Informationen, die im Falle einer Abwicklung für eine verbesserte Abwicklungsfähigkeit der Emittentin erforderlich wären. Die Gruppe hat erstmals Mitte 2012 ihre Sanierungs- und Abwicklungspläne bei britischen und US-amerikanischen Aufsichtsbehörden förmlich eingereicht und seither weiterhin mit den Behörden zusammengearbeitet, um mögliche Hindernisse für die Abwicklungsfähigkeit zu ermitteln und auszuräumen.

Sollten die Behörden entscheiden, dass die Emittentin nicht abwicklungsfähig ist, haben sie die Möglichkeit zu verlangen, dass die Gruppe in einzelne für abwicklungsfähig erachtete Teile aufgespalten wird. Diese strukturellen Veränderungen könnten – aufgrund geringerer Diversifizierungsvorteile – Auswirkungen auf die Kapital-, die Liquiditäts- und die Verschuldungsquote sowie – infolge einer Verdopplung von Infrastrukturkosten, entgangener Erträge im Zusammenhang mit Kreuzparitäten (lost cross-rate revenues) und zusätzlicher Finanzierungskosten – die Gesamtrentabilität haben.

Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle des Ausfalls einer Bank

Der Banking Act 2009 (der "Banking Act") sieht einen Rahmen (der "Abwicklungsrahmen") vor, der es der Bank of England (bzw. – unter bestimmten Umständen – dem britischen Finanzministerium (UK HM Treasury) ermöglicht, scheiternde Banken mit Hauptsitz im Vereinigten Königreich in Abstimmung mit der PRA und ggf. dem britischen Finanzministerium zu zerschlagen. Durch den Banking Act werden diesen Institutionen bestimmte Befugnisse eingeräumt, wie beispielsweise (a) die Befugnis zur Anordnung der Übertragung von Anteilen (share transfer), wonach die von einer britischen Bank begebenen Wertpapiere insgesamt oder teilweise an einen gewerblichen Käufer oder die britische Regierung übertragen werden können, und (b) die Befugnis, eine Übertragung des Vermögens, der Rechte und Verbindlichkeiten einer britischen Bank insgesamt oder teilweise an einen gewerblichen Käufer oder ein Unternehmen der Bank of England anzuordnen (property transfer). Eine Anordnung zur Übertragung von Anteilen kann sich auf eine große Bandbreite an Wertpapieren beziehen, u. a. auf von

einer britischen Bank (einschließlich der Emittentin) oder ihrer Holdinggesellschaft (der Barclays PLC) begebene Aktien und Anleihen sowie Bezugsrechte für entsprechende Aktien bzw. Anleihen. Ab dem 1. April 2013 werden einige dieser Befugnisse auf Gesellschaften ausgeweitet, die der gleichen Gruppe wie eine britische Bank angehören. Durch den Banking Act werden den Behörden zudem Befugnisse eingeräumt, Kündigungsgründe oder –rechte außer Kraft zu setzen, auf die man sich infolge der Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (resolution powers) berufen könnte. Die durch den Banking Act eingeräumten Befugnisse gelten ungeachtet etwaiger vertraglicher Beschränkungen. Unter Umständen ist sowohl bei der Anordnung einer Anteilsübertragung als auch bei einer Vermögensübergabe eine Entschädigung zu zahlen.

Durch den Banking Act wird der Bank of England auch die Befugnis eingeräumt, vertragliche Verpflichtungen zwischen einer britischen Bank, ihrer Holdinggesellschaft und ihren Gruppengesellschaften gegen eine angemessene Gegenleistung außer Kraft zu setzen, abzuändern oder aufzuerlegen, um es der übernehmenden Bank oder Nachfolgebank zu ermöglichen, ihr Geschäft effektiv zu betreiben. Darüber hinaus erhält das britische Finanzministerium die Befugnis, Gesetze zu ändern (mit Ausnahme von Bestimmungen, die durch oder im Rahmen des Banking Act erlassen wurden), um die Befugnisse der Regelungen des Banking Act effektiv und möglicherweise auch rückwirkend ausüben zu können. Darüber hinaus wird der Bank of England durch den Banking Act die Verantwortung für die Stabilität des Finanzwesens im Vereinigten Königreich und für die Beaufsichtigung der Zahlungssysteme gesetzlich übertragen.

Möglicherweise wird der Banking Act geändert und/oder andere Gesetze im Vereinigten Königreich verabschiedet, um den Abwicklungsrahmen, der im Falle des Ausfalls einer Bank gelten würde, zu ändern oder die Aufsichtsbehörden mit weiteren Abwicklungsbefugnissen (einschließlich Befugnissen ähnlich den Bail-in-Befugnissen entsprechend der nachfolgend beschriebenen Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie) auszustatten, was sich im Ergebnis auf die Position der Inhaber der von der Emittentin ausgegebenen Wertpapiere (einschließlich der Wertpapiere) auswirken könnte. Beispielsweise veröffentlichte die Europäische Kommission in Übereinstimmung mit einer Pressemitteilung des Baseler Ausschusses vom 13. Januar 2011 (die "Pressemitteilung Januar 2011") sowie den vom Financial Stability Board im Oktober 2011 veröffentlichten "Key Attributes of Effective Resolution Regimes for Financial Institutions (Wesentliche Merkmale effektiver Abwicklungsregeln für Finanzinstitute)" am 6. Juni 2012 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung eines europaweiten Rahmens für die Sanierung und Auflösung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (die "Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie" oder "SA-Richtlinie"). Benanntes Ziel des Entwurfs der SA-Richtlinie ist es, den Aufsichtsbehörden einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Banken Krisen rechtzeitig abzuwenden, um damit die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass Verluste auf den Steuerzahler zurückfallen, möglichst gering zu halten. Die gemäß dem Vorschlag für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie für die Aufsichtsbehörden vorgesehenen Befugnisse sehen insbesondere die Einführung einer gesetzlichen "Bail-in"-Befugnis vor, wodurch die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich befugt wäre, den Kapitalbetrag bestimmter unbesicherter Verbindlichkeiten eines ausfallenden Instituts oder Zinsen auf die betreffenden unbesicherten Verbindlichkeiten insgesamt oder teilweise zu löschen und/oder Forderungen in sonstige Wertpapiere, einschließlich Aktien an einer gegebenenfalls fortbestehenden Gruppengesellschaft, umzuwandeln. Derzeit ist geplant, die Mehrzahl der im Vorschlag für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie vorgesehenen Maßnahmen mit Wirkung zum 1. Januar 2015 einzuführen, wobei die "Bail-in"-Befugnis für sonstige abschreibungsfähige Verbindlichkeiten voraussichtlich zum 1. Januar 2018 eingeführt wird.

Die endgültige Fassung des Vorschlags für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie liegt jedoch noch nicht vor, und der Vorschlag kann noch geändert und die voraussichtlichen Termine zur Umsetzung der Richtlinie in der EU und/oder im Vereinigten Königreich noch verschoben werden.

Neben der "Bail-in"-Befugnis, umfassen die Befugnisse, die entsprechend den derzeitigen Vorschlägen der jeweils für die Abwicklung zuständigen Behörde im Vereinigten Königreich im Rahmen des Vorschlags für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie gewährt werden sollen, die Befugnis, (i) die Veräußerung der Bank oder ihrer gesamten Geschäftstätigkeit oder einen Teil davon zu kommerziellen Bedingungen anzuordnen, ohne dass die Zustimmung der Anteilhaber erforderlich ist oder ansonsten anzuwendende Verfahrensvorschriften einzuhalten sind, (ii) die gesamte Geschäftstätigkeit der Bank oder einen Teil davon auf ein "Brückeninstitut" (ein öffentlich kontrolliertes Unternehmen) zu übertragen und (iii) die wertgeminderten oder problematischen Vermögenswerte des betreffenden Finanzinstituts auf eine Zweckgesellschaft zu übertragen, um zu erlauben, dass diese dann über die Zeit verwaltet werden. Hinsichtlich der endgültigen Ausgestaltung sowie des endgültigen Umfangs dieser Befugnisse sowie hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Gruppe und im Rahmen des Programms begebene Wertpapiere im Falle ihrer Umsetzung besteht weiterhin erhebliche Unsicherheit. Entsprechend können derzeit noch keine Voraussagen hinsichtlich der vollen Auswirkungen des Vorschlags für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie auf die Gruppe und auf Wertpapierinhaber gemacht werden, und es kann nicht gewährleistet werden, dass nach einer Umsetzung des Vorschlags, die Art und Weise seiner Umsetzung oder die Ergreifung von Maßnahmen durch die jeweils für die Abwicklung zuständige Behörde im Vereinigten Königreich entsprechend dem derzeitigen Vorschlag für eine Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie keine nachteiligen Auswirkungen auf die Rechte der Inhaber von im Rahmen des Programms begebenen Wertpapiere, den Kurs dieser Wertpapiere, den Wert einer Anlage darin und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen dieser Wertpapiere hätte.

Strukturreform

Eine Reihe von Aufsichtsbehörden schlagen derzeit vor oder erwägen, neue Rechtsvorschriften bzw. Regelungen einzuführen, die sich in beträchtlichem Maße auf die künftige rechtliche Struktur, die geschäftliche Ausrichtung und die Geschäftsführung der Gruppe auswirken könnten.

Der Gesetzentwurf zu Finanzdienstleistungen (*Bankenreform*) (*Financial Services (Banking Reform) Bill*) der britischen Regierung verleiht britischen Behörden die Befugnis zur Umsetzung zentraler Empfehlungen der Unabhängigen Bankenkommission (*Independent Commission on Banking*), darunter: (i) die Ausgliederung des Privatkundengeschäfts der größten britischen Banken im Vereinigten Königreich und EWR auf ein rechtlich, betrieblich und wirtschaftlich eigenständiges und unabhängiges Unternehmen (sog. "**Ring-Fencing**"); (ii) gesetzliche Bevorzugung von Einlegern im Falle der Insolvenz; und (iii) eine Reservebefugnis (*reserve power*), die es der PRA unter bestimmten Umständen erlaubt, die vollständige Ausgliederung des Privatkundengeschäfts von britischen Banken, die von den Reformen erfasst sind, durchzusetzen. Der Gesetzentwurf hat das Unterhaus (*House of Commons*) durchlaufen und liegt derzeit dem Oberhaus (*House of Lords*) vor.

- Hauptfunktion des Gesetzentwurfs ist es, dem britischen Finanzministerium (*UK Treasury*) diejenigen Befugnisse zu verleihen, die es zur Umsetzung des zugrundeliegenden Gesetzentwurfs durch Rechtsverordnungen benötigt. Am 8. März 2013 hat die britische Regierung Entwürfe von Rechtsverordnungen veröffentlicht. Die britische Regierung

beabsichtigt, dass entsprechende Gesetze und Rechtsverordnungen bis Mai 2015 in Kraft sind, deren Einhaltung britische Banken bis zum 1. Januar 2019 sicherstellen müssen.

- Der Prüfungsbericht einer hochrangigen Expertengruppe über mögliche Strukturreformen im EU-Bankensektor (Liikanen-Bericht) enthält Hauptempfehlungen zur zwingenden Trennung des Eigenhandels und sonstiger Handelstätigkeiten mit hohem Risiko (die bestimmten Schwellenwerten unterliegen) vom Einlagengeschäft bei Banken. Die Europäische Kommission prüft derzeit die Auswirkungen der im Liikanen-Bericht genannten Empfehlungen auf das Wachstum sowie auf die Sicherheit und Integrität von Finanzdienstleistungen in der EU, insbesondere im Hinblick auf die von ihr gegenwärtig geplanten Gesetzesreformen, und wird im dritten Quartal 2013 Vorschläge zur strukturellen Trennung bei Banken veröffentlichen. Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wird frühestens für das Jahr 2015 erwartet.
- Die Vorschläge der *US Federal Reserve* zur Umsetzung von Section 165 des Dodd-Frank Act, gemäß dem die US-Tochtergesellschaften von in den Vereinigten Staaten tätigen ausländischen Banken durch US-Zwischenholdinggesellschaften gehalten werden müssen, für die wiederum umfassende aufsichtsrechtliche Anforderungen sowie lokale Eigenkapitalanforderungen der US-Aufsichtsbehörden gelten, sowie zur Umsetzung von Section 166 (Anforderungen für frühzeitige Abhilfemaßnahmen). Gemäß den derzeitigen Vorschlägen müsste die Zwischenholdinggesellschaft die erweiterten aufsichtsrechtlichen Standards sowie die Anforderungen für frühzeitige Abhilfemaßnahmen einhalten, die weitgehend mit den auf ähnliche US-Banken-Holdinggesellschaften (*US bank holding companies*) anwendbaren Bestimmungen übereinstimmen; dies umfasst auch Anforderungen, die zuvor als nicht auf die Gruppe anwendbar galten. Würden die Vorschläge der *US Federal Reserve* in ihrer derzeitigen Form umgesetzt, würden sie möglicherweise zu einer Erhöhung der absoluten und aufsichtsrechtlichen Kosten der US-Geschäftsbereiche der Gruppe führen. Es ist ebenfalls möglich, dass die Umsetzung von Section 165 größere Auswirkungen für die US-Tochtergesellschaften von ausländischen Banken als für US-Banken-Holdinggesellschaften mit sich bringt.
- In den Vereinigten Staaten wird es nach Inkrafttreten der sogenannten "Volcker-Regel" zu einer erheblichen Einschränkung der Möglichkeit von US-Banken-Holdinggesellschaften und ihren Tochtergesellschaften sowie der US-Niederlassungen von ausländischen Banken kommen, Eigenhandel mit Wertpapieren und Derivaten zu betreiben sowie bestimmte Aktivitäten in Bezug auf Hedgefonds und Private-Equity-Fonds auszuüben. Im Oktober 2011 schlugen die US-Aufsichtsbehörden Regelungen zur Umsetzung der Volcker-Regel vor. Die endgültige Fassung dieser Regelungen liegt bisher noch nicht vor. Die Auswertung der Vorschläge dauert noch an, jedoch ist klar, dass die Einhaltung dieser Regelungen möglicherweise mit erheblichen zusätzlichen Compliance- und Betriebskosten für die Gruppe verbunden sein wird. Wenngleich die Bestimmungen der Volcker-Regel offiziell im Juli 2012 in Kraft traten, hat die Gruppe bis zum Ende des Anpassungszeitraums, d. h. nach derzeitigem Stand bis Juli 2014 (vorbehaltlich möglicher Verlängerungen) Zeit, ihre Aktivitäten den Anforderungen gemäß der Regel anzupassen; und
- Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (die "**Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie**").

Diese Gesetze und Vorschriften sowie die Art und Weise ihrer Auslegung und Umsetzung durch die Aufsichtsbehörden ist möglicherweise mit vielen erheblichen Auswirkungen verbunden, darunter Änderungen der rechtlichen Struktur der Gruppe, Änderungen hinsichtlich der Art und Weise, in der Kapital und Finanzierungen innerhalb der Gruppe aufgenommen und verwendet werden, sowie Änderungen hinsichtlich der Stellen innerhalb der Gruppe, an denen dies geschieht, erhöhte Anforderungen an die Fähigkeit der Gruppe und/oder bestimmter juristischer Personen oder Konzernteile innerhalb der Gruppe zur Verlustabsorption und mögliche Änderungen der geschäftlichen Ausrichtung und des Geschäftsmodells der Gruppe (einschließlich einer möglichen Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten). Diese und weitere aufsichtsrechtliche Änderungen und die daraus resultierenden Maßnahmen können sich nachteilig auf die Rentabilität, die betriebliche Flexibilität, die Flexibilität des Einsatzes von Kapital und Finanzierungen, die Eigenkapitalrendite, die Fähigkeit zur Zahlung von Dividenden und/oder die Finanzlage der Emittentin auswirken. Nähere Einzelheiten zu diesen rechtlichen Bestimmungen und der regulatorischen Gesetzgebung sowie deren endgültigen Auswirkungen auf die Gruppe, die erheblich sein könnten, sind derzeit noch nicht vorhersehbar.

Die britische Einlagensicherungseinrichtung (Financial Services Compensation Scheme – FSCS)

Banken, Versicherungsgesellschaften und andere Finanzinstitute im Vereinigten Königreich unterliegen einer einzigen Einlagensicherungseinrichtung (der britischen Einlagensicherungseinrichtung (*Financial Services Compensation Scheme – "FSCS"*)), die eingreift, wenn ein zugelassenes Unternehmen auf Grund seiner finanziellen Umstände nicht in der Lage oder wahrscheinlich nicht in der Lage ist, die ihm gegenüber geltend gemachten Ansprüche zu erfüllen. Die meisten Einlagen bei Zweigniederlassungen der Emittentin innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), die auf Pfund Sterling oder andere Währungen lauten, werden von der FSCS abgedeckt. Ebenso sind die meisten Ansprüche im Zusammenhang mit Anlagegeschäften abgedeckt, falls die Geschäfte vom Vereinigten Königreich oder von einer Zweigniederlassung der Bank oder des Wertpapierhauses in einem anderen EWR-Mitgliedstaat aus durchgeführt wurden. Die FSCS wird durch Abgaben finanziert, die von zugelassenen britischen Unternehmen wie der Emittentin erhoben werden. Sollte die FSCS diese Mittel häufiger einfordern oder die zu zahlenden Abgaben deutlich erhöhen, könnten die damit für die Gruppe verbundenen Kosten wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis der Gruppe haben.

Bislang hat die FSCS Entschädigungen ausgezahlt, die mit Kreditfazilitäten in Höhe von insgesamt ca. GBP 18 Mrd. finanziert wurden, die der FSCS vom britischen Finanzministerium (UK Treasury) zur Unterstützung der Verpflichtungen der FSCS gegenüber den Hinterlegern von in Zahlungsverzug gesetzten Banken zur Verfügung gestellt wurden. Im April 2012 vereinbarte die FSCS geänderte Bedingungen für die Kreditfazilitäten, einschließlich einer Erhöhung des zu zahlenden Zinssatzes um 70 Basispunkte auf den 12-Monats-LIBOR zuzüglich 100 Basispunkte. Für diesen Zinssatz gilt eine Untergrenze in Höhe der eigenen Kreditkosten des britischen Finanzministeriums (UK Treasury), basierend auf der entsprechenden Rückzahlungsrendite für britische Staatspapiere (gilt rate). Die Fazilitäten werden voraussichtlich in voller Höhe mit von den gescheiterten Banken zurückerlangten Mitteln zurückgezahlt; hiervon ausgenommen ist ein geschätzter Fehlbetrag in Höhe von GBP 0,8 Mrd. Die FSCS hat ihre Absicht verkündet, diesen Fehlbetrag durch die Erhebung von Abgaben im Bankensektor zurückzuerlangen, die – neben den laufenden Zinsbelastungen für die ausstehenden Kredite – in Raten über die Jahre 2013, 2014 und 2015 zu zahlen sind. Die Gruppe hat hinsichtlich ihres Anteils am Gesamtbetrag der von der FSCS erhobenen Abgaben unter ihren sonstigen Verbindlichkeiten zum 30. Juni 2013 eine Rückstellung in Höhe von GBP 190 Mio. erfasst (2012: GBP 156 Mio.).

Reformen der Marktinfrastruktur

Mit der EU-Verordnung über die europäische Marktinfrastruktur ("EMIR") werden neue Anforderungen zur Verbesserung der Transparenz und Verringerung der Risiken in Verbindung mit dem Derivatemarkt eingeführt. Diese Anforderungen werden schrittweise im Verlauf der Jahre 2013 und 2014 in Kraft treten. Nach ihrem vollständigen In-Kraft-Treten werden gemäß der EMIR Unternehmen, die Derivatekontrakte in irgendeiner Form, darunter Zins-, Währungs-, Aktien-, Kredit- und Rohstoffderivate, abschließen möchten, zu Folgendem verpflichtet sein: zur Meldung jedes abgeschlossenen Derivatekontrakts an ein Transaktionsregister; zur Umsetzung neuer Risikomanagementstandards (einschließlich betrieblicher Verfahren und eines Margining) für alle zweiseitigen außerbörslichen Derivategeschäfte, deren Clearing nicht über eine zentrale Gegenpartei durchgeführt wird; und zum Clearing – über eine zentrale Gegenpartei – von außerbörslichen Derivaten, für die zwingend eine Clearingpflicht vorgesehen ist. Mit der Eigenmittelrichtlinie IV soll die EMIR über die Anwendung höherer Eigenkapitalanforderungen für zweiseitige außerbörsliche Derivategeschäfte ergänzt werden. Geringere Eigenkapitalanforderungen für geclearte Geschäfte können nur gewährt werden, wenn die zentrale Gegenpartei eine anerkannte "qualifizierte zentrale Gegenpartei" ist, die über eine Zulassung oder Anerkennung gemäß der EMIR (entsprechend den damit verbundenen verbindlichen technischen Standards) verfügt.

In den Vereinigten Staaten ist gemäß dem Dodd-Frank Act ebenfalls vorgeschrieben, dass bestimmte Arten von Derivaten, die derzeit außerbörslich gehandelt werden, an einer Börse oder einer sogenannten *Swap Execution Facility* gehandelt werden müssen, und deren Clearing zentral durch eine regulierte Clearingstelle durchzuführen ist. Darüber hinaus unterstehen die Teilnehmer an den betreffenden Märkten nunmehr der Regulierung und Aufsicht durch die CFTC und die SEC. Für Unternehmen, die sich bei der CFTC als "Swap-Händler (*swap dealer*)" oder sogenannte "*Major Swap Participants*" bzw. bei der SEC als sogenannte "*Security-Based Swap Dealers*" oder "*Major Security-Based Swap Dealers*" registrieren lassen müssen, gelten derzeit oder künftig Pflichten hinsichtlich Geschäftsführung, Kapital, Margen und der Führung von Unterlagen sowie Meldepflichten. Die Emittentin hat sich vorläufig bei der CFTC als Swap-Händler registrieren lassen. Es ist möglich, dass weitere aufsichtsrechtliche Bestimmungen (von denen viele noch nicht in endgültiger Form vorliegen) und die damit verbundenen Aufwendungen und Anforderungen zu einer Erhöhung der Kosten und einer Beschränkung der Teilnahme an den Derivatemarkten führen, wodurch sich die Kosten für den Abschluss von Hedginggeschäften oder sonstigen Geschäften erhöhen können und es zu einer Reduzierung der Liquidität sowie einer Einschränkung der Nutzung der Derivatemarkte kommen kann.

Die neuen für die Derivatemarkte geltenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen könnten sich nachteilig auf das Geschäft der Emittentin und der mit ihr verbundenen Unternehmen an den betreffenden Märkten auswirken und die Durchführung von Hedging- und Handelsaktivitäten erschweren und verteuern, was wiederum zu einer geringeren Nachfrage nach Swap-Handelsdienstleistungen und ähnlichen Dienstleistungen der Emittentin und ihrer Tochtergesellschaften führen kann. Darüber hinaus ist es möglich, dass infolge dieser erhöhten Kosten die neuen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen die Gruppe veranlassen, eine Verringerung ihrer Aktivitäten an diesen Märkten zu beschließen.

Verhaltens- und Reputationsrisiko

Verhaltensrisiko ist das Risiko, dass die Kunden oder Vertragspartner der Gruppe oder die Emittentin und ihre Mitarbeiter durch die unangemessene Ausführung der Geschäftstätigkeit der Gruppe einen Nachteil erleiden. Reputationsrisiko ist das Risiko, dass die Marke Barclays aufgrund einer Verbindung, Handlung oder Unterlassung, die von Interessengruppen als unangemessen oder unethisch empfunden wird, (zum

Beispiel die branchenweiten Ermittlungen bezüglich der Festlegung des LIBOR und anderer Referenzindizes und der irregulären Praktiken beim Verkauf von Restschuldversicherungen an Verbraucher) Schaden nimmt. Ein Reputationsrisiko kann sich auch aus Fehlern in Bezug auf die Corporate Governance und Geschäftsführung in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft ergeben (zum Beispiel falls Barclays PLC Kunden Finanzierungen zur Verfügung stellt oder ihnen gegenüber Dienstleistung erbringt, ohne Vorkehrungen gegen Geldwäsche, Bestechung oder ähnliches vollständig umzusetzen). Außerdem kann die Ursache von Reputationschäden in dem tatsächlichen oder vermeintlichen Geschäftsgebaren der Gruppe oder in den tatsächlichen oder vermeintlichen Praktiken in der Banken- und Finanzbranche im Allgemeinen liegen.

Wird das Verhaltens- und Reputationsrisiko nicht entsprechend gesteuert, kann es zu einer – mittel- oder unmittelbaren – Minderung der Attraktivität der Emittentin für Interessengruppen, einschließlich der Kunden, und negativer Berichterstattung, Ertragsausfällen, Rechtsstreitigkeiten, strengere Kontrolle und/oder Eingriffen durch Aufsichtsbehörden, aufsichtsrechtlichen oder legislativen Maßnahmen, Verlust von Geschäftsmöglichkeiten in Bezug auf bestehende und potenzielle Kunden, Verschlechterung der Arbeitsmoral und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung und Bindung von Nachwuchskräften kommen. Ein erlittener Reputationsschaden könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit und den Unternehmenswert der Gruppe haben, was wiederum die Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe beeinträchtigen könnte.

Sonstige Betriebsrisiken

(i) Ausfallsicherheit in Bezug auf die Infrastruktur, Technik und Cyber-Sicherheit

Die technologische Infrastruktur der Gruppe ist ein entscheidender Faktor für ihren Geschäftsbetrieb und die Lieferung von Produkten und Dienstleistungen an ihre Kunden und Klienten. Jegliche Störungen beim Zugriff von Kunden auf ihre Kontoinformationen oder Verzögerungen bei der Vornahme von Zahlungen beeinträchtigen die Reputation der Gruppe erheblich und können sowohl im Rahmen der Problembeseitigung als auch im Rahmen der Kundenentschädigung möglicherweise hohe Kosten verursachen.

Die Emittentin erkennt die zunehmende Bedrohung ihrer Systeme aus dem Cyberspace, zum Beispiel in Bezug auf ihre Kunden und die von ihr gespeicherten Kundendaten sowie in Bezug auf über ihre Systeme abgewickelte Transaktionen. Bisher sind der Emittentin keine wesentlichen Angriffe aus dem Cyberspace auf ihre Systeme bekannt. In Anbetracht des wachsenden Fortschritts und der Möglichkeiten potentieller Angriffe aus dem Cyberspace ist es jedoch möglich, dass Cyber-Angriffe künftig zu wesentlichen Einbrüchen führen. Wird mit Cyber-Sicherheitsrisiken nicht angemessen verfahren, drohen wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Gruppe sowie auf ihre Ertragskraft und Reputation.

(ii) Das "Transform Programme"

Das "Transform Programme" stellt die Strategie der Gruppe sowohl für eine verbesserte finanzielle Entwicklung als auch für einen Kulturwandel dar. Die Gruppe geht von erheblichen Restrukturierungskosten für die Umsetzung des Strategieplans aus.

Außerdem sind bei der erfolgreichen Entwicklung und Umsetzung des Strategieplans schwierige, subjektive und komplexe Einschätzungen vorzunehmen, u. a. Prognosen der Wirtschaftsbedingungen in verschiedenen Teilen der Welt, und es bestehen dabei erhebliche Ausführungsrisiken. So können ein merklicher Abschwung der globalen Konjunktur, Altlasten, Einschränkungen in Bezug auf das Management oder die betriebliche Kapazität oder wesentliche und unerwartete aufsichtsrechtliche

Veränderungen in Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, die Fähigkeit der Gruppe zur erfolgreichen Umsetzung des Transform Programme beeinträchtigen. Darüber hinaus werden sich die drei Elemente des "Transform Programme", oder die verschiedenen Komponenten dieser Elemente (einschließlich Kostenreduktion im Vergleich zum Nettoergebnis), voraussichtlich nicht einheitlich oder linear entwickeln und bestimmte Ziele können langsamer als andere oder überhaupt nicht erreicht werden.

Ein Scheitern bei der erfolgreichen Umsetzung des "Transform Programme" könnte sich nachteilig auf die Fähigkeit der Gruppe auswirken, die vorgegebenen Ziele und andere erwartete Vorteile des "Transform Programme" zu erreichen. Außerdem besteht das Risiko, dass die mit der Umsetzung des Programms verbundenen Kosten den erwarteten finanziellen Nutzen übersteigen. Darüber hinaus kann es sein, dass die Gruppe nicht das Ziel erreicht, konzernweit eine Unternehmenskultur und einen Wertrahmen zu verankern und damit einen nachhaltigen und tiefgreifenden Kulturwandel in der Gruppe zu bewirken. Dies könnte sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, Finanzlage und Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

(iii) Steuerrisiko

Die Gruppe unterliegt den Steuergesetzen in allen Ländern, in denen sie tätig ist, einschließlich der auf EU-Ebene verabschiedeten Steuergesetze, und wird von einer Reihe von Doppelbesteuerungsabkommen beeinflusst, die zwischen Ländern abgeschlossen werden.

Es besteht das potenzielle Risiko, dass die Gruppe Verluste aus zusätzlicher Steuerbelastung, sonstigen finanziellen Kosten oder Reputationsschäden erleiden könnte, die darauf zurückzuführen sind, dass gegen das geltende Steuerrecht verstoßen wurde oder dessen Anwendung falsch eingeschätzt wurde, der Umgang mit den Steuerbehörden nicht rechtzeitig und auf transparente und effektive Weise erfolgte, die Steuerschätzungen in Bezug auf die eingereichten und prognostizierten Steuerangaben falsch berechnet wurden oder eine fehlerhafte Steuerberatung erfolgte.

(iv) Ermessen bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze

Bei der Erstellung von Abschlüssen nach IFRS ist es erforderlich, Schätzungen vorzunehmen. Außerdem sind von der Geschäftsleitung bei der Anwendung von maßgeblichen Rechnungslegungsgrundsätzen Ermessensentscheidungen zu treffen. Die zentralen Bereiche mit höheren Ermessensspielräumen oder höherer Komplexität oder Bereiche, bei denen Annahmen von entscheidender Bedeutung für die Konzern- und Einzelabschlüsse sind, sind u. a. der Wertminderungsaufwand für Restbuchwerte, Wertminderung und Wertbemessung von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen, Berechnung von Erträgen und latenten Steuern, der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten, Bewertung von Geschäfts- oder Firmenwert und immateriellen Vermögenswerten, Bewertung von Rückstellungen und Verbuchung von Pensionsverpflichtungen und Ruhestandsleistungen. Es besteht das Risiko, dass, wenn sich eine Ermessensentscheidung, Schätzung oder Annahme nachträglich als unrichtig herausstellt, dies zu einem erheblichen Verlust für die Gruppe führen kann, der den angenommenen Verlust oder die gebildeten Rückstellungen übersteigen kann. Dies könnte sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

Für zahlreiche der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gruppe stehen keine beobachtbaren Marktpreise zur Verfügung. Zur Schätzung des beizulegenden Zeitwerts wird eine Vielzahl von Verfahren angewendet. Sollte die Bewertung von solchen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten beobachtbar werden, zum Beispiel infolge von Veräußerungen oder Handelsaktivitäten Dritter von bzw. mit vergleichbaren Vermögenswerten und

Verbindlichkeiten, könnte dies zu einer wesentlich abweichenden Bewertung der derzeitigen Buchwerte in den Abschlüssen der Gruppe führen.

Die weitere Entwicklung von Rechnungslegungsstandards und Auslegungen im Rahmen von IFRS könnte sich auch erheblich auf die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken. So könnte die Neuregelung des Rechnungslegungsstandards IAS 32 Finanzinstrumente zu einem wesentlichen Ausgleich für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz führen, abhängig von der Auslegung des Rechnungslegungsstandards hinsichtlich der Saldierung in Bezug auf Derivate.

(v) *Entschädigung für Restschuldversicherungen*

Nach Abschluss der gerichtlichen Überprüfung in Bezug auf die Bewertung der und Entschädigung für Restschuldversicherungen (*payment protection insurance* – "PPI") im Jahr 2011 wurde im Mai 2011 auf der Grundlage von Richtlinien der FSA und Erfahrungen der Branche mit der Beilegung ähnlicher Ansprüche eine Rückstellung für Entschädigungen für Restschuldversicherungen in Höhe von GBP 1,0 Mrd. gebildet. Nachfolgend wurden im Jahr 2012 weitere Rückstellungen in Höhe von insgesamt GBP 1,6 Mrd. gebildet.

Da die Abnahmerate bei den monatlich von Kunden geltend gemachten Ansprüchen niedriger als erwartet war, wurde im Juni 2013 eine zusätzliche Rückstellung in Höhe von GBP 1,35 Mrd. (wodurch sich die Gesamtrückstellungen auf GBP 3,95 Mrd. erhöht haben) – einschließlich einer Rückstellung für Betriebsausgaben bis Dezember 2014 – erfasst, um den aktualisierten Schätzungen in Bezug auf die künftig noch zu erwartenden Anspruchszahlen Rechnung zu tragen. Zum 30. Juni 2013 sind GBP 2,3 Mrd. der Rückstellung verwendet worden, sodass ein Rückstellungsbetrag in Höhe von GBP 1,65 Mrd. verbleibt.

Die aktuelle Höhe der Rückstellung wird auf Basis mehrerer Schlüsselannahmen berechnet, die nach wie vor maßgeblich im Ermessen des Managements liegen:

- Volumina der von Kunden geltend gemachten Ansprüche – eingegangene, jedoch noch nicht bearbeitete Ansprüche sowie eine Schätzung künftiger von Kunden geltend gemachter Ansprüche, wobei angenommen wird, dass das Volumen im Laufe der Zeit abnimmt;
- Antwortrate auf proaktive Anschreiben – Volumen der Ansprüche, die als Reaktion auf proaktive Anschreiben geltend gemacht werden;
- Anerkennungsrate – Prozentsatz der Ansprüche, die nach Überprüfung als berechtigt anerkannt werden; und
- durchschnittliche Entschädigung je Anspruch – voraussichtliche Durchschnittszahlung an Kunden für anerkannte Ansprüche, basierend auf Art und Alter der Police(n).

Die Rückstellung beinhaltet auch eine Schätzung der Kosten der Gruppe für die Bearbeitung von Ansprüchen sowie der Kosten in Zusammenhang mit Ansprüchen, die später an den *Financial Ombudsman Service* ("FOS") weitergeleitet werden.

Die Gruppe wird die tatsächliche Anzahl der geltend gemachten Ansprüche weiterhin kontrollieren und mit den geschätzten Zahlen, die der Berechnung ihrer Rückstellung für Entschädigungen für Restschuldversicherungen zugrunde liegen, abgleichen. Sollten die Schätzungen des Managements nicht mit der Realität übereinstimmen, ist es möglich, dass die letztendlich tatsächlich anfallenden Kosten wesentlich abweichen. Eine Erhöhung der Rückstellung kann wesentliche nachteilige

Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe haben.

Vorschläge zur Finanztransaktionssteuer

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine Richtlinie über eine einheitliche FTS in Belgien, Deutschland, Estland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal, Slowenien und der Slowakei (die "**teilnehmenden Mitgliedstaaten**") veröffentlicht.

Die vorgeschlagene FTS hat einen weitreichenden Anwendungsbereich und könnte, sollte sie in der derzeitigen Form eingeführt werden, unter bestimmten Umständen auf bestimmte Handelsaktivitäten mit den Wertpapieren (einschließlich Sekundärmarkttransaktionen) angewendet werden.

Gemäß den aktuellen Vorschlägen könnte die FTS unter bestimmten Umständen auf Personen sowohl innerhalb als auch außerhalb der teilnehmenden Mitgliedstaaten anwendbar sein. Im Allgemeinen würde sie auf bestimmte Handelsaktivitäten mit den Wertpapieren anwendbar sein, bei denen mindestens eine Partei ein Finanzinstitut ist und darüber hinaus mindestens eine Partei in einem teilnehmenden Mitgliedstaat ansässig ist. Es gibt viele Fälle, in denen ein Finanzinstitut in einem teilnehmenden Mitgliedstaat "ansässig" ist oder als dort „ansässig“ gilt; so z.B. wenn das Finanzinstitut mit einer in einem teilnehmenden Mitgliedstaat ansässigen Person Geschäfte macht.

Der FTS-Vorschlag wird weiterhin von den teilnehmenden Mitgliedstaaten verhandelt und zudem rechtlich angefochten. Es kann daher vor der Umsetzung noch zu Änderungen kommen. Außerdem bleibt der Zeitpunkt für die Umsetzung weiterhin unklar. Weitere EU-Mitgliedstaaten können sich dazu entscheiden, an der FTS teilzunehmen. Potenziellen Inhaber von Wertpapieren wird geraten, sich eigenständig unabhängige professionelle Beratung zur FTS zu suchen.

Obwohl die Auswirkungen dieser Vorschläge auf die Gruppe erst nach Abschluss der Gesetzgebung absehbar sind, kann die FTS auch wesentliche nachteilige Auswirkungen auf bestimmte Geschäftsbereiche der Gruppe haben.

13. In den Basisprospekten wird der Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**" wie folgt ersetzt:

PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE

Die folgenden Informationen sind bei der FCA (vormals die *Financial Services Authority*) hinterlegt und gelten als ein in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG einbezogener Teil:

- die Geschäftsberichte (*Annual Reports*) der Emittentin, mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Emittentin für die am 31. Dezember 2011 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2011**") bzw. 31. Dezember 2012 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2012**") zu Ende gegangenen Geschäftsjahre;
- die unten aufgeführten Abschnitte des Geschäftsberichts (*Annual Report*) der Barclays PLC, wie bei der U.S. Securities and Exchange Commission (der "**SEC**") mittels Form 20-F für die Jahre, die am 31. Dezember 2011 bzw. 31. Dezember 2012 endeten, eingereicht (der "**Barclays PLC Geschäftsbericht**"):

Corporate Governance Bericht (<i>Corporate Governance Report</i>)	6 to 29
Lagebericht (<i>Directors' report</i>)	30 to 34
<i>Board of Directors</i>	35 to 37

Mitarbeiter (<i>People</i>)	38
Vergütungsbericht (<i>Remuneration Report</i>)	39 to 68
Risikoübersicht (<i>Risk Review</i>)	69 to 160
Bestandsaufnahme (<i>Financial Review</i>)	161 to 188
Risikomanagement (<i>Risk Management</i>)	273 to 303
Aktionärsinformationen (<i>Shareholder Information</i>)	304 to 316
Weitere Informationen (<i>Additional Information</i>)	317 to 346
Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays Bank PLC für die Jahre, die am 31. Dezember 2011 bzw. am 31. Dezember 2012 endeten (<i>Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC in respect of the years ended 31 December 2011 and 31 December 2012</i>)	347
Daten zu Barclays Bank PLC (<i>Barclays Bank PLC Data</i>)	348 to 363

- die ungeprüften Zwischenergebnisse (*Interim Results Announcement*) von Barclays PLC wie bei der SEC mittels Form 6-K unter dem Aktenzeichen (*Film Number*) 13996454 am 30. Juli 2013 für die sechs Monate, die am 30. Juni 2013 endeten (die "**Zwischenergebnisse**"), eingereicht;

Soweit Informationen in diesen Prospekt durch Verweis auf bestimmte Teile eines Dokuments aufgenommen wurden, sind die nicht aufgenommenen Teile für den Anleger nicht relevant. Die oben genannten Dokumente können während gewöhnlicher Geschäftszeiten am eingetragenen Sitz der Emittentin, auf <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> und in der angegebenen Geschäftsstelle der Zahlstelle wie im Absatz "*Verfügbarkeit von Unterlagen*" unter "*Allgemeine Informationen*" beschrieben, eingesehen werden.

Die Emittentin hat die oben per Verweis einbezogenen Abschlüsse auf Grundlage der *International Financial Reporting Standards* ("**IFRS**"), wie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht, und von der Europäischen Union (die "**EU**") übernommen, erstellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungsrichtlinien für die Emittentin ist im Geschäftsbericht der Emittentin 2011 und dem Geschäftsbericht der Emittentin 2012 abgedruckt.

14. In den Basisprospekten, im Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**", wird der Unterabschnitt "**Keine wesentliche Änderung**" wie folgt ersetzt:

Keine wesentliche Änderung

Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gruppe seit dem 30. Juni 2013.

15. In den Basisprospekten wird der Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" wie folgt ersetzt:

INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN

DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE

Die Emittentin ist eine in England und Wales unter der Nummer 1026167 im Companies House von England und Wales in Cardiff eingetragene Aktiengesellschaft (*public limited company*). Die Haftung der Gesellschafter der Emittentin ist beschränkt. Eingetragener Sitz und Hauptniederlassung der Emittentin ist 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich (Telefonnummer: +44 (0)20 7116 1000). Die Emittentin wurde am 7. August 1925 nach dem *Colonial Bank Act 1925* gegründet und am 4. Oktober 1971 als *company limited by shares* nach dem *Companies Act 1948 to 1967* eingetragen. Gemäß dem *Barclays Bank Act 1984* erfolgte am 1. Januar 1985 eine Umregistrierung der Emittentin als *public limited company* und ihre Umfirmierung von "Barclays Bank International Limited" in "Barclays Bank PLC". Der kommerzielle Name der Emittentin ist "Barclays".

Die Emittentin und ihre Tochtergesellschaften (zusammen die "**Gruppe**") ist ein global tätiger Finanzdienstleister im Privat- und Geschäftskundengeschäft, Kreditkarten, Investmentbanking, Vermögensmanagement und Investmentmanagement und hat eine weitreichende internationale Präsenz in Europa, den USA, Afrika und Asien. Zusammen mit ihren Vorgängerunternehmen kann die Gruppe auf eine über 300-jährige Geschichte im Bankenbereich zurückblicken und verfügt daher über eine entsprechende Expertise. Heute ist die Gruppe in über 50 Ländern tätig und hat ca. 140.000 Mitarbeiter. Für ihre Kunden weltweit agiert sie als Darlehensgeberin, wickelt Geldverkehr ab, tätigt Investitionen und schützt Gelder. Alle ausgegebenen Stammaktien am Kapital der Emittentin befinden sich im Eigentum der Barclays PLC. Die Barclays PLC ist die Endholdinggesellschaft der Gruppe und gehört nach Marktkapitalisierung zu den größten Finanzdienstleistern der Welt.

Die kurzfristigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin sind wie folgt geratet: A-1 von Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, P-1 von Moody's Investors Service Ltd. und F1 von Fitch Ratings Limited; die langfristigen Verbindlichkeiten der Emittentin sind wie folgt geratet: A von Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, A2 von Moody's Investors Service Ltd. und A von Fitch Ratings Limited.

Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2012 bzw. zum 31. Dezember 2011 endende Jahr entnommen:

	2012	2011
	GBP Mio.	GBP Mio.
Gesamten Aktiva:	1.490.747	1.563.402
Gesamte Nettoforderungen	466.627	478.726
Gesamte Einlagen	462.806	457.161
Gesamtes Eigenkapital	62.894	65.170
Minderheitsbeteiligungen	2.856	3.092
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	99	5.974
Wertminderungsaufwand	3.596	3.802

Anleger sollten die Informationen zur Emittentin und Gruppe im Barclays PLC Geschäftsbericht (*Barclays PLC Annual Report*) (jeweils gemäß der Definition im Abschnitt "Per Verweis einbezogene Dokumente" dieses Basisprospekts) berücksichtigen.

Die folgenden Finanzinformationen sind den ungeprüften Zwischenergebnissen (*Interim Results Announcement*) der Emittentin für die am 30. Juni 2013 endenden sechs Monate entnommen:

	Zum 30.06.2013 GBP Mio.	Vergleichen- der Überblick zum 30.06.2012 GBP Mio.
Gesamte Aktiva:	1.533.378	1.629.089
Gesamte		
Nettoforderungen	516.949	501.509
Gesamte Einlagen	538.624	502.818
Gesamtes Eigenkapital	59.394	60.371
Minderheitsbeteiligungen	2.620	2.957
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.648	716
Wertminderungsaufwand	1.631	1.710

Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen

Strategischer Zusammenschluss von Barclays Africa und Absa Group Limited

Am 6. Dezember 2012 hat die Emittentin eine Vereinbarung zur Zusammenlegung des größten Teils ihrer Afrika-Geschäfte (das "**Afrika-Geschäft**") mit Absa Group Limited ("**Absa**") geschlossen. Im Rahmen des Zusammenschlusses übernahm Absa Barclays Africa Limited, die Holdinggesellschaft für das Afrika-Geschäft; als Gegenleistung erhielt Barclays Africa Limited 129.540.636 Absa-Stammaktien (im Wert von ca. GBP 1,3 Mrd.). Der Zusammenschluss wurde am 31. Juli 2013 abgeschlossen und mit dem Vollzug der Transaktion erhöhte sich die 55,5 %-Beteiligung der Emittentin an Absa auf 62,3 %. Absa wurde danach in Barclays Africa Group Limited umbenannt, firmiert aber weiterhin unter dem Namen Absa.

Übernahme von ING Direct UK

Am 9. Oktober 2012 gab die Emittentin bekannt, dass sie die Übernahme der Einlagen, der Hypotheken und des Betriebsvermögens von ING Direct UK vereinbart hat. Im Rahmen dieser Transaktion, die am 5. März 2013 abgeschlossen wurde, erwarb die Emittentin neben anderen Gütern des Betriebsvermögens einen Einlagenbestand mit Salden in Höhe von ca. GBP 11,4 Mrd. und einen Hypothekenbestand mit ausstehenden Salden in Höhe von ca. GBP 5,3 Mrd.

Veräußerung der Beteiligung an BlackRock, Inc.

Am 22. Mai 2012 gab die Emittentin bekannt, dass sie die Veräußerung ihrer gesamten Beteiligung an BlackRock, Inc. ("**BlackRock**") im Rahmen eines öffentlichen Angebots mit Underwriting sowie eines

teilweisen Rückkaufs durch BlackRock vereinbart hat. Bei der Veräußerung erzielte die Emittentin einen Nettoerlös von ca. USD 5,5 Mrd.

Prüfung der Eigenkapitalausstattung durch die PRA und die Fremdkapitalaufnahme-Planung der Emittentin

Im März 2013 forderte der britische finanzpolitische Ausschuss (*UK Financial Policy Committee*) die PRA auf, Schritte einzuleiten um sicherzustellen, dass am Ende des Jahres 2013 große britische Banken und Bausparkassen, einschließlich der Emittentin, über ein Eigenkapital verfügen, welches 7 % ihrer risikogewichteten Aktiva entspricht. Die Berechnung der PRA für Eigenkapitalanforderungen basierte auf den CRD IV-Definitionen, die sie vollumfänglich mit weiteren aufsichtsrechtlichen Anpassungen anwendete.

Im Juni 2013 veröffentlichte die PRA die Ergebnisse ihrer Bewertung, woraufhin die Emittentin bekannt gab, die angepasste vollumfänglich angewendete harte Kernkapitalquote von 7 % als das von der PRA gesetzte Ziel bis Dezember 2013 durch geplante Bilanzaufstellungsmaßnahmen (*balance sheet actions*) und Einbehaltung von generierten Gewinnen (*retained earning generation*) in Übereinstimmung mit dem bestehenden "Transform Programme" der Emittentin erreichen zu können.

Im Rahmen ihrer Prüfung führte die PRA auch eine Zielvorgabe für die Verschuldungsquote in Höhe von 3 % ein, die vollumfänglich auf einer Kernkapitalausstattung basiert (nach weiteren aufsichtsrechtlichen Anpassungen), zusammen mit der Ausgabe von Instrumenten des zusätzlichen Tier1 Kapitals und geteilt durch Maßnahmen zur Reduzierung der CRD IV-Verschuldungsquote (die "**PRA- Verschuldungsquote**"). Zum 30. Juni 2013 lag die unter vollumfänglicher Anwendung von CRD IV angepasste PRA-Verschuldungsquote der Gruppe bei 2,2 %, was einem geschätzten Fehlbetrag von GBP 12,8 Mrd. entspricht, um das Ziel von 3 % zu erreichen.

Im Juli 2013 verlangte die PRA, dass die Emittentin plant, die Verschuldungsquote in Höhe von 3 % bis zum 30. Juni 2014 und damit vor der antizipierten Umsetzungsfrist der CRD IV im Jahre 2018 zu erreichen. Um dieses Ziel im von der PRA erwarteten Zeitrahmen zu erreichen, hat die Gruppe einen Plan entworfen und mit der PRA abgestimmt bestehend aus Kapitalmanagement und Fremdkapitalrisikomaßnahmen (*leverage exposure actions*), welcher am 30. Juli 2013 bekannt gegeben wurde. Der von der Gruppe bekannt gegebene Plan beinhaltet eine Bezugsrechtsemission mit Underwriting, Maßnahmen zur Reduzierung der CRD IV-Verschuldungsquote und die weitere Durchführung des Eigenkapitalplans der Gruppe durch die Ausgabe von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals, die den CRD IV-Vorgaben entsprechen.

Am 30. Juli 2013 verkündete die PRA, dass sie dem Plan der Gruppe zugestimmt hat und diesen begrüßt und sie zu dem Schluss kam, dass es sich um einen glaubhaften Plan handelt, um die vorgegebene PRA-Verschuldungsquote von 3 % bis Ende Juni 2014 zu erreichen, ohne Abstriche in der Kreditvergabe an der Realwirtschaft vornehmen zu müssen.

Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten

Strukturreform

Eine Reihe von Aufsichtsbehörden schlagen derzeit vor oder erwägen, neue Rechtsvorschriften bzw. Regelungen einzuführen, die sich in beträchtlichem Maße auf die künftige rechtliche Struktur, die geschäftliche Ausrichtung und die Geschäftsführung der Gruppe auswirken könnten.

Der britische Gesetzentwurf zu Finanzdienstleistungen (*Bankenreform*) (*Financial Services (Banking Reform) Bill*) verleiht britischen Behörden die Befugnis zur Umsetzung zentraler Empfehlungen der Unabhängigen Bankenkommission (*Independent Commission on Banking*), darunter: (i) die Ausgliederung des Privatkundengeschäfts der größten britischen Banken im Vereinigten Königreich und EWR auf ein rechtlich, betrieblich und wirtschaftlich eigenständiges und unabhängiges Unternehmen (sog. "**Ring-Fencing**"); (ii) gesetzliche Bevorzugung von Einlegern im Falle der Insolvenz; und (iii) eine Reservebefugnis (*reserve power*), die es der PRA unter bestimmten Umständen erlaubt, die vollständige Ausgliederung des Privatkundengeschäfts von britischen Banken, die von den Reformen erfasst sind, durchzusetzen. Der Gesetzentwurf hat das Unterhaus (*House of Commons*) durchlaufen und liegt derzeit dem Oberhaus (*House of Lords*) vor.

- Hauptfunktion des Gesetzentwurfs ist es, dem britischen Finanzministerium (*UK Treasury*) diejenigen Befugnisse zu verleihen, die es zur Umsetzung des zugrundeliegenden Gesetzentwurfs durch Rechtsverordnungen benötigt. Am 8. März 2013 hat die britische Regierung Entwürfe von Rechtsverordnungen veröffentlicht. Die britische Regierung beabsichtigt, dass entsprechende Gesetze und Rechtsverordnungen bis Mai 2015 in Kraft sind, deren Einhaltung britische Banken bis zum 1. Januar 2019 sicherstellen müssen.
- Der Prüfungsbericht einer hochrangigen Expertengruppe über mögliche Strukturreformen im EU-Bankensektor (Liikanen-Bericht) enthält Hauptempfehlungen zur zwingenden Trennung des Eigenhandels und sonstiger Handelstätigkeiten mit hohem Risiko (die bestimmten Schwellenwerten unterliegen) vom Einlagengeschäft bei Banken. Die Europäische Kommission prüft derzeit die Auswirkungen der im Liikanen-Bericht genannten Empfehlungen auf das Wachstum sowie auf die Sicherheit und Integrität von Finanzdienstleistungen in der EU, insbesondere im Hinblick auf die von ihr gegenwärtig geplanten Gesetzesreformen, und wird im dritten Quartal 2013 Vorschläge zur strukturellen Trennung bei Banken veröffentlichen. Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wird frühestens für das Jahr 2015 erwartet.
- Die Vorschläge der *US Federal Reserve* zur Umsetzung von Section 165 des Dodd-Frank Act, gemäß dem die US-Tochtergesellschaften von in den Vereinigten Staaten tätigen ausländischen Banken durch US-Zwischenholdinggesellschaften gehalten werden müssen, für die wiederum umfassende aufsichtsrechtliche Anforderungen sowie lokale Eigenkapitalanforderungen der US-Aufsichtsbehörden gelten, sowie zur Umsetzung von Section 166 (Anforderungen für frühzeitige Abhilfemaßnahmen). Gemäß den derzeitigen Vorschlägen müsste die Zwischenholdinggesellschaft die erweiterten aufsichtsrechtlichen Standards sowie die Anforderungen für frühzeitige Abhilfemaßnahmen einhalten, die weitgehend mit den auf ähnliche US-Banken-Holdinggesellschaften (*US bank holding companies*) anwendbaren Bestimmungen übereinstimmen; dies umfasst auch Anforderungen, die zuvor als nicht auf die Gruppe anwendbar galten. Würden die Vorschläge der *US Federal Reserve* in ihrer derzeitigen Form umgesetzt, würden sie möglicherweise zu einer Erhöhung der absoluten und aufsichtsrechtlichen Kosten der US-Geschäftsbereiche der Gruppe führen. Es ist ebenfalls möglich, dass die Umsetzung von Section 165 größere Nachteile für die US-Tochtergesellschaften von ausländischen Banken als für US-Banken-Holdinggesellschaften mit sich bringt.
- In den Vereinigten Staaten wird es nach Inkrafttreten der sogenannten "Volcker-Regel" zu einer erheblichen Einschränkung der Möglichkeit von US-Banken-Holdinggesellschaften und ihren

Tochtergesellschaften sowie der US-Niederlassungen von ausländischen Banken kommen, Eigenhandel mit Wertpapieren und Derivaten zu betreiben sowie bestimmte Aktivitäten in Bezug auf Hedgefonds und Private-Equity-Fonds auszuüben. Im Oktober 2011 schlugen die US-Aufsichtsbehörden Regelungen zur Umsetzung der Volcker-Regel vor. Die endgültige Fassung dieser Regelungen liegt bisher noch nicht vor. Die Auswertung der Vorschläge dauert noch an, jedoch ist klar, dass die Einhaltung dieser Regelungen möglicherweise mit erheblichen zusätzlichen Compliance- und Betriebskosten für die Gruppe verbunden sein wird. Wenngleich die Bestimmungen der Volcker-Regel offiziell im Juli 2012 in Kraft traten, hat die Gruppe bis zum Ende des Anpassungszeitraums, d. h. nach derzeitigem Stand bis Juli 2014 (vorbehaltlich möglicher Verlängerungen) Zeit, ihre Aktivitäten den Anforderungen gemäß der Regel anzupassen; und

- Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (die "**Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie**").

Diese Gesetze und Vorschriften sowie die Art und Weise ihrer Auslegung und Umsetzung durch die Aufsichtsbehörden ist möglicherweise mit vielen erheblichen Auswirkungen verbunden, darunter Änderungen der rechtlichen Struktur der Gruppe, Änderungen hinsichtlich der Art und Weise, in der Kapital und Finanzierungen innerhalb der Gruppe aufgenommen und verwendet werden, sowie Änderungen hinsichtlich der Stellen innerhalb der Gruppe, an denen dies geschieht, erhöhte Anforderungen an die Fähigkeit der Gruppe und/oder bestimmter juristischer Personen oder Konzernteile innerhalb der Gruppe zur Verlustabsorption und mögliche Änderungen der geschäftlichen Ausrichtung und des Geschäftsmodells der Gruppe (einschließlich einer möglichen Aufgabe bestimmter Geschäftsaktivitäten).

Bericht des parlamentarischen Ausschusses für Bankstandards

Am 19. Juni 2013 veröffentlichte der parlamentarische Ausschuss für Bankstandards (*Parliamentary Commission on Banking Standards - PCBS*) seinen Abschlussbericht über den britischen Bankensektor, von dem erwartet wird, dass er weitere Änderungen des Gesetz- und Rechtsverordnungsentwürfe nach sich ziehen wird. In seinem Bericht empfiehlt der parlamentarische Ausschuss für Bankstandards u.a.: (i) neue Regelungen für Personen in leitenden Funktionen (*senior persons*) im Bankensektor, die gewährleisten sollen, dass diese Personen die volle Verantwortung für von ihnen getroffene Entscheidungen übernehmen; (ii) Reform des Vergütungssystems für Führungskräfte und andere einflussreiche Bankmitarbeiter, um Risiko und Ertrag besser aneinander anzupassen; und (iii) Sanktionen und deren Durchsetzung, einschließlich der Schaffung eines neuen Deliktes, nämlich des rücksichtslosen Fehlverhaltens (*reckless misconduct*). In ihrer am 8. Juli 2013 veröffentlichten Reaktion auf den Bericht des parlamentarischen Ausschusses für Bankstandards verpflichtet die britische Regierung den Hauptergebnissen des Berichts bei und verpflichtet sich zur Umsetzung einiger der im Bericht genannten Empfehlungen.

Interchange

Sowohl das britische *Office of Fair Trading* als auch Kartellbehörden anderer europäischer Länder führen nach wie vor Ermittlungen bezüglich der Interchange-Gebührensätze bei Kredit- und Debitkarten von Visa and MasterCard durch. Als Kartenherausgeber erhält die Gruppe Interchange-Gebühren von Anbietern von Acquiring-Dienstleistungen für Händler. Die Hauptrisiken, die diese Ermittlungen mit sich

bringen, sind die mögliche Verhängung von Geldbußen durch Kartellbehörden, mögliche Rechtsverfahren und neue Gesetzesvorschläge. Die Gruppe muss möglicherweise Bußgelder zahlen oder Schadenersatz leisten und sie könnte von Gesetzesänderungen hinsichtlich Interchange-Regelungen betroffen sein. Es ist derzeit nicht absehbar, mit welcher Wahrscheinlichkeit diese Risiken eintreten und welche potenziellen finanziellen Auswirkungen sie haben könnten.

Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix und andere Bezugswerte

Zu den verschiedenen Behörden, die Ermittlungen zu den Einreichungen der Emittentin und anderer Finanzinstitute an die für die Festlegung und Zusammenstellung verschiedener finanzieller Richtgrößen (z. B. den London Interbank Offered Rate ("LIBOR") und den Euro Interbank Offered Rate ("EURIBOR")) zuständigen Gremien durchführen (die "Ermittlungen") gehören unter anderen die FCA, die US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*U.S. Commodity Futures Trading Commission* – die "CFTC"), die US-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde SEC, die Abteilung für Betrugsbekämpfung des US-Justizministeriums (*U.S. Department of Justice Fraud Section* – die "DOJ-FS"), dessen *Antitrust Division* (die "DOJ-AD"), die Europäische Kommission, die für schwere Betrugsdelikte zuständige britische Behörde (*Serious Fraud Office* – die "SFO"), die Zentralbank und Finanzaufsichtsbehörde von Singapur (*Monetary Authority of Singapore*), die japanische Finanzdienstleistungsbehörde (*Japan Financial Services Agency*), die Staatsanwaltschaft in Trani, Italien, sowie die Generalanwaltschaften verschiedener US-Bundesstaaten.

Am 27. Juni 2012 gab die Emittentin bekannt, dass sie mit der FSA (als der Vorgängerbehörde der FCA), der CFTC und der DOJ-FS jeweils einen Vergleich bezüglich deren Ermittlungen geschlossen hat; dabei hat sich die Emittentin zur Zahlung einer Strafe in Höhe von insgesamt GBP 290 Mio. verpflichtet, die als Betriebsaufwand für 2012 verbucht wurden. Der Vergleichsschluss erfolgte jeweils auf Grundlage entsprechender Vereinbarungen: ein sog. *Settlement Agreement* mit der FSA, ein *Non-Prosecution Agreement* (eine Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung – "NPA") mit der DOJ-FS und ein sog. *Settlement Order Agreement* mit der CFTC (die "CFTC-Vereinbarung"). Ferner wurde der Emittentin von der DOJ-AD ein bedingter Strafnachlass im Rahmen von Kronzeugenregelungen (*conditional leniency*) im Zusammenhang mit möglichen Verstößen gegen US-Kartellrecht bei Finanzinstrumenten mit EURIBOR als Referenzzinssatz zugestanden.

Die Bedingungen des *Settlement Agreement* mit der FSA sind vertraulich. Die *Final Notice* der FSA, in der eine Geldstrafe in Höhe von GBP 59,5 Mio. verhängt wird, ist jedoch auf der Website der FSA allgemein zugänglich. Diese enthält die Argumentation für die Geldstrafe, nimmt Bezug auf die Abwicklungsgrundsätze und erläutert den Sachzusammenhang der festgelegten Bedingungen und die Begründung für diese. Die NPA und die CFTC-Vereinbarung werden im Folgenden kurz zusammengefasst. Der vollständige Text der NPA und der CFTC-Vereinbarung kann auf den jeweiligen Websites von DOJ und CFTC abgerufen werden.

Neben einer zivilen Geldstrafe in Höhe von USD 200 Mio. sieht die CFTC-Vereinbarung vor, dass die Emittentin weitere Verletzungen bestimmter Bestimmungen des *U.S. Commodity Exchange Act* zu unterlassen und bestimmte Schritte zur Sicherstellung der Integrität und Zuverlässigkeit ihrer Einreichungen zu Referenzzinssätzen (darunter LIBOR und EURIBOR) und zur Verbesserung damit verbundener interner Kontrollen zu unternehmen hat. Die CFTC-Vereinbarung sieht u. a. vor, dass die Emittentin zu Folgendem verpflichtet wird:

- Vornahme ihrer Einreichungen zur Festlegung der Referenzzinssätze auf der Grundlage bestimmter festgelegter Faktoren, wobei den Transaktionen der Emittentin, vorbehaltlich bestimmter festgelegter Anpassungen und Erwägungen, das größte Gewicht beigemessen wird;
- Implementierung von Firewalls, mit denen der unzulässige Informationsaustausch, auch zwischen Händlern und den für diese Einreichungen zuständigen Mitarbeitern verhindert werden soll;
- Erstellung und Aufbewahrung bestimmter Unterlagen in Bezug auf die Einreichungen und Aufbewahrung entsprechender Mitteilungen;
- Umsetzung von Prüfungs-, Überwachungs- und Schulungsmaßnahmen in Bezug auf die Einreichungen der Emittentin und der damit verbundenen Prozesse;
- regelmäßige Berichterstattung an die CFTC hinsichtlich der Einhaltung der Bedingungen der CFTC-Vereinbarung;
- Förderung der Entwicklung strenger Kriterien für Referenzzinssätze nach besten Kräften; und
- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der CFTC bei deren laufenden Ermittlungen zu Referenzzinssätzen.

Im Rahmen der NPA hat sich die Emittentin zu einer Strafzahlung in Höhe von USD 160 Mio. verpflichtet. Außerdem hat sich das DOJ bereit erklärt, von einer strafrechtlichen Verfolgung strafbarer Handlungen der Emittentin im Zusammenhang mit deren Einreichungen zur Festlegung von Referenzzinssätzen, darunter LIBOR und EURIBOR, abzusehen (hiervon ausgenommen ist die Verfolgung steuerstrafrechtlicher Verstöße, hinsichtlich derer das DOJ keine Vereinbarungen schließt und dies auch nicht darf), sofern die Emittentin im Rahmen der NPA festgelegte Verpflichtungen erfüllt. Insbesondere verpflichtete sich die Emittentin im Rahmen der NPA u. a. dazu, während eines Zeitraums von zwei Jahren ab dem 26. Juni 2012:

- keine wie auch immer gearteten, in den Vereinigten Staaten strafbaren Handlungen zu begehen;
- nicht schutzwürdige Informationen über die Aktivitäten der Emittentin, ihrer Führungskräfte und Mitarbeiter, sowie sonstige Informationen über sämtliche Angelegenheiten, zu denen das DOJ Fragen stellt, wahrheitsgemäß und vollständig offenzulegen; diese Informationen können zu jedem Zweck verwendet werden, sofern nach der NPA keine sonstigen Einschränkungen vorgesehen sind;
- das DOJ auf jedes potenziell strafbare Verhalten der Emittentin oder ihrer Mitarbeiter im Zusammenhang mit Betrugsdelikten oder Verstößen gegen die Wertpapier- und Rohstoffmärkte regelnde Gesetze aufmerksam zu machen; und
- das DOJ auf alle straf- oder aufsichtsrechtlichen Ermittlungen, Verwaltungsverfahren und Zivilklagen aufmerksam zu machen, die von staatlichen Behörden in den Vereinigten Staaten aufgrund angeblicher Betrugsdelikte oder Verstöße gegen die Wertpapier- und Rohstoffmärkte regelnde Gesetze entweder seitens der Emittentin bzw. ihrer Mitarbeiter oder gegen diese eingeleitet werden.

Die Emittentin hat sich darüber hinaus zur Zusammenarbeit mit dem DOJ und anderen staatlichen Behörden in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit allen sich aus dem in der NPA beschriebenen Verhalten ergebenden Ermittlungs- oder Strafverfolgungsaktivitäten verpflichtet; diese

Verpflichtung bleibt bis zum Abschluss aller entsprechenden Ermittlungs- bzw. Strafverfolgungsaktivitäten in Kraft. Außerdem kooperiert die Emittentin auch weiterhin im Rahmen der sonstigen laufenden Ermittlungen.

Nach den am 27. Juni 2012 bekanntgegebenen Vergleichsabschlüssen nahmen 38 Generalanwaltschaften verschiedener US-Bundesstaaten eigene Ermittlungen in Sachen LIBOR, EURIBOR und Tokyo Interbank Offered Rate auf. Die Generalanwaltschaft von New York schickte am 17. Juli 2012 im Auftrag der anderen Generalanwaltschaften eine Vorladung mit der Aufforderung zur Übermittlung weitreichender Informationen an die Emittentin (und weitere Vorladungen an eine Reihe anderer Banken) und hat seitdem weitere Auskunftsverlangen im Hinblick auf Dokumente und Transaktionsdaten an die Emittentin gerichtet.

Die Emittentin beantwortet diese Auskunftsverlangen fortlaufend. Außerdem gab die SFO nach den Vergleichsabschlüssen am 6. Juli bekannt, dass sie formell entschieden hat, hinsichtlich des LIBOR-Sachverhalts Ermittlungen aufzunehmen. In diesem Zusammenhang hat die Emittentin Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet.

Die Europäische Kommission führt ebenfalls seit einiger Zeit Ermittlungen hinsichtlich der Manipulation u. a. des EURIBOR durch. Barclays PLC als eine an den EURIBOR-Ermittlungen der Europäischen Kommission beteiligte Partei kooperiert weiterhin im Rahmen der Ermittlungen. Die Europäische Kommission hat öffentlich erklärt, dass sie hofft, gegen Ende des Jahres 2013 so weit zu sein, eine Entscheidung in Bezug auf ihre Ermittlungen treffen zu können.

Die CFTC und die FCA ermitteln außerdem unabhängig voneinander hinsichtlich Vorgängen in der Vergangenheit im Zusammenhang mit dem ISDAfix, neben anderen Referenzindices. Die Emittentin hat von der CFTC strafbewehrte Anordnungen zur Vorlage von Beweismitteln und Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet.

Eine Einschätzung der finanziellen Auswirkungen der in diesem Abschnitt "Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix und andere Bezugswerte" dargestellten Angelegenheiten oder der Auswirkungen, die diese gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, den Cashflow oder die Finanzlage der Gruppe in einer bestimmten Berichtsperiode haben könnten, ist nicht möglich.

Nähere Einzelheiten zu den Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Ermittlungen sind dem Abschnitt "Gerichtsverfahren — Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte" zu entnehmen.

Entschädigungen im Zusammenhang mit Zinssicherungsprodukten

Am 29. Juni 2012 gab die FSA bekannt, dass eine Reihe britischer Banken, darunter die Emittentin, eine Überprüfung im Hinblick auf Entschädigungen (sog. *Review and Redress Exercise*) im Zusammenhang mit Zinssicherungsprodukten, die im Dezember 2001 oder danach an für die Zwecke der Überprüfung als nicht sachkundig (*non-sophisticated*) eingestufte Privatkunden verkauft wurden, durchführen werden. Während des zweiten Halbjahres 2012 schloss die Emittentin eine Pilotüberprüfung einer Stichprobe von einzelnen Fällen ab. Am 31. Januar 2013 veröffentlichte die FSA einen Bericht über die Feststellungen einer von der Emittentin und verschiedenen anderen Banken durchgeführten ersten Pilotüberprüfung. Der Bericht beinhaltet eine Reihe von Änderungen und Klarstellungen hinsichtlich der Anforderungen, die bei der Durchführung der Hauptüberprüfung im Hinblick auf Entschädigungen gelten sollten und die Emittentin hat sich zur Durchführung der Überprüfung entsprechend dem in diesem Bericht erläuterten Ansatz verpflichtet.

Es gibt ungefähr 4.000 Privatkunden, denen während des maßgeblichen Zeitraums Zinssicherungsprodukte verkauft wurden; ca. 2.900 von ihnen wurden als nicht sachkundige (*non-sophisticated*) Kunden gemäß den Bedingungen der Vereinbarung eingestuft. Zum 31. Dezember 2012 wurde eine Rückstellung in Höhe von GBP 850 Mio. erfasst, mit der der besten Schätzung der Geschäftsleitung hinsichtlich der künftig an als nicht sachkundig eingestufte Kunden zu zahlenden Entschädigungen und damit zusammenhängenden Kosten Rechnung getragen wird. Die Schätzung basierte auf einer Hochrechnung der Ergebnisse der Pilotüberprüfung auf die Gesamtbevölkerung. Nach Verwendung eines hauptsächlich auf Verwaltungskosten bezogenen Betrages von GBP 36 Mio. im Jahresverlauf 2012 beträgt die in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 ausgewiesene Rückstellung GBP 814 Mio.

Da im Laufe des Jahres 2013 weitere Fälle überprüft wurden, stand der Emittentin nun eine größere und repräsentativere Stichprobe zu Vereinbarung, die sie als Basis für die Berechnung ihrer Rückstellung nutzen konnte. Infolge der neuen Berechnungen wurde zum 30. Juni 2013 eine zusätzliche Rückstellung in Höhe von GBP 650 Mio. erfasst, wodurch die Gesamtsumme auf GBP 1.500 Mio. anstieg. Nach Verwendung eines Gesamtbetrages in Höhe von GBP 151 Mio. wurde zum 30. Juni 2013 eine Rückstellung in Höhe von GBP 1.349 Mio. bilanziert. Für Ansprüche von Kunden, die als sachkundig (*sophisticated*) eingestuft wurden und nicht Teil der Überprüfung waren, sowie für inkrementelle Ansprüche bezüglich Folgeschäden von Kunden, die als nicht sachkundig eingestuft wurden, wurde keine Rückstellung erfasst. Diese werden weiterhin überwacht und sofern eine Verpflichtung ausgemacht wird, die wahrscheinlich einen Mittelabfluss zur Folge hat, werden künftige Rückstellungen erfasst.

Die Gruppe geht davon aus, dass die Rückstellung zum 30. Juni 2013 zur Abdeckung der Gesamtkosten für die Entschädigungen ausreichen wird. Dennoch wird die Angemessenheit des Rückstellungsbetrags weiterhin laufend überprüft; sollten die Schätzungen des Managements nicht mit der Realität übereinstimmen, ist es möglich, dass die letztendlich tatsächlich anfallenden Kosten wesentlich abweichen.

Entschädigung für Restschuldversicherungen

Nach Abschluss der gerichtlichen Überprüfung in Bezug auf die Bewertung der und Entschädigung für Restschuldversicherungen (*payment protection insurance – "PPI"*) im Jahr 2011 wurde im Mai 2011 auf der Grundlage von Richtlinien der FSA und Erfahrungen der Branche mit der Beilegung ähnlicher Ansprüche eine Rückstellung für Entschädigungen für Restschuldversicherungen in Höhe von GBP 1,0 Mrd. gebildet. Nachfolgend wurden im Jahr 2012 weitere Rückstellungen in Höhe von insgesamt GBP 1,6 Mrd. gebildet.

Da die Abnahmerate bei den monatlich von Kunden geltend gemachten Ansprüchen niedriger als erwartet war, wurde im Juni 2013 eine zusätzliche Rückstellung in Höhe von GBP 1,35 Mrd. – einschließlich einer Rückstellung für Betriebsausgaben bis Dezember 2014 – erfasst, um den aktualisierten Schätzungen in Bezug auf die künftig noch zu erwartenden Anspruchszahlen Rechnung zu tragen (Gesamtrückstellungen dadurch auf GBP 3,95 Mrd. erhöht). Zum 30. Juni 2013 sind GBP 2,3 Mrd. der Rückstellung verwendet worden, sodass ein Rückstellungsbetrag in Höhe von GBP 1,65 Mrd. verbleibt.

Die aktuelle Höhe der Rückstellung wird auf Basis mehrerer Schlüsselannahmen berechnet, die nach wie vor maßgeblich im Ermessen des Managements liegen:

- Volumina der von Kunden geltend gemachten Ansprüche – eingegangene, jedoch noch nicht bearbeitete Ansprüche sowie eine Schätzung künftiger von Kunden geltend gemachter Ansprüche, wobei angenommen wird, dass das Volumen im Laufe der Zeit abnimmt;
- Antwortrate auf proaktive Anschreiben – Volumen der Ansprüche, die als Reaktion auf proaktive Anschreiben geltend gemacht werden;
- Anerkennungsrate – Prozentsatz der Ansprüche, die nach Überprüfung als berechtigt anerkannt werden; und
- durchschnittliche Entschädigung – voraussichtliche Durchschnittszahlung an Kunden für anerkannte Ansprüche, basierend auf Art und Alter der Police(n).

Die Rückstellung beinhaltet auch eine Schätzung der Kosten der Gruppe für die Bearbeitung von Ansprüchen sowie der Kosten in Zusammenhang mit Ansprüchen, die später an den FOS weitergeleitet werden.

Die Gruppe wird die tatsächliche Anzahl der geltend gemachten Ansprüche und die der Berechnung ihrer Rückstellungen für Entschädigungen für Restschuldversicherungen zugrundeliegenden Annahmen weiterhin beobachten. Sollten die Schätzungen des Managements nicht mit der Realität übereinstimmen, ist es möglich, dass die letztendlich tatsächlich anfallenden Kosten wesentlich abweichen.

Ermittlungen der Federal Energy Regulatory Commission

In seiner Eigenschaft als Vollzugsbehörde führte das *Office of Enforcement* der US-Energiemarktaufsicht (*Federal Energy Regulatory Commission* – die "FERC") Ermittlungen bezüglich des Stromhandels der Gruppe im Westen der USA für den Zeitraum ab Ende 2006 bis 2008 durch. Am 31. Oktober 2012 erließ die FERC im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit eine öffentliche Anordnung zur Abgabe einer Stellungnahme nebst Bescheid über Strafvorschläge (eine sog. *Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties* – die "**Order and Notice**") gegen die Emittentin. In der *Order and Notice* macht die FERC geltend, dass die Emittentin gegen die Anti-Manipulationsbestimmungen der FERC, die sog. *Anti-Manipulation Rule*, verstoßen habe, indem sie in der Zeit von November 2006 bis Dezember 2008 die Strommärkte in Kalifornien und Umgebung manipuliert habe, und schlug die Zahlung zivilrechtlicher Strafen sowie die Herausgabe entstandener Gewinne durch die Emittentin vor. Am 16. Juli 2013 erließ die FERC einen Bescheid über die Festsetzung zivilrechtlicher Strafen (*Order Assessing Civil Penalties*), in dem sie eine zivilrechtliche Strafe in Höhe von USD 435 Mio. gegen die Emittentin festsetzte und an sie die Anordnung erließ, zusätzlich ihr entstandene Gewinne in Höhe von USD 34,9 Mio., zuzüglich Zinsen, herauszugeben (wobei die beiden Beträge jeweils mit den in der *Order and Notice* angegebenen Beträgen übereinstimmen). Zur Beitreibung der Strafe und des herauszugebenden Gewinns muss die FERC eine zivilrechtliche Klage vor einem US-Bundesgericht einreichen, was jederzeit am oder nach dem Datum dieses Basisprospekts erfolgen kann. Im September 2013 wandte sich die für Strafsachen zuständige Abteilung des *United States Attorney's Office* im *Southern District of New York* an die Emittentin und teilte mit, dass sie den in den FERC-Ermittlungen gegenständlichen Sachverhalt ebenfalls prüfe. Die Gruppe beabsichtigt, sich in dieser Angelegenheit nachdrücklich zu verteidigen.

Kartellrechtliche Ermittlungen am CDS-Markt

Sowohl die Europäische Kommission als auch die DOJ-AD hat Ermittlungen am CDS-Markt eingeleitet (im Jahr 2011 bzw. 2009). Am 1. Juli 2013 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung der

Beschwerdepunkte an die Emittentin sowie 12 weitere Banken, die Markit und die ISDA gerichtet. In dem betreffenden Fall geht es um Bedenken, dass bestimmte Banken kollektiv darauf hingewirkt haben könnten, den Eintritt von Börsen in den Kreditderivatemarkt zu verzögern und zu verhindern. Hinsichtlich einer möglichen Entscheidung der Europäischen Kommission hat diese angedeutet, dass sie beabsichtigt, Sanktionen aufzuerlegen. Zu den möglichen von der Europäischen Kommission aufzuerlegenden Sanktionen gehören Bußgelder. Bei den Ermittlungen der DOJ-AD handelt es sich um zivilrechtliche Ermittlungen, die sich auf ähnliche Angelegenheiten beziehen. In den Vereinigten Staaten wurden auch Sammelklagen (*putative class actions*) im Hinblick auf ähnliche Angelegenheiten eingereicht. Der zeitliche Ablauf dieser Fälle ist ungewiss, und es kann keine Einschätzung der potenziellen finanziellen Auswirkungen dieser Angelegenheit auf die Gruppe abgegeben werden.

Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Verträge

Die FCA hat Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Verträge durchgeführt, darunter zwei zwischen der Emittentin und der Qatar Holding im Juni beziehungsweise Oktober 2008 geschlossene Beratungsverträge, sowie hinsichtlich der Frage, ob diese in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen der Gruppe im Juni und im November 2008 gestanden haben könnten. Die FCA hat am 13. September 2013 Warnhinweise gegen Barclays PLC und die Emittentin erteilt. Das Bestehen des im Juni 2008 geschlossenen Beratungsvertrags wurde in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten im Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen im Juni und November 2008 offengelegt, der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die unter beiden Verträgen zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, jedoch nicht. In den Warnhinweisen ist zwar berücksichtigt, dass Barclays PLC und die Emittentin damals davon ausgingen, dass zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert aus den Verträgen bezogen werden sollte, es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es in erster Linie nicht Zweck der Verträge war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche, Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt wurden. In den Warnhinweisen wird festgestellt, dass Barclays PLC und die Emittentin gegen bestimmte Notierungsregeln in Bezug auf Offenlegungspflichten verstießen und Barclays PLC auch gegen das *Listing Principle 3* (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien der Barclays PLC integer zu verhalten). In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass Barclays PLC und die Emittentin leichtfertig (*recklessly*) handelten. Das in den Warnhinweisen gegen die Gruppe verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Barclays PLC und die Emittentin bestreiten die Feststellungen jedoch weiterhin.

Die Ermittlungen des Serious Fraud Office (SFO) sind noch nicht so weit fortgeschritten und die Gruppe hat Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet.

Das DOJ und die SEC führen Ermittlungen im Zusammenhang mit der Frage, ob im Rahmen der Beziehungen der Barclay's PLC Gruppe zu Dritten, die der Emittentin beim Aufbau neuer bzw. der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen behilflich sind, die Vorschriften des *United States Foreign Corrupt Practices Act* eingehalten werden. Das DOJ und die SEC untersuchen auch die oben genannten Verträge, einschließlich der beiden Beratungsverträge. Die *US Federal Reserve* hat verlangt, dass sie über diese Angelegenheiten laufend informiert wird.

Es ist nicht möglich, die vollständigen Auswirkungen abzuschätzen, die sich bei einem nachteiligen Ausgang dieser Ermittlungen für die Gruppe ergeben können.

Directors

Der folgenden Übersicht sind folgende Informationen zu entnehmen: die *Directors* der Emittentin, ihre jeweilige Position innerhalb der Gruppe sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Gruppe ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Gruppe von Bedeutung sind. Alle als *Directors* aufgeführten Personen haben jeweils die Geschäftsanschrift 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich.

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
Sir David Walker	Vorsitzender	Consultative Group on International Economic and Monetary Affairs, Inc. (Group of Thirty) Cicely Saunders International
Antony Jenkins	<i>Chief Executive</i> der Gruppe	<i>Director</i> , The Institute of International Finance
Chris Lucas	Finanzvorstand der Gruppe (<i>Group Finance Director</i>) ¹	-
David Booth	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> (<i>Non-Executive Director</i>)	<i>Director</i> , East Ferry Investors Inc
Tim Breedon CBE	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Ministry of Justice Departmental Board
Fulvio Conti	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	<i>Chief Executive Officer</i> , Enel SpA; <i>Director</i> , AON PLC; <i>Independent Director</i> , RCS MediaGroup S.p.A
Simon Fraser	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Fidelity Japanese Values Plc und Fidelity European Values Plc; Vorsitzender, Foreign & Colonial Investment Trust PLC; Vorsitzender, The Merchants Trust PLC; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Ashmore Group PLC
Reuben Jeffery III	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	<i>Senior Adviser</i> , Center for Strategic & International Studies; <i>Chief Executive Officer</i> , Rockefeller & Co., Inc.
Dambisa Moyo	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , SABMiller plc;

¹ Am 16. Juli 2013 gab die Emittentin bekannt, dass nach der Mitteilung von Chris Lucas im Februar 2013, die Emittentin zu verlassen, Tushar Morzaria zum Nachfolger von Herrn Lucas als Finanzvorstand der Gruppe bestellt wurde. Herr Morzaria wird seine Funktion im *Board* als an der Geschäftsleitung beteiligter *Director* (*Executive Director*) mit Wirkung ab dem 1. Januar 2014 aufnehmen. Herr Lucas bleibt für die Rechnungslegung für 2013 verantwortlich und verbleibt bis zu seinem Ausscheiden am 28. Februar 2014 als Finanzvorstand der Gruppe sowie Mitglied des *Executive Committee* im *Board*. Ab dem 28. Februar 2014 übernimmt Herr Morzaria vollständig die Aufgaben von Herrn Lucas.

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
		Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Stellvertretender Vorsitzender (<i>Deputy Chairman</i>) und <i>Senior Independent Director</i>	Vorsitzender, BT Group PLC; <i>Director</i> , McGraw-Hill Companies;
Sir John Sunderland	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Vorsitzender, Merlin Entertainments Group; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , AFC Energy plc
Diane de Saint Victor	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	<i>General Counsel</i> , <i>Company Secretary</i> und Mitglied des <i>Group Executive Committee</i> von ABB Limited
Fritts van Paasschen	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	CEO und <i>President</i> der Starwood Hotels and Resorts Worldwide Inc.
Mike Ashley	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	

Es bestehen keine potenziellen Interessenskonflikte zwischen den Pflichten der vorstehend aufgeführten *Directors* gegenüber der Emittentin und deren privaten Interessen bzw. sonstigen Pflichten.

Mitarbeiter

Zum 30. Juni 2013 belief sich die Gesamtzahl der von der Gruppe beschäftigten Personen (Vollzeitäquivalent) auf 139.900 (31. Dezember 2012: 139.900).

Gerichtsverfahren

Lehman Brothers

Am 15. September 2009 wurden von Lehman Brothers Holdings Inc. ("LBHI"), dem Liquidator (*Trustee*) der Lehman Brothers Inc. im US-Verfahren nach dem *Securities Investor Protection Act* (SIPA) (der "**Liquidator**") und dem offiziellen Ausschuss der unbesicherten Gläubiger (*Official Committee of Unsecured Creditors*) der Lehman Brothers Holdings Inc. (der "**Ausschuss**") bei dem US-Insolvenzgericht für den *Southern District of New York* (*Bankruptcy Court for the Southern District of New York* – das "**Insolvenzgericht**") Anträge eingereicht. Mit allen drei Anträgen werden bestimmte Aspekte der Transaktion, in deren Rahmen Barclays Capital Inc. ("**BCI**") und andere Gesellschaften der Gruppe im September 2008 den größten Teil der Vermögenswerte von Lehman Brothers Inc. ("**LBI**") übernahm, und die gerichtliche Verfügung zur Genehmigung dieses Verkaufs (der "**Verkauf**") angefochten. Die Kläger wollen eine Verfügung erwirken, mit der die Übertragung bestimmter Vermögenswerte an BCI für nichtig erklärt wird; BCI gezwungen wird, den angeblichen Überschussbetrag, den BCI erhalten hat, an die Insolvenzmasse von LBI herauszugeben; und festgestellt wird, dass der von BCI gemäß den Verkaufsunterlagen und der Verfügung zur Genehmigung des Verkaufs geltend gemachte Anspruch auf bestimmte Vermögenswerte (die Ansprüche aus *Rule 60* der US-Bundeszivilprozessordnung – die "**Rule 60-Ansprüche**"), nicht besteht. Am 16. November 2009 erhoben LBHI, der Liquidator und der Ausschuss gesonderte Klagen beim Insolvenzgericht, mit denen sie jeweils Ansprüche gegen BCI geltend

machten, denen das gleiche Vorbringen zugrunde lag wie den bereits anhängigen Anträgen; das Klagebegehren entsprach inhaltlich den bereits eingereichten Anträgen. Am 29. Januar 2010 legte BCI eine Antwort auf diese Anträge vor und reichte dabei ebenfalls einen auf die Lieferung bestimmter Vermögenswerte, die von LBHI und LBI nicht gemäß den Verkaufsunterlagen und der gerichtlichen Verfügung zur Genehmigung des Verkaufs geliefert wurden, gerichteten Antrag ein (zusammen mit den konkurrierenden Ansprüchen des Liquidators in Bezug auf diese Vermögenswerte, die "**Vertragsansprüche**"). Im Rahmen der Übernahme erworbene Vermögenswerte in Höhe von ungefähr USD 4,5 Mrd. (GBP 3,0 Mrd.) waren bis zum 30. Juni 2013 noch nicht geliefert worden, wovon ein Betrag von rund USD 3,4 Mrd. (GBP 2,3 Mrd.) in der Bilanz vom 30. Juni 2013 als Forderung ausgewiesen wurde. Die Forderung entspricht einem für diese Periode ausgewiesenen Anstieg von USD 0,4 Mrd. (GBP 0,3 Mrd.) des Ergebnisses, vorwiegend infolge einer höheren Gewissheit in Bezug auf die Beitreibbarkeit von USD 769 Mio. (GBP 0,5 Mrd.) vom Liquidator in Bezug auf das LBI-Vermögen auf Rücklagenkonten zur Einhaltung der SEC-Vorschriften zum Kundenschutz im Sinne der *Rule 15c3-3*. Am 16. Juli 2013 zahlte der Liquidator diesen Betrag an BCI. Dies führt zu einer tatsächlichen Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten aus dem Rechtsstreit in Höhe von USD 1,1 Mrd. (GBP 0,7 Mrd.) und Fragen im Zusammenhang mit der Herausgabe bestimmter, von Instituten außerhalb der Vereinigten Staaten gehaltener Vermögenswerte zum 30. Juni 2013.

In der am 22. Februar 2011 veröffentlichten Urteilsbegründung zu diesen Angelegenheiten wies das Insolvenzgericht die *Rule 60*-Ansprüche zurück; bei manchen Vertragsansprüchen entschied es zugunsten des Liquidators, bei anderen zugunsten von BCI. Am 15. Juli 2011 erließ das Insolvenzgericht die abschließende Entscheidung in diesem Sinne. BCI und der Liquidator legten jeweils beim US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* (das "**Bezirksgericht**") Berufung gegen die für sie nachteiligen Entscheidungen des Insolvenzgerichts über die Vertragsansprüche ein. LBHI und der Ausschuss legten keine Berufung gegen die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die *Rule 60*-Ansprüche ein. Im Anschluss an entsprechende Vorbringen hob das Bezirksgericht mit Urteilsbegründung vom 5. Juni 2012 eine der Entscheidungen des Insolvenzgerichts über die Vertragsansprüche, die für BCI nachteilig war, auf; dabei bestätigte es die übrigen Entscheidungen des Insolvenzgerichts über die Vertragsansprüche. Das Bezirksgericht korrigierte in seiner Urteilsbegründung vom 17. Juli 2012 einige Fehler, was jedoch keine Auswirkungen auf die Entscheidungen hatte; zudem erließ es in Umsetzung der darin getroffenen Entscheidungen ein vergleichsähnliches Urteil nach amerikanischem Recht (ein sog. *Agreed Judgment*) (das "**Urteil**"). BCI und der Liquidator haben jeweils beim US-Bundesberufungsgericht für den zweiten Gerichtsbezirk (*United States Court of Appeals for the Second Circuit*) gegen die für sie nachteiligen Entscheidungen des Bezirksgerichts Berufung eingelegt.

Dem Urteil zufolge stehen BCI die folgenden Ansprüche zu: (i) Herausgabe von für die Sicherstellung der Abwicklung bestimmter Geschäfte vorgesehenem sog. "*Clearance-Box*-Vermögen" in Höhe von USD 1,1 Mrd. (GBP 0,7 Mrd.) durch den Liquidator; (ii) Vermögen, das bei verschiedenen Instituten zur Besicherung der Verbindlichkeiten im Rahmen der im Wege des Verkaufs an BCI übertragenen börsengehandelten Derivate gehalten wird (die "**Sicherheitsleistung für Börsengehandelte Derivate**" (*ETD Margin*)); dabei gilt die Maßgabe, dass BCI der Anspruch auf einen Betrag in Höhe von USD 507 Mio. (GBP 0,3 Mrd.) aus der Sicherheitsleistung für Börsengehandelte Derivate (*ETD Margin*) nur zusteht, sofern und soweit der Liquidator nach Befriedigung aller sonstigen Ansprüche von LBI-Kunden noch über Vermögen verfügt, und (iii) Herausgabe von LBI-Vermögen auf Rücklagenkonten zur Einhaltung der SEC-Vorschriften zum Kundenschutz im Sinne der *Rule 15c3-3* in Höhe von USD 769 Mio.

(GBP 0,5 Mrd.) durch den Liquidator, jedoch nur, sofern und soweit der Liquidator nach Befriedigung aller sonstigen Ansprüche von LBI-Kunden noch über Vermögen verfügt.

Von bestimmten Instituten außerhalb der Vereinigten Staaten (darunter mehrere verbundene Unternehmen von Lehman, die sich in einem Insolvenz- oder ähnlichen Verfahren befinden) wird noch ein Teil der Sicherheitsleistung für Börsengehandelte Derivate (*ETD Margin*) gehalten bzw. geschuldet, der bislang nicht an BCI oder den Liquidator herausgegeben wurde. Zum Datum dieses Basisprospektes kann die Emittentin nicht verlässlich beziffern, mit welchem Anteil an der von diesen Instituten gehaltenen bzw. geschuldeten Sicherheitsleistung für Börsengehandelte Derivate (*ETD Margin*) BCI letzten Endes rechnen kann. Am 7. Juni 2013 gab der Liquidator bekannt, dass er mit zusätzlichen Ausschüttungen an ehemalige Wertpapierkunden von LBI beginnen und mit den Ausschüttungen fortfahren würde, bis alle Kundenforderungen vollständig befriedigt sein würden. Am 2. Juli 2013 teilte der Liquidator BCI mit, dass diese Ausschüttungen "im Wesentlichen abgeschlossen" seien. Gemäß einer Vereinbarung unter den Prozessanwälten und Anordnung ("*Stipulation and Order*") vom 24. April 2013, hatte der Liquidator zuvor eine Rücklage von USD 5,6 Mrd. (GBP 3,7 Mrd.) gebildet, die für die Zahlung der letztlich gegenüber BCI fälligen Beträge vorgesehen war, einschließlich der USD 507 Mio. (GBP 0,3 Mrd.) in Bezug auf die Sicherheitsleistung für Börsengehandelte Derivate (*ETD Margin*) und der USD 769 Mio. (GBP 0,5 Mrd.) in Bezug auf LBI-Vermögen auf Rücklagenkonten zur Einhaltung der SEC-Vorschriften zum Kundenschutz im Sinne der Rule 15c3-3. Am 16. Juli 2013 zahlte der Liquidator die USD 769 Mio. (GBP 0,5 Mrd.) an BCI.

Die USD 3,4 Mrd. (GBP 2,3 Mrd.), die zum 30. Juni 2013 in der Bilanz der Emittentin ausgewiesen wurden, entsprechen einem Szenario, in dem die Entscheidungen des Bezirksgerichts in dieser Form in der Berufungsinstanz nicht geändert werden, wobei jedoch dieser Erwartung die konservative Annahme zugrunde liegt, dass der von Instituten außerhalb der Vereinigten Staaten gehaltene bzw. geschuldete und noch nicht an BCI oder den Liquidator herausgegebene Teil der Sicherheitsleistung für Börsengehandelte Derivate (*ETD Margin*) nicht an BCI herausgegeben wird. In diesem Fall würde, soweit die von Instituten außerhalb der Vereinigten Staaten gehaltene bzw. geschuldete Sicherheitsleistung für Börsengehandelte Derivate (*ETD Margin*) an BCI herausgegeben würde, der Wert dieser herausgegebenen Sicherheitsleistung somit zu einem Gewinn für BCI führen. Es besteht jedoch weiterhin erhebliche Unsicherheit in Bezug auf den Wert dieser Sicherheitsleistung für Börsengehandelte Derivate (*ETD Margin*), auf welche die BCI einen Anspruch hat bzw. die möglicherweise an sie herausgegeben wird. Sollte das US-Bundesberufungsgericht im schlimmsten Fall die Entscheidung des Bezirksgerichts aufheben und bestimmen, dass Barclays PLC keinen Anspruch auf das *Clearance-Box*-Vermögen oder die *ETD Margin* hat, beträgt der Gesamtverlust nach Einschätzung der Barclays PLC, unter Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Rückstellung, ca. USD 6,0 Mrd. (GBP 4,0 Mrd.). Davon wären ca. USD 3,3 Mrd. (GBP 2,2 Mrd.) von BCI bereits erhaltene *Clearance-Box*-Vermögen und *ETD Margin* sowie Zinsen vor und nach dem Urteil auf *Clearance-Box*-Vermögen und *ETD Margin*, welches entweder zurückzugeben oder an einen Treuhänder zu zahlen wäre. In diesem Zusammenhang ist Barclays PLC mit der Bewertung des in der Bilanz erfassten Vermögenswertes und der sich daraus ergebenden Höhe der tatsächlichen Rückstellung zufrieden.

American Depositary Shares

Gegen Barclays PLC, die Emittentin und verschiedene gegenwärtige und ehemalige Mitglieder des *Board of Directors* der Barclays PLC wurden fünf verschiedene Wertpapier-Sammelklagen (die zu einer Klage verbunden wurden) vor dem US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* (das

"Bezirksgericht") anhängig gemacht. In der verbundenen geänderten Klage vom 12. Februar 2010 wird der Vorwurf erhoben, die Offenlegungsberichte für die von der Emittentin zu verschiedenen Zeitpunkten zwischen 2006 und 2008 angebotenen, in American Depositary Shares verbrieften Vorzugsaktien der Serien 2, 3, 4 und 5 (die "ADS-Vorzugsaktien") hätten Unrichtigkeiten und Auslassungen (unter anderem) in Bezug auf das Portfolio der Emittentin aus hypothekenbezogenen Wertpapieren (darunter US-subprime-bezogene Positionen), die Risikopositionen der Emittentin im Hypotheken- und Kreditmarkt und die Finanzlage der Emittentin aufgewiesen. In der verbundenen geänderten Klage werden Ansprüche gemäß *Section 11*, *Section 12(a)(2)* und *Section 15* des *Securities Act of 1933* geltend gemacht. Im Januar 2011 entsprach das Bezirksgericht dem Antrag der Beklagten auf vollständige Abweisung der Klage und Einstellung des Verfahrens. Im Februar 2011 stellten die Kläger beim Bezirksgericht Antrag auf nochmalige Prüfung von dessen Verfügung zur Abweisung der Klage und im Mai 2011 wies das Bezirksgericht den Antrag der Kläger auf nochmalige Prüfung in vollem Umfang zurück. Die Kläger legten gegen beide Entscheidungen (die Entscheidung, dem Antrag der Beklagten auf Abweisung der Klage zu entsprechen, und diejenige, den Antrag der Kläger auf nochmalige Prüfung abzulehnen) beim US-Bundesberufungsgericht für den zweiten Gerichtsbezirk (*United States Court of Appeals for the Second Circuit* – der "**Second Circuit**") Berufung ein.

Am 19. August 2013 bestätigte der Second Circuit die Abweisung der von den Klägern in Bezug auf die ADS-Vorzugsaktien der Serien 2, 3 und 4 geltend gemachten Ansprüche, da diese verjährt seien. Der Second Circuit befand jedoch, dass eine geänderte Klage in Bezug auf Ansprüche im Zusammenhang mit den ADS-Vorzugsaktien der Serie 5 hätte zugelassen werden sollen. Die Verfahren wurden vom Second Circuit an das Bezirksgericht zurückverwiesen und die geänderte Klage der Kläger ist zugelassen worden, soweit sie sich auf die im Zusammenhang mit den ADS-Vorzugsaktien der Serie 5 geltend gemachten Ansprüche bezieht.

Die Emittentin ist der Ansicht, dass die gegen sie gerichteten ADS-bezogenen Klagen unbegründet sind und verteidigt sich nachdrücklich gegen diese. Zum Datum dieses Basisprospektes ist es weder möglich, den potenziellen Verlust der Gruppe hinsichtlich dieser Ansprüche zu beziffern, noch die Auswirkungen einzuschätzen, die sie möglicherweise auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit in einer bestimmten Berichtsperiode haben werden.

Rechtsstreit mit der U.S. Federal Housing Finance Agency und andere Verfahren, die Residential Mortgage-Backed Securities zum Gegenstand haben

Die für zwei staatlich geförderte US-Unternehmen (*U.S. government sponsored enterprises*), Fannie Mae und Freddie Mac (zusammen: die "**GSE-Unternehmen**"), handelnde *U.S. Federal Housing Finance Agency* ("**FHFA**") strengte Klagen gegen 17 Finanzinstitute im Zusammenhang mit dem Erwerb von Residential Mortgage-Backed Securities ("**RMBS**") durch die GSE-Unternehmen an. In den Klagen wird unter anderem der Vorwurf erhoben, die Angebotsmaterialien zu den RMBS hätten sachlich falsche oder irreführende Darstellungen und/oder Auslassungen enthalten. Zwei dieser Verfahren, die Verkäufe von RMBS im Zeitraum von 2005 bis 2007 betreffen, bei denen BCI als Lead Underwriter oder als Co-Lead Underwriter fungierte, wurden gegen die Emittentin und/oder einige ihrer verbundenen Unternehmen oder ehemaligen Mitarbeiter der Emittentin angestrengt.

In beiden Klageschriften wird unter anderem Folgendes geltend gemacht: Rückabwicklung und Herausgabe der für die RMBS gezahlten Gegenleistung, sowie Ersatzleistung für die angeblichen finanziellen Verluste, die den GSE-Unternehmen infolge des Eigentums an den RMBS entstanden sind. Die Klagen sind anderen Zivilverfahren vergleichbar, die von anderen Klägern im Zusammenhang mit

dem Erwerb von RMBS gegen die Emittentin und/oder einige ihrer verbundenen Unternehmen angestrengt wurden, darunter die Federal Home Loan Bank of Seattle, die Federal Home Loan Bank of Boston, die Federal Home Loan Bank of Chicago, Cambridge Place Investment Management, Inc., HSH Nordbank AG (und ihre verbundenen Unternehmen), Sealink Funding Limited, Landesbank Baden-Württemberg (und ihre verbundenen Unternehmen), Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank AG (und ihre verbundenen Unternehmen), Stichting Pensioenfonds ABP, Royal Park Investments SA/NV, Bayerische Landesbank, John Hancock Life Insurance Company (und ihre verbundenen Unternehmen), Prudential Life Insurance Company of America (und ihre verbundenen Unternehmen) und die National Credit Union Administration. Barclays PLC ist der Ansicht, dass die gegen sie gerichteten Klagen unbegründet sind und beabsichtigt, sich nachdrücklich gegen diese zu verteidigen.

Der ursprüngliche, mit den Ansprüchen gegen die Emittentin verbundene RMBS-Betrag belief sich in den FHFA-Prozessen und den übrigen Zivilklagen gegen die Gruppe auf insgesamt ungefähr USD 8,7 Mrd.; hiervon stand zum 30. Juni 2013 ein Betrag in Höhe von ungefähr USD 2,6 Mrd. noch aus. Die für diese RMBS zum 30. Juni 2013 ausgewiesenen kumulierten Verluste beliefen sich auf ungefähr USD 0,5 Mrd. Barclays PLC ist der Ansicht, dass ihr im Falle des Unterliegens der Emittentin in diesen Prozessen ein Verlust in Höhe von maximal dem zum Zeitpunkt des Urteils noch ausstehenden RMBS-Betrag (unter Berücksichtigung weiterer Kapitalzahlungen nach dem 30. Juni 2013) droht, zuzüglich kumulierter Verluste auf die RMBS zu dem betreffenden Zeitpunkt, sowie Zinsen, Gebühren und Kosten, abzüglich des Marktwertes der RMBS zu jenem Zeitpunkt. Die Emittentin schätzt den Marktwert der RMBS zum 30. Juni 2013 auf insgesamt ungefähr USD 1,6 Mrd. Der Emittentin steht möglicherweise ein Anspruch auf Entschädigung für einen Teil der Verluste zu. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind zwei miteinander verbundene Sammelklagen, die im Namen einer mutmaßlichen Gruppe von Anlegern mit einer Anlage in von Countrywide ausgegebenen RMBS, für die BCI und andere Underwriter Zeichnungsverpflichtungen eingegangen sind, eingereicht wurden; diesbezüglich wird die Emittentin durch Countrywide von der Haftung freigestellt.

Devonshire Trust

Am 13. Januar 2009 strengte die Emittentin beim Obersten Gerichtshof von Ontario (*Ontario Superior Court* – der "Oberste Gerichtshof") eine Klage an; damit wollte sie eine Verfügung erwirken, nach der die noch am gleichen Tage im Vorfeld der Klageerhebung von ihr herbeigeführte vorzeitige Beendigung zweier Credit Default Swaps gemäß einem ISDA-Rahmenvertrag mit dem Devonshire Trust ("**Devonshire**"), einem Asset Backed Commercial Paper Conduit Trust, für wirksam erklärt wird. Am gleichen Tag gab auch Devonshire vor, die Swaps mit der Begründung beenden zu wollen, die Emittentin habe das Commercial Paper von Devonshire nicht mit Liquidität versorgt, obwohl dies erforderlich war. Am 7. September 2011 entschied der Oberste Gerichtshof, dass die vorzeitige Beendigung der Credit Default Swaps durch die Emittentin jeweils unwirksam, deren vorzeitige Beendigung durch Devonshire hingegen wirksam sei, weshalb Devonshire ein Anspruch auf Rückgabe der Barsicherheiten in Höhe von ungefähr CAD 533 Mio., nebst darauf angefallener Zinsen, durch Barclays PLC zustehe. Die Emittentin hat gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Berufung beim Berufungsgerichtshof von Ontario (*Court of Appeal for Ontario*) eingelegt. Am 26. Juli 2013 gab das Berufungsgerichtshof seine Entscheidung bekannt und wies die Klage der Emittentin ab. Barclays PLC erwägt derzeit ihre Möglichkeiten in Bezug auf die Entscheidung. Sollte die Entscheidung des Berufungsgerichtshofs in dieser Form in der Berufungsinstanz bestätigt werden, rechnet die Emittentin mit einem Verlust in Höhe von ungefähr CAD 500 Mio., abzüglich der bisher erfassten Wertminderungsrückstellungen. Barclays

PLC hat diese Rückstellungen angepasst, um der Entscheidung des Berufungsgerichtshof Rechnung zu tragen.

Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte

Nach den Vergleichen bezüglich der unter "Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten — Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix und andere Referenzzinssätze" erwähnten Ermittlungen haben eine Reihe von Privat- und Geschäftskunden in verschiedenen Ländern Zivilklagen gegen die Gruppe im Zusammenhang mit LIBOR und/oder anderen Referenzindices angedroht oder anhängig gemacht. Zum Datum dieses Basisprospekts ist es nicht möglich, den möglichen Verlust der Gruppe im Zusammenhang mit diesen Klagen abzuschätzen oder abzusehen, welche Auswirkungen sich daraus gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, den Cashflow oder die Finanzlage der Gruppe in einer bestimmten Berichtsperiode ergeben könnten.

Gegen die Emittentin und andere Banken wurden im Zusammenhang mit ihrer Rolle als an der Festlegung von US-Dollar-LIBOR-Sätzen beteiligte Panel-Banken bei Bundesgerichten der Vereinigten Staaten Verfahren als Sammelklagen und als sonstige Klagen anhängig gemacht; die erste dieser Klagen wurde am 15. April 2011 eingereicht. In den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften wurde u. a. der Vorwurf erhoben, die Emittentin und die anderen Banken hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen diverse Bestimmungen des *Sherman Act*, des *U.S. Commodity Exchange Act*, des *U.S. Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act* ("**RICO**") sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie US-Dollar-LIBOR-Sätze künstlich niedrig hielten oder auf eine andere Art und Weise manipulierten. In den Klagen wird Schadenersatz in unbestimmter Höhe sowie Schadenersatz in dreifacher Höhe (*trebling of damages*) nach Maßgabe der Bestimmungen des *Sherman Act* und des RICO gefordert. Die anhängig gemachten Sammelklagen sollen (u. a.) im Namen von Klägern eingereicht worden sein, die (i) US-Dollar-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte getätigt, (ii) US-Dollar-LIBOR-bezogene Finanzinstrumente an einer Börse erworben, (iii) US-Dollar-LIBOR-bezogene Schuldtitel erworben, (iv) auf US-Dollar-LIBOR-bezogene variabel verzinsliche Hypotheken erworben oder (v) auf US-Dollar-LIBOR-bezogene Darlehen vergeben haben. Die Mehrzahl der Fälle im Zusammenhang mit der Festlegung der US-Dollar-LIBOR-Sätze wird vor dem US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* (das "**Bezirksgericht**") gemeinsam verhandelt. Am 29. März 2013 hat das Bezirksgericht eine Entscheidung gefällt, in sechs maßgeblichen Fällen die Mehrzahl der gegen die Emittentin und weitere beklagte Panel-Banken eingereichten Klagen, darunter drei anhängig gemachte Sammelklagen, zurückzuweisen.

Nach der Entscheidung ersuchten die Kläger der drei anhängig gemachten Sammelklagen das Bezirksgericht, entweder die Einreichung einer geänderten Klage oder die Berufung gegen einen Aspekt der Entscheidung zuzulassen.

Am 23. August 2013 wies das Bezirksgericht in einem Beschluss die Mehrzahl der von den Klägern der drei Sammelklagen gestellten Anträge ab. Infolge des Beschlusses wurde eine hinsichtlich des Erwerbs von US-Dollar-LIBOR-bezogenen Schuldtitel anhängig gemachte Sammelklage vollumfänglich abgewiesen; die Ansprüche, die in einer hinsichtlich des börslichen Erwerbs von US-Dollar-LIBOR-bezogenen Finanzinstrumenten anhängig gemachten Sammelklage geltend gemacht worden sind, sind auf Ansprüche nach dem *U.S. Commodity Exchange Act* beschränkt; und die Ansprüche, die in einer von Klägern, die US-Dollar-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte tätigten, anhängig gemachten Sammelklage geltend gemacht worden sind, sind auf Bereicherungsansprüche und Ansprüche aufgrund Verletzung

des Grundsatzes von Treu und Glauben beschränkt. Gegen einige, jedoch nicht alle, Aspekte der richterlichen Entscheidung kann innerhalb von 30 Tagen Berufung eingelegt werden.

Die Kläger der anderen drei Klagen reichten auf Grundlage derselben Tatsachenbehauptungen, die in den drei vorstehend dargestellten Sammelklagen ursprünglich vorgebracht wurden, eine neue Klage bei einem Gericht des Bundesstaates (*state court*) ein. Die Beklagten, einschließlich der Emittentin, haben die Verweisung dieser Klagen zum Bundesgericht veranlasst und versuchen derzeit, eine Rückverweisung an das Bezirksgericht zu erreichen. Darüber hinaus wurden eine Reihe weiterer Klageverfahren vor dem Bezirksgericht solange ausgesetzt, bis über die Präzedenzfälle weiter verhandelt worden ist.

Solange die Verfahren nicht weiter verhandelt werden, ist die letztendliche Auswirkung der Entscheidung des Bezirksgerichts unklar, wobei die Entscheidung jedoch möglicherweise im Rahmen der Auslegung durch Gerichte Auswirkungen auf andere Prozesse haben wird, darunter die nachfolgend beschriebenen Verfahren, von denen einige verschiedene Referenzzinssätze zum Gegenstand haben.

Am 13. Februar 2013 wurde vor dem US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* eine zusätzliche Einzelklage im Zusammenhang mit dem US-Dollar-LIBOR gegen die Emittentin und weitere Banken eingereicht. Die Kläger behaupten, die Beklagten hätten zusammengewirkt, um den US-Dollar-LIBOR ansteigen zu lassen, was dazu geführt habe, dass der Wert der für einen Kredit als Sicherheit hinterlegten Anleihen gesunken sei, was letztlich zum Verkauf der Anleihen zum Tiefststand ihres Marktwerts geführt habe. Für diese Klage ist ein anderer Richter im *Southern District of New York* zuständig und ein anderer Zeitplan als für die Sammelklage vorgesehen, wobei Ende 2013 ein Antrag auf Klageabweisung vollumfänglich beim Gericht eingereicht werden soll.

Verschiedene Kläger, die an Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten beteiligt waren, reichten am 30. April 2012 beim US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* eine zusätzliche Sammelklage gegen die Emittentin und andere Panel-Banken für Japanischer Yen-LIBOR ein. In der Klageschrift werden auch die Mitglieder des Panels der *Japanese Bankers Association Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate* ("TIBOR"), dem die Emittentin nicht angehört, benannt. In der Klageschrift wird u. a. der Vorwurf der Manipulation der Euroyen-TIBOR- sowie der Yen-LIBOR-Sätze und Verstöße gegen US-Kartellrecht im Zeitraum von 2006 bis 2010 erhoben. Die Beklagten haben einen Abweisungsantrag gestellt, der bis Ende 2013 beim Bezirksgericht vollständig eingereicht wird.

Verschiedene Kläger, die Finanzinstrumente mit Bezug auf EURIBOR erworben bzw. verkauft hatten, reichten am 6. Juli 2012 beim Bezirksgericht eine weitere Sammelklage gegen die Emittentin und andere EURIBOR-Panel-Banken ein. In der Klageschrift wird u. a. der Vorwurf der Manipulation des EURIBOR-Satzes und Verstöße gegen den *Sherman Act* und den *U.S. Commodity Exchange Act*, die bereits im Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2009 erfolgten, erhoben. Am 23. August 2012 nahmen die Kläger die Klage freiwillig zurück.

Verschiedene Kläger, die einen NYSE LIFFE EURIBOR Terminkontrakt erworben bzw. verkauft hatten, reichten am 12. Februar 2013 eine Sammelklage gegen die Emittentin und andere EURIBOR-Panel-Banken ein. In der Klageschrift wird der Vorwurf der Manipulation des EURIBOR-Satzes und Verstöße gegen den *Sherman Act*, die bereits im Zeitraum vom 1. Juni 2005 bis zum 30. Juni 2010 erfolgten, erhoben. Die Klage ist derzeit beim US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* anhängig. Die Kläger haben angedeutet, dass sie vor Ende des Jahres 2013 eine geänderte Klage einzureichen planen.

Ferner wurde der Emittentin von der DOJ-AD ein bedingter Nachlass im Zusammenhang mit möglichen Verstößen gegen US-Kartellrecht bei Finanzinstrumenten mit Bezug auf EURIBOR zugestanden. Infolge der Gewährung dieses bedingten Nachlasses hat die Emittentin Anspruch auf (i) eine Haftungsobergrenze in Höhe des tatsächlichen anstatt des dreifachen Schadenersatzes, wenn in einem zivilrechtlichen Kartellverfahren nach US-amerikanischem Kartellrecht auf Grundlage eines Verhaltens, dass durch den bedingten Nachlass abgedeckt ist, dem Kläger Schadenersatz zugesprochen wurde, und (ii) eine Befreiung im Hinblick auf eine mögliche gesamtschuldnerische Haftung in Verbindung mit einem derartigen zivilrechtlichen Kartellverfahren, vorbehaltlich der Bedingung, dass die Emittentin das DOJ sowie das über die entsprechende zivilrechtliche Klage befindende Gericht davon überzeugt, dass sie ihre Mitwirkungspflichten erfüllt hat.

Darüber hinaus ist die Emittentin, sowie vier gegenwärtige und ehemalige Führungskräfte und Direktoren der Emittentin, Beklagte einer vor dem US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* anhängigen Wertpapier-Sammelklage im Zusammenhang mit der Rolle der Emittentin als an der LIBOR-Festlegung beteiligte Panel-Bank. In der Klageschrift wird hauptsächlich der Vorwurf erhoben, die Geschäftsberichte der Emittentin für die Jahre 2006 bis 2011 hätten Unrichtigkeiten und Auslassungen hinsichtlich (unter anderem) der Einhaltung ihrer Verfahren für das Betriebsrisikomanagement und bestimmter Gesetze und Rechtsvorschriften aufgewiesen. Weiterhin wird in der Klageschrift der Vorwurf erhoben, dass die täglichen Einreichungen der Emittentin zur Festlegung des US-Dollar-LIBOR Falschaussagen unter Verletzung des US-Wertpapierrechts darstellten. Der Kreis der Sammelkläger, in deren Auftrag die Klage eingereicht wird, setzt sich aus allen natürlichen und juristischen Personen zusammen, die im Zeitraum vom 10. Juli 2007 bis zum 27. Juni 2012 an einer amerikanischen Wertpapierbörse von der Emittentin geförderte *American Depositary Receipts* erworben haben. In der Klageschrift werden Ansprüche nach Maßgabe von *Section 10(b)* und *Section 20(a)* des *U.S. Securities Exchange Act 1934* geltend gemacht. Am 13. Mai 2013 hat das Gericht dem Antrag der Emittentin auf vollständige Klageabweisung stattgegeben. Der Antrag der Kläger auf Prüfung dieser Entscheidung wurde am 13. Juni 2013 zurückgewiesen. Die Kläger haben am 12. Juli 2013 vor dem US-Bundesberufungsgericht für den zweiten Gerichtsbezirk Berufung eingelegt, wobei die Berufung vollständig bis Ende des Jahres 2013 beim Berufungsgericht eingereicht wird.

Neben den Klagen in den USA sind gegen die Emittentin in zahlreichen Ländern, darunter England, Wales und Italien, Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den angeblichen LIBOR- und EURIBOR-Manipulationen angestrengt oder angedroht worden. Die Zahl dieser Verfahren, der Referenzindices, auf die sie sich beziehen, und der Länder, in denen sie angestrengt werden können, wird sich voraussichtlich im Laufe der Zeit erhöhen.

Eine Einschätzung der finanziellen Auswirkungen der mit den oben beschriebenen Klagen verbundenen potenziellen Risiken oder gegebenenfalls der Auswirkungen, die diese Klagen gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, den *Cashflow* oder die Finanzlage der Gruppe in einer bestimmten Berichtsperiode haben könnten, ist nicht möglich.

Sonstige Gerichts- und aufsichtsrechtliche Verfahren

Barclays PLC, die Emittentin und die Gruppe sind an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich und einigen anderen Jurisdiktionen (u. a. den Vereinigten Staaten von Amerika) geführten Gerichts- und aufsichtsrechtlichen Verfahren beteiligt; in diesen Verfahren machen sie entweder selbst ihnen im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs (u. a. bei der Eintreibung von Schulden oder aufgrund von Verbraucherklagen oder Vertragsstreitigkeiten) entstandene Ansprüche geltend oder Ansprüche dieser

Art werden von anderen Parteien gegen sie geltend gemacht. Die Emittentin geht nicht davon aus, dass der Ausgang eines dieser sonstigen Verfahren, an denen die Gruppe beteiligt ist, eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, den Cashflow oder die Finanzlage der Gruppe haben wird; auch hat die Gruppe die mit diesen Ansprüchen verbundenen Eventualverbindlichkeiten nicht ausgewiesen, da diese sich entweder nicht zuverlässig beziffern lassen oder sich ihre Offenlegung nachteilig auf die Führung der Verfahren auswirken könnte. In Fällen, in denen die Gruppe den voraussichtlichen Verlust zuverlässig beziffern kann und es sich dabei nicht um einen zu geringfügigen Betrag handelt, wurden Rückstellungen gebildet.

Hinsichtlich Card Protection Plan Limited ("CPP") gab die FCA am 22. August 2013 bekannt, dass sie sich mit CPP und 13 Großbanken und Kreditkartenherausgebern, einschließlich Barclays PLC, auf Entschädigungszahlungen für Kunden, denen irregulär der Karten- und Identitätsschutz der CPP verkauft wurde, geeinigt habe. Zum 30. Juni 2013 wurde auf Grundlage einer Reihe von Annahmen, einschließlich der erwarteten Kundenresonanz, für die Entschädigungskosten und den damit verbundenen Verwaltungsaufwand eine Rückstellung ausgewiesen. Ausgehend von den zu diesem frühen Zeitpunkt im Entschädigungsverfahren bekannten Informationen ist Barclays PLC der Ansicht, dass die bestehende Rückstellung angemessen ist.

Abschlussprüfer

Der Abschluss und der Gruppenabschluss der Emittentin für die am 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2012 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre wurden von PricewaterhouseCoopers, Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, zugelassene Wirtschafts- und Abschlussprüfer (*chartered accounts and registered auditors*) (für das Ausführen des bestimmten Anlagegeschäfts von der Financial Conduct Authority im Vereinigten Königreich zugelassen und deren Aufsicht unterstehend) geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. PricewaterhouseCoopers im Vereinigten Königreich ist kein Mitglied einer Berufsvereinigung, jedoch registriert bei dem Institut der Wirtschaftsprüfer in England und Wales (*Institute of Chartered Accountants in England and Wales*) (ICAEW) und der Aufsichtsbehörde für Wirtschaftsprüfer (*Public Company Accounting Oversight Board*) (PCAOB).

16. In dem RSSP Basisprospekt A und dem RSSP Basisprospekt D wird in "**Abschnitt A – Bedingungen bezogen auf Zins- und Rückzahlungen ("Auszahlungsbedingungen")**" / "**Section A - Conditions relating to interest and redemption payments ("Payoff Conditions")**" im Falle von RSSP Basisprospekt A unter "**1 Zinsen, Spezielle Vorzeitige Rückzahlung und Finale Rückzahlung**", "**Teil I: An nur einen Basiswert gekoppelte Wertpapiere / 1 Interest, Specified Early Redemption and Final Redemption, Part I: Single Underlying Asset Linked Securities**" und im Falle von RSSP Basisprospekt D unter "**1 Zinsen, Vorzeitige Rückzahlung und Finale Rückzahlung**", "**Teil I: An nur einen Basiswert gekoppelte Wertpapiere / 1 Interest, Early Redemption and Final Redemption, Part I: Single Underlying Asset Linked Securities**" die Definition von "**Bewertungszeit**" wie folgt ersetzt:

"**Bewertungszeit**" bezeichnet in Bezug auf den Basiswert die als solche in den Endgültigen Bedingungen festgelegte Zeit bzw., wenn keine entsprechende Zeit festgelegt ist,

- sofern der Basiswert in den Endgültigen Bedingungen nicht als ein Mehrfachbörsenindex

"**Valuation Time**" means, in respect of the Underlying Asset, the time specified as such in the Final Terms or, if no such time is specified,

- if the Underlying Asset is not specified to be a Multi-exchange Index in the Final Terms, the

festgelegt ist, den Planmäßigen Börsenschluss der maßgeblichen Börse, in Bezug auf die Bewertung dieses Basiswerts. Schließt die maßgebliche Börse vor ihrem Planmäßigen Börsenschluss und liegt die festgelegte Bewertungszeit nach dem tatsächlichen Börsenschluss für den regulären Handel, dann entspricht die Bewertungszeit diesem tatsächlichen Börsenschluss.

- sofern der Basiswert in den Endgültigen Bedingungen als ein Mehrfachbörsenindex festgelegt ist, (a) für Zwecke der Bestimmung, ob eine Marktstörung vorliegt: (i) in Bezug auf einen Indexbestandteil den Planmäßigen Börsenschluss der für diesen Indexbestandteil maßgeblichen Börse und (ii) in Bezug auf einen Options- oder Terminkontrakt auf den maßgeblichen Index den Handelsschluss an der Verbundenen Börse; und (b) in allen anderen Fällen die Zeit, zu der der offizielle Schlusstand des maßgeblichen Index vom Index Sponsor berechnet und veröffentlicht wird.

Scheduled Closing Time on the relevant Exchange, in relation to such Underlying Asset to be valued. If the relevant Exchange closes prior to its Scheduled Closing Time and the specified Valuation Time is after the actual closing time for its regular trading session, then the Valuation Time shall be such actual closing time.

- if the Underlying Asset is specified to be a Multi-exchange Index in the Final Terms (a) for the purposes of determining whether a Market Disruption Event has occurred: (i) in respect of any Component, the Scheduled Closing Time on the Exchange in respect of such Component, and (ii) in respect of any options contracts or future contracts on the relevant Index, the close of trading on the Related Exchange; and (b) in all other circumstances, the time at which the official closing level of the relevant Index is calculated and published by the Index Sponsor.

17. In dem RSSP Basisprospekt A wird das Deckblatt der "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/ FORM OF FINAL TERMS" wie folgt ersetzt:

**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/
FORM OF FINAL TERMS**

ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/*Final Terms*



BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

Für die Begebung von Wertpapieren

[Bis zu] [●] Autocall Wertpapiere

Zinsart: [Festzinssatz] [Schneeball] [Phoenix ohne Memory] [Phoenix mit Memory] [Phoenix One Touch – Täglich] [Phoenix One Touch - Fortlaufend] [Phoenix No Touch – Täglich] [Phoenix No Touch – Fortlaufend] [Range Accrual] [– Worst of]

Rückzahlungsart: [Vanilla] [Put Spread] [Europäische Barriere] [Amerikanische Barriere] [Call] [Bulle-Bär – Europäische Barriere] [Bulle-Bär – Amerikanische Barriere] [– Worst of]

([Marketingname der Wertpapiere])

[(die mit den [●] Wertpapieren fällig [●] und begeben am [●] unter dem RSSP Basisprospekt A zu einer einheitlichen Serie von Wertpapieren konsolidiert werden (die "Tranche [●] Wertpapiere"))]

Ausgabepreis: [●]

for the issue of Securities

[Up to] [●] Autocall Securities

Interest Type: [Fixed Interest] [Snowball] [Phoenix without Memory] [Phoenix with Memory] [Phoenix One Touch – Daily] [Phoenix One Touch– Continuous] [Phoenix No Touch – Daily] [Phoenix No Touch – Continuous] [Range Accrual] [– Worst of]

Redemption Type: [Vanilla] [Put Spread] [European Barrier] [American Barrier] [Call] [Bull-Bear – European Barrier] [Bull-Bear – American Barrier] [– Worst of]

([marketing name of the securities])

[(to be consolidated and to form a single series with the [●] Securities due [●], and issued on [●] under the RSSP Base Prospectus A (the "Tranche [●] Securities"))]

Issue Price: [●]

*[Im Falle von Wertpapieren, die schweizerischem Recht unterliegen, einfügen:
insert in case Securities are governed by Swiss law:*

Die Wertpapiere stellen keine Beteiligung an einer kollektiven Kapitalanlage im Sinne des schweizerischen Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) dar. Dementsprechend besteht für den Investor in die Wertpapiere kein Anlegerschutz nach dem KAG und kein Schutz durch die Aufsicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA).

The Securities do not constitute collective investment schemes within the meaning of the Swiss Federal Act on Collective Investment Schemes (CISA). Accordingly, holders of the Securities do not benefit from protection under the CISA or supervision of the Swiss Financial Market Supervisory Authority (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)).]

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Wertpapieren (die "**Endgültigen Bedingungen**") unter dem RSSP Basisprospekt A der Barclays Bank PLC (die "**Emittentin**"). Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG, geändert durch die Richtlinie 2010/73/EU (die "**Prospektrichtlinie**"), abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt für das Programm vom 8. Juli 2013 und etwaigen Nachträgen (der "**Basisprospekt**") zu lesen. Der Basisprospekt ist ein Basisprospekt im Sinne der Prospektrichtlinie.

Um sämtliche Angaben über die Emittentin und das Wertpapierangebot zu erhalten, ist der Basisprospekt in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen. Den Endgültigen Bedingungen ist eine Zusammenfassung der Wertpapieremission beigefügt. Der Basisprospekt und etwaige Nachträge sind auf [Website einfügen] einsehbar und können außerdem zu den gewöhnlichen Geschäftszeiten am Sitz der Barclays Bank PLC Frankfurt Branch und am genannten Sitz der Zahlstelle eingesehen werden; Kopien der Dokumente sind auch dort erhältlich.

Begriffe, die in dem Basisprospekt definiert sind, haben die gleiche Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden.

This document constitutes the final terms of the Securities (the "Final Terms") in connection with the RSSP Base Prospectus A established by Barclays Bank PLC (the "Issuer"). These Final Terms have been prepared for the purposes of Article 5.4 of Directive 2003/71/EU as amended by Directive 2010/73/EU (the "Prospectus Directive") and are supplemental to and should be read in conjunction with the Base Prospectus for the Programme dated 8 July 2013, as supplemented from time to time (the "Base Prospectus"), which constitutes a base prospectus for the purpose of the Prospectus Directive.

Full information on the Issuer and the offer of the Securities is only available on the basis of the combination of these Final Terms and the Base Prospectus. However, a summary of the issue of the Securities is annexed to these Final Terms. The Base Prospectus and any supplements thereto are available for viewing at [insert website] and during normal business hours at the registered office of Barclays Bank PLC Frankfurt Branch and the specified office of the Paying Agent, and copies may be obtained from such office.

Words and expressions defined in the Base Prospectus shall bear the same meanings when used herein.

Angaben von Seiten Dritter

[Die hier enthaltenen Informationen bezüglich [●] [und[●]] wurden [Informationsquelle(n) einfügen] entnommen.] [Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit es der Emittentin bekannt ist und soweit sie dies mittels von [●] [und[●]] veröffentlichter Informationen ableiten kann, keine Tatsachen fehlen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.]

Information sourced from a Third Party

[The information relating to [●] [and [●]] contained herein has been accurately extracted from [insert information source(s)].] [The Issuer confirms that this information has been accurately reproduced and that, as far as the Issuer is aware and is able to ascertain from information published by [●] [and [●]], no facts have been omitted which would render the reproduced information inaccurate or misleading.]

Barclays

Endgültige Bedingungen vom [Ausgabetag] [Beginn des öffentlichen Angebots]

Final Terms dated [Issue Date] [start of public offer]

18. In dem RSSP Basisprospekt B wird das Deckblatt der "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/ FORM OF FINAL TERMS" wie folgt ersetzt:

**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/
FORM OF FINAL TERMS**
ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/Final Terms



BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

Für die Begebung von Wertpapieren

[Bis zu] [●] Wertpapiere

Rückzahlungsart: [Discount, Vanilla, Stücke] [Discount, Europäische Barriere, Stücke] [Discount, Amerikanische Barriere, Stücke] [Bonus, Europäische Barriere, Stücke] [Bonus, Amerikanische Barriere, Stücke] [Capped Bonus, Europäische Barriere, Stücke] [Capped Bonus, Amerikanische Barriere, Stücke] [Discount, Vanilla, Nominal] [Discount, Europäische Barriere, Nominal] [Discount, Amerikanische Barriere, Nominal] [Bonus, Europäische Barriere, Nominal] [Bonus, Amerikanische Barriere, Nominal] [Capped Bonus, Europäische Barriere, Nominal] [Capped Bonus, Amerikanische Barriere, Nominal] [Bulle-Bär, Europäische Barriere, Stücke] [Bulle-Bär, Amerikanische Barriere, konstante Aufwärtspartizipation, Stücke] [Capped Bulle-Bär, Europäische Barriere, Stücke] [Capped Bulle-Bär, Amerikanische Barriere, konstante Aufwärtspartizipation, Stücke] [Bulle-Bär, Amerikanische Barriere, variable Aufwärtspartizipation, Stücke] [Capped Bulle-Bär, Amerikanische Barriere, variable Aufwärtspartizipation, Stücke] [Reverse Bonus, Europäische Barriere, Stücke] [Reverse Bonus, Amerikanische Barriere, Stücke] [Capped Reverse Bonus, Europäische Barriere, Stücke] [Capped Reverse Bonus, Amerikanische Barriere, Stücke]

([Marketingname der Wertpapiere])

[(die mit den [●] Wertpapieren fällig [●] und begeben am [●] unter dem RSSP Basisprospekt B zu einer einheitlichen Serie von Wertpapieren konsolidiert werden (die "Tranche [●] Wertpapiere"))]

Ausgabepreis: [●]

for the issue of Securities

[Up to] [●] Securities

Redemption Type: [Discount, Vanilla, unit style] [Discount, European Barrier, unit style] [Discount, American Barrier, unit style] [Bonus, European Barrier, unit style] [Bonus, American Barrier, unit style] [Capped Bonus, European Barrier, unit style] [Capped Bonus, American Barrier, unit style] [Discount, Vanilla, notional style] [Discount, European Barrier, notional style] [Discount, American Barrier, notional style] [Bonus, European Barrier, notional style] [Bonus, American Barrier, notional style] [Capped Bonus, European Barrier, notional style] [Capped Bonus, American Barrier, notional style] [Bull-bear, European Barrier, unit style] [Bull-bear, American Barrier, constant upside participation, unit style] [Capped Bull-bear, European Barrier, unit style] [Capped Bull-bear, American Barrier, constant upside participation, unit style]

style] [Bull-bear, American Barrier, variable upside participation, unit style] [Capped Bull-bear, American Barrier, variable upside participation, unit style] [Reverse Bonus, European Barrier, unit style] [Reverse Bonus, American Barrier, unit style] [Capped Reverse Bonus, European Barrier, unit style] [Capped Reverse Bonus, American Barrier, unit style]

([marketing name of the securities])

[(to be consolidated and to form a single series with the [●] Securities due [●], and issued on [●] under the RSSP Base Prospectus B (the "Tranche [●] Securities"))]

Issue Price: [●]

**[Im Falle von Wertpapieren, die schweizerischem Recht unterliegen, einfügen:
insert in case Securities are governed by Swiss law:**

Die Wertpapiere stellen keine Beteiligung an einer kollektiven Kapitalanlage im Sinne des schweizerischen Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) dar. Dementsprechend besteht für den Investor in die Wertpapiere kein Anlegerschutz nach dem KAG und kein Schutz durch die Aufsicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA).

The Securities do not constitute collective investment schemes within the meaning of the Swiss Federal Act on Collective Investment Schemes (CISA). Accordingly, holders of the Securities do not benefit from protection under the CISA or supervision of the Swiss Financial Market Supervisory Authority (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)).]

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Wertpapieren (die "**Endgültigen Bedingungen**") unter dem RSSP Basisprospekt B der Barclays Bank PLC (die "**Emittentin**"). Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG, geändert durch die Richtlinie 2010/73/EU (die "**Prospektrichtlinie**"), abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt für das Programm vom 24. Juli 2013 und etwaigen Nachträgen (der "**Basisprospekt**") zu lesen. Der Basisprospekt ist ein Basisprospekt im Sinne der Prospektrichtlinie.

Um sämtliche Angaben über die Emittentin und das Wertpapierangebot zu erhalten, ist der Basisprospekt in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen. Den Endgültigen Bedingungen ist eine Zusammenfassung der Wertpapieremission beigefügt. Der Basisprospekt und etwaige Nachträge sind auf *[Website einfügen]* einsehbar und können außerdem zu den gewöhnlichen Geschäftszeiten am Sitz der Barclays Bank PLC Frankfurt Branch und am genannten Sitz der Zahlstelle eingesehen werden; Kopien der Dokumente sind auch dort erhältlich.

Begriffe, die in dem Basisprospekt definiert sind, haben die gleiche Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden.

*This document constitutes the final terms of the Securities (the "**Final Terms**") in connection with the RSSP Base Prospectus B established by Barclays Bank PLC (the "**Issuer**"). These Final Terms have been prepared for the purposes of Article 5.4 of Directive 2003/71/EU as amended by Directive 2010/73/EU (the "**Prospectus Directive**") and are supplemental to and should be read in conjunction with the Base Prospectus for the Programme dated 24 July 2013, as supplemented from time to time (the "**Base Prospectus**"), which constitutes a base prospectus for the purpose of the Prospectus Directive.*

*Full information on the Issuer and the offer of the Securities is only available on the basis of the combination of these Final Terms and the Base Prospectus. However, a summary of the issue of the Securities is annexed to these Final Terms. The Base Prospectus and any supplements thereto are available for viewing at *[insert website]* and during normal business hours at the registered office of Barclays Bank PLC Frankfurt Branch and the specified office of the Paying Agent, and copies may be obtained from such office.*

Words and expressions defined in the Base Prospectus shall bear the same meanings when used herein.

Angaben von Seiten Dritter

[Die hier enthaltenen Informationen bezüglich [●] [und[●]] wurden *[Informationsquelle(n) einfügen]* entnommen.] [Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit es der Emittentin bekannt ist und soweit sie dies mittels von [●] [und[●]] veröffentlichter Informationen ableiten kann, keine Tatsachen fehlen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.]

Information sourced from a Third Party

*[The information relating to [●] [and [●]] contained herein has been accurately extracted from *[insert information source(s)]*.] [The Issuer confirms that this information has been accurately reproduced and that, as far as the Issuer is aware and is able to ascertain from information published by [●] [and [●]], no facts have been omitted which would render the reproduced information inaccurate or misleading.]*

Barclays

Endgültige Bedingungen vom [Ausgabetag] [Beginn des öffentlichen Angebots]
Final Terms dated [Issue Date] [start of public offer]

19. In dem RSSP Basisprospekt C wird das Deckblatt der "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/ FORM OF FINAL TERMS" wie folgt ersetzt:

**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/
FORM OF FINAL TERMS**
ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/Final Terms



BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

Für die Begebung von Wertpapieren

[Bis zu] [●][Worst-of] [Autocall] [Reverse Convertible] Wertpapiere

[Für (Worst of) Autocall:

**Zinsart: [Festzinssatz] [Schneeball] [Phoenix ohne Memory] [Phoenix mit Memory] [Range
Accrual] [– Worst of]**

**Rückzahlungsart: [Vanilla] [Put Spread] [Europäische Barriere] [Amerikanische Barriere] [Call]
[Bulle-Bär – Europäische Barriere] [Bulle-Bär – Amerikanische Barriere] [– Worst of]**

([Marketingname der Wertpapiere])

[Für (Worst of) Reverse Convertible:

**Zinsart: [Festbetrag] [Festzinssatz] [Variabler Zinssatz – Bildschirmfestsetzung] [Bedingte
Verzinsung] [mit Memory] [– Ein Basiswert] [– Worst of]**

**Rückzahlungsart: [Vanilla] [Europäische Barriere] [Amerikanische Barriere] [– Ein Basiswert]
[– Worst of]**

([Marketingname der Wertpapiere])

[(die mit den [●] Wertpapieren fällig [●] und begeben am [●] unter dem RSSP Basisprospekt C zu
einer einheitlichen Serie von Wertpapieren konsolidiert werden (die "Tranche [●] Wertpapiere"))]

Ausgabepreis: [●]

for the issue of Securities

[Up to] [●] [Worst-of] [Autocall] [Reverse Convertible] Securities

[For (Worst of) Autocall:

**Interest Type: [Fixed] [Snowball] [Phoenix without Memory] [Phoenix with Memory] [Range
Accrual] [– Worst of]**

**Redemption Type: [Vanilla] [Put Spread] [European Barrier] [American Barrier] [Call] [Bull-Bear
– European Barrier] [Bull-Bear – American Barrier] [– Worst of]**

([marketing name of the securities])

[For (Worst of) Reverse Convertible:

**Interest Type: [Fixed Amount] [Fixed Rate] [Floating Rate – Screen Rate Determination]
[Conditional Interest] [with Memory] [– Single Asset] [– Worst of]]**

Redemption Type: [Vanilla] [European Barrier] [American Barrier] [– Single Asset] [– Worst of]]

([marketing name of the securities])

[(to be consolidated and to form a single series with the [●] Securities due [●], and issued on [●]

under the R SSP Base Prospectus C (the "Tranche [●] Securities"))]

Issue Price: [●]

[Im Falle von Wertpapieren, die schweizerischem Recht unterliegen, einfügen:

insert in case Securities are governed by Swiss law:

Die Wertpapiere stellen keine Beteiligung an einer kollektiven Kapitalanlage im Sinne des schweizerischen Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) dar. Dementsprechend besteht für den Investor in die Wertpapiere kein Anlegerschutz nach dem KAG und kein Schutz durch die Aufsicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA).

The Securities do not constitute collective investment schemes within the meaning of the Swiss Federal Act on Collective Investment Schemes (CISA). Accordingly, holders of the Securities do not benefit from protection under the CISA or supervision of the Swiss Financial Market Supervisory Authority (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)).]

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Wertpapieren (die "**Endgültigen Bedingungen**") unter dem R SSP Basisprospekt C der Barclays Bank PLC (die "**Emittentin**"). Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG, geändert durch die Richtlinie 2010/73/EU (die "**Prospektrichtlinie**"), abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt für das Programm vom 25. Juli 2013 und etwaigen Nachträgen (der "**Basisprospekt**") zu lesen. Der Basisprospekt ist ein Basisprospekt im Sinne der Prospektrichtlinie.

Um sämtliche Angaben über die Emittentin und das Wertpapierangebot zu erhalten, ist der Basisprospekt in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen. Den Endgültigen Bedingungen ist eine Zusammenfassung der Wertpapieremission beigefügt. Der Basisprospekt und etwaige Nachträge sind auf [*Website einfügen*] einsehbar und können außerdem zu den gewöhnlichen Geschäftszeiten am Sitz der Barclays Bank PLC Frankfurt Branch und am genannten Sitz der Zahlstelle eingesehen werden; Kopien der Dokumente sind auch dort erhältlich.

Begriffe, die in dem Basisprospekt definiert sind, haben die gleiche Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden.

This document constitutes the final terms of the Securities (the "Final Terms") in connection with the R SSP Base Prospectus C established by Barclays Bank PLC (the "Issuer"). These Final Terms have been prepared for the purposes of Article 5.4 of Directive 2003/71/EU as amended by Directive 2010/73/EU (the "Prospectus Directive") and are supplemental to and should be read in conjunction with the Base Prospectus for the Programme dated 25 July 2013, as supplemented from time to time (the "Base Prospectus"), which constitutes a base prospectus for the purpose of the Prospectus Directive.

*Full information on the Issuer and the offer of the Securities is only available on the basis of the combination of these Final Terms and the Base Prospectus. However, a summary of the issue of the Securities is annexed to these Final Terms. The Base Prospectus and any supplements thereto are available for viewing at [*insert website*] and during normal business hours at the registered office of Barclays Bank PLC Frankfurt Branch and the specified office of the Paying Agent, and copies may be obtained from such office.*

Words and expressions defined in the Base Prospectus shall bear the same meanings when used herein.

Angaben von Seiten Dritter

[Die hier enthaltenen Informationen bezüglich [●] [und [●]] wurden [*Informationsquelle(n) einfügen*] entnommen.] [Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit es der Emittentin bekannt ist und soweit sie dies mittels von [●] [und [●]] veröffentlichter Informationen ableiten kann, keine Tatsachen fehlen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.]

Information sourced from a Third Party

*[The information relating to [●] [and [●]] contained herein has been accurately extracted from [*insert information source(s)*].] [The Issuer confirms that this information has been accurately reproduced and that, as far as the Issuer is aware and is able to ascertain from information published by [●] [and [●]], no facts have been omitted which would render the reproduced information inaccurate or misleading.]*

Barclays

Endgültige Bedingungen vom [Ausgabetag] [Beginn des öffentlichen Angebots]
Final Terms dated [Issue Date] [start of public offer]

20. In dem RSSP Basisprospekt D wird das Deckblatt der "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/ FORM OF FINAL TERMS" wie folgt ersetzt:

**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/
FORM OF FINAL TERMS**
ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/Final Terms



BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

Für die Begebung von Wertpapieren

[Bis zu] [●][Worst-of] [Reverse Convertible]Wertpapiere

Zinsart: [Festbetrag] [Festzinssatz] [Variabler Zinssatz – Bildschirmfestsetzung] [Bedingte Verzinsung] [mit Memory] [– Ein Basiswert] [– Worst of]

Rückzahlungsart: [Vanilla] [Europäische Barriere] [Amerikanische Barriere] [– Ein Basiswert] [– Worst of]

([Marketingname der Wertpapiere])

[(die mit den [●] Wertpapieren fällig [●] und begeben am [●] unter dem RSSP Basisprospekt D zu einer einheitlichen Serie von Wertpapieren konsolidiert werden (die "**Tranche [●] Wertpapiere**")

Ausgabepreis: [●]

for the issue of Securities

[Up to] [●][Worst-of] [Reverse Convertible] Securities

Interest Type: [Fixed Amount] [Fixed Rate] [Floating Rate – Screen Rate Determination] [Conditional Interest] [with Memory] [– Single Asset] [– Worst of]

Redemption Type: [Vanilla] [European Barrier] [American Barrier] [– Single Asset] [– Worst of]

([marketing name of the securities])

[(to be consolidated and to form a single series with the [●] Securities due [●], and issued on [●]

under the RSSP Base Prospectus D (the "**Tranche [●] Securities**")])

Issue Price: [●]

**[Im Falle von Wertpapieren, die schweizerischem Recht unterliegen, einfügen:
insert in case Securities are governed by Swiss law:**

Die Wertpapiere stellen keine Beteiligung an einer kollektiven Kapitalanlage im Sinne des schweizerischen Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) dar. Dementsprechend besteht für den Investor in die Wertpapiere kein Anlegerschutz nach dem KAG und kein Schutz durch die Aufsicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA).

The Securities do not constitute collective investment schemes within the meaning of the Swiss Federal Act on Collective Investment Schemes (CISA). Accordingly, holders of the Securities do not benefit from protection under the CISA or supervision of the Swiss Financial Market Supervisory Authority (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)).]

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Wertpapieren (die "**Endgültigen Bedingungen**") unter dem RSSP Basisprospekt D der Barclays Bank PLC (die "**Emittentin**"). Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5

Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG, geändert durch die Richtlinie 2010/73/EU (die "**Prospektrichtlinie**"), abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt für das Programm vom 25. Juli 2013 und etwaigen Nachträgen (der "**Basisprospekt**") zu lesen. Der Basisprospekt ist ein Basisprospekt im Sinne der Prospektrichtlinie.

Um sämtliche Angaben über die Emittentin und das Wertpapierangebot zu erhalten, ist der Basisprospekt in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen. Den Endgültigen Bedingungen ist eine Zusammenfassung der Wertpapieremission beigefügt. Der Basisprospekt und etwaige Nachträge sind auf [*Website einfügen*] einsehbar und können außerdem zu den gewöhnlichen Geschäftszeiten am Sitz der Barclays Bank PLC Frankfurt Branch und am genannten Sitz der Zahlstelle eingesehen werden; Kopien der Dokumente sind auch dort erhältlich.

Begriffe, die in dem Basisprospekt definiert sind, haben die gleiche Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden.

*This document constitutes the final terms of the Securities (the "**Final Terms**") in connection with the RSP Base Prospectus D established by Barclays Bank PLC (the "**Issuer**"). These Final Terms have been prepared for the purposes of Article 5.4 of Directive 2003/71/EU as amended by Directive 2010/73/EU (the "**Prospectus Directive**") and are supplemental to and should be read in conjunction with the Base Prospectus for the Programme dated 25 July 2013, as supplemented from time to time (the "**Base Prospectus**"), which constitutes a base prospectus for the purpose of the Prospectus Directive.*

*Full information on the Issuer and the offer of the Securities is only available on the basis of the combination of these Final Terms and the Base Prospectus. However, a summary of the issue of the Securities is annexed to these Final Terms. The Base Prospectus and any supplements thereto are available for viewing at [*insert website*] and during normal business hours at the registered office of Barclays Bank PLC Frankfurt Branch and the specified office of the Paying Agent, and copies may be obtained from such office.*

Words and expressions defined in the Base Prospectus shall bear the same meanings when used herein.

Angaben von Seiten Dritter

[Die hier enthaltenen Informationen bezüglich [•] [und[•]] wurden [*Informationsquelle(n) einfügen*] entnommen.] [Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit es der Emittentin bekannt ist und soweit sie dies mittels von [•] [und[•]] veröffentlichter Informationen ableiten kann, keine Tatsachen fehlen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.]

Information sourced from a Third Party

*[The information relating to [•] [and [•]] contained herein has been accurately extracted from [*insert information source(s)*].] [The Issuer confirms that this information has been accurately reproduced and that, as far as the Issuer is aware and is able to ascertain from information published by [•] [and [•]], no facts have been omitted which would render the reproduced information inaccurate or misleading.]*

Barclays

Endgültige Bedingungen vom [Ausgabetag] [Beginn des öffentlichen Angebots]
Final Terms dated [Issue Date] [start of public offer]

21. In dem RSSP Basisprospekt E wird das Deckblatt der "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/ FORM OF FINAL TERMS" wie folgt ersetzt:

**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/
FORM OF FINAL TERMS**
ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN/Final Terms



BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

Für die Begebung von Wertpapieren

[Bis zu] [●] Wertpapiere

Zinsart: [Festzinssatz] [Variabler Zinssatz] [mit Switch-Option] [Nullkupon] [Inflationsbezogene Verzinsung]

[Wahlweise Vorzeitige Rückzahlung: [Call][Put]]

Rückzahlungsart: [Endfällige Rückzahlung] [Inflationsbezogene Rückzahlung]

([Marketingname der Wertpapiere])

[(die mit den [●] Wertpapieren fällig [●] und begeben am [●] unter dem RSSP Prospekt E zu einer einheitlichen Serie von Wertpapieren konsolidiert werden (die "**Tranche [●] Wertpapiere**"))]

Ausgabepreis: [●]

for the issue of Securities

[Up to] [●] Securities

Interest Type: [Fixed Rate Interest] [Floating Rate Interest] [with Switch Option] [Zero Coupon] [Inflation-Linked Interest]

[Optional Early Redemption: [Call][Put]]

Redemption Type: [Bullet Redemption] [Inflation-Linked Redemption]

([marketing name of the securities])

*[(to be consolidated and to form a single series with the [●] Securities due [●], and issued on [●] under the RSSP Prospectus E (the "**Tranche [●] Securities**"))]*

Issue Price: [●]

**[Im Falle von Wertpapieren, die schweizerischem Recht unterliegen, einfügen:
insert in case Securities are governed by Swiss law:**

Die Wertpapiere stellen keine Beteiligung an einer kollektiven Kapitalanlage im Sinne des schweizerischen Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) dar. Dementsprechend besteht für den Investor in die Wertpapiere kein Anlegerschutz nach dem KAG und kein Schutz durch die Aufsicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA).

The Securities do not constitute collective investment schemes within the meaning of the Swiss Federal Act on Collective Investment Schemes (CISA). Accordingly, holders of the Securities do not benefit from protection under the CISA or supervision of the Swiss Financial Market Supervisory Authority (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)).]

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Wertpapieren (die "**Endgültigen Bedingungen**") unter dem RSSP Prospekt E der Barclays Bank PLC (die "**Emittentin**"). Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG, geändert durch die Richtlinie 2010/73/EU (die "**Prospektrichtlinie**"), abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt für das Programm vom 4. Juli 2013 und etwaigen Nachträgen (der "**Basisprospekt**") zu lesen. Der Basisprospekt ist ein Basisprospekt im Sinne der Prospektrichtlinie.

Um sämtliche Angaben über die Emittentin und das Wertpapierangebot zu erhalten, ist der Basisprospekt in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen. Den Endgültigen Bedingungen ist eine Zusammenfassung der Wertpapieremission beigefügt. Der Basisprospekt und etwaige Nachträge sind auf [*Website einfügen*] einsehbar und können außerdem zu den gewöhnlichen Geschäftszeiten am Sitz der Barclays Bank PLC Frankfurt Branch und am genannten Sitz der Zahlstelle eingesehen werden; Kopien der Dokumente sind auch dort erhältlich.

Begriffe, die in dem Basisprospekt definiert sind, haben die gleiche Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden.

*This document constitutes the final terms of the Securities (the "**Final Terms**") in connection with the RSSP Prospectus E established by Barclays Bank PLC (the "**Issuer**"). These Final Terms have been prepared for the purposes of Article 5.4 of Directive 2003/71/EU as amended by Directive 2010/73/EU (the "**Prospectus Directive**") and are supplemental to and should be read in conjunction with the Base Prospectus for the Programme dated 4 July 2013, as supplemented from time to time (the "**Base Prospectus**"), which constitutes a base prospectus for the purpose of the Prospectus Directive.*

*Full information on the Issuer and the offer of the Securities is only available on the basis of the combination of these Final Terms and the Base Prospectus. However, a summary of the issue of the Securities is annexed to these Final Terms. The Base Prospectus and any supplements thereto are available for viewing at [*insert website*] and during normal business hours at the registered office of Barclays Bank PLC Frankfurt Branch and the specified office of the Paying Agent, and copies may be obtained from such office.*

Words and expressions defined in the Base Prospectus shall bear the same meanings when used herein.

Angaben von Seiten Dritter

[Die hier enthaltenen Informationen bezüglich [•] [und[•]] wurden [*Informationsquelle(n) einfügen*] entnommen.] [Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit es der Emittentin bekannt ist und soweit sie dies mittels von [•] [und[•]] veröffentlichter Informationen ableiten kann, keine Tatsachen fehlen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.]

Information sourced from a Third Party

*[The information relating to [•] [and [•]] contained herein has been accurately extracted from [*insert information source(s)*].] [The Issuer confirms that this information has been accurately reproduced and that, as far as the Issuer is aware and is able to ascertain from information published by [•] [and [•]], no facts have been omitted which would render the reproduced information inaccurate or misleading.]*

Barclays

Endgültige Bedingungen vom [Ausgabetag] [Beginn des öffentlichen Angebots]
Final Terms dated [Issue Date] [start of public offer]

[●]

24. In dem RSSP Basisprospekt A und dem RSSP Basisprospekt C wird in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms", im Falle von RSSP Basisprospekt A die Angabe unter 10 c. und im Falle von RSSP Basisprospekt C die Angabe unter 11c. wie folgt ersetzt:

- c. Festzinssatz: [●] % [, der [Currency][●] je Berechnungsbetrag entspricht]
- Fixed Interest Rate:* [●] per cent. [, equal to [Currency][●] per Calculation Amount]

25. In dem RSSP Basisprospekt C werden in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angaben unter 11 e. "[T:]" bis m. "[Obere Zinsbarriere:]" wie folgt ersetzt:

- f. [T:] [Die in der vorstehenden Tabelle in der Spalte "T" angegebene(n) Zahl(en).]
- [T:] [The number(s) set out in the table above in the column entitled "T".]
- g. [Zinsbarriere:
Interest Barrier:] [●][Die in der vorstehenden Tabelle in der Spalte "Zinsbarriere" angegebene Zahl.]
- [●][The number set out in the column entitled "Interest Barrier" in the table above.]
- h. [Zinsbarrierenprozentsatz:
Interest Barrier Percentage:] [●][Der in der vorstehenden Tabelle in der Spalte "Zinsbarrierenprozentsatz" angegebene Prozentsatz.]
- [●][The percentage set out in the column entitled "Interest Barrier Percentage" in the table above.]

- i. [Untere Zinsbarriere:

Zinszahlungstag	Zinsfestsetzungstag	[Untere Zinsbarriere]	[Unterer Zinsbarrierenprozentsatz]	[Obere Zinsbarriere]	[Oberer Zinsbarrierenprozentsatz]	[Beobachtungstag]
[●]	[●]	[●][Jede Untere Zinsbarriere wie im Anhang [1] in der Tabellenspalte "Untere Zinsbarriere" angegeben.]	[●]	[●][Jeder im Anhang [1] in der Tabellenspalte "Oberer Zinsbarriere" angegebene Betrag.]	[●]	[●]

- Lower Interest Barrier:]*

Interest Payment Date	Interest Determination Date	[Lower Interest Barrier]	[Lower Interest Barrier Percentage]	[Upper Interest Barrier]	[Upper Interest Barrier Percentage]	[Observation Date]

[•]	[•]	[•][Each lower interest barrier as set out in the annex [1] in the column entitled "Lower Interest Barrier".]	[•]	[•][Each amount set out in the annex [1] in the column entitled "Upper Interest Barrier."]	[•]	[•]
-----	-----	---	-----	--	-----	-----

j. [Unterer Zinsbarrierenprozensatz:

Lower Interest Barrier Percentage:]

[Der in der vorstehenden Tabelle in der Spalte "Unterer Zinsbarrierenprozensatz" angegebene Prozentsatz.]

[The percentage set out in the table above in the column entitled "Lower Interest Barrier Percentage".]

k. [Obere Zinsbarriere:

Upper Interest Barrier:]

[Der in der vorstehenden Tabelle in der Spalte "Obere Zinsbarriere" angegebene Betrag.]

[The amount set out in the table above in the column entitled "Upper Interest Barrier".]

l. [Oberer Zinsbarrierenprozensatz:

Upper Interest Barrier Percentage:]

[Der in der vorstehenden Tabelle in der Spalte "Oberer Zinsbarrierenprozensatz" angegebene Prozentsatz.]

[The percentage set out in the table above in the column entitled "Upper Interest Barrier Percentage".]

26. In dem RSSP Basisprospekt D wird in dem Abschnitt "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angabe unter 10 b. wie folgt ersetzt:

b. Festzinssatz:

[•] % [p.a.] [, der [Currency][•] je Berechnungsbetrag entspricht]

Fixed Interest Rate:

[•] per cent.[p.a.] [, equal to [Currency][•] per Calculation Amount]

27. In dem RSSP Basisprospekt A wird in dem Abschnitt "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angabe unter 10 g. wie folgt ersetzt:

g. [Zinsbarriere:

[T]	[Zinsbarriere]	Zinsbarrierenprozensatz	Zinsbewertungstag	Zinszahlungstag	[Beobachtungstag]
[•]	[•] [Jede Zinsbarriere wie im Anhang [1] in der Tabellenspalte "Zinsbarriere" angegeben.]	[•]	[•]	[•]	[•]

]				
--	---	--	--	--	--

Interest Barrier:]

[T]	[Interest Barrier]	Interest Barrier Percentage	Interest Valuation Date	Interest Payment Date	[Observation Date]
[•]	[•][Each Interest Barrier as set out in the annex [1] in the column "Interest Barrier".]	[•]	[•]	[•]	[•]

28. In dem RSSP Basisprospekt A wird in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angabe unter 10 l. wie folgt ersetzt:

l. Obere Zinsbarriere: [Nicht anwendbar] [Der in der vorstehenden Tabelle in der Spalte "Obere Zinsbarriere" angegebene Betrag.]

Upper Interest Barrier: [N/A] [The amount set out in the table above in the column entitled "Upper Interest Barrier".]

29. In dem RSSP Basisprospekt A und dem RSSP Basisprospekt C wird in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms", im Falle von RSSP Basisprospekt A die Angabe unter 12 f. und im Falle von RSSP Basisprospekt C die Angabe unter 13 f. wie folgt ersetzt:

f. [Finaler Barrierenprozentsatz:] [[•] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [•] % und [•] %.]

[Final Barrier Percentage:] [[•] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [•] % and [•] %.]

30. In dem RSSP Basisprospekt C wird in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angabe unter 11 e. wie folgt ersetzt:

e. Zinszahlungstag(e):

[T]	Zinszahlungstag	Zinsbewertungstag	[Zinsbarriere]	[Zinsbarrierenprozentsatz]
[•]	[•]	[•]	[[•] [Jede Zinsbarriere]	[•]

	[Der Letzte Zinszahlung stag ist [•].]		wie im Anhang [1] in der Tabellenspa lte "Zinsbarriere" angegeben.]]	
--	--	--	---	--

Interest Payment Date(s):

[T]	<i>Interest Payment Date</i>	<i>Interest Valuation Date</i>	[Interest Barrier]	[Interest Barrier Percentage]
[•]	[The Final Interest Payment Date is [•].]	[•]	[[•][Each Interest Barrier as set out in the annex [1] in the column "Interest Barrier".]]	[•]

31. In dem RSSP Basisprospekt A wird in dem Abschnitt "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angabe unter 12 h. wie folgt ersetzt:

h. Finaler Bewertungspreis:

Final Valuation Price:

["Averaging-out": Das arithmetische Mittel des Bewertungspreises an jedem der Averaging-out Tage.]

["Averaging-out": The arithmetic average of the Valuation Price on each of the Averaging-out Dates.]

["Min Lookback-out": Der niedrigste Bewertungspreis, der an jedem der Lookback-out Tage beobachtet wird.]

["Min Lookback-out": The minimum Valuation Price observed on each of the Lookback-out Dates.]

["Max Lookback-out": Der höchste Bewertungspreis, der an jedem der Lookback-out Tage beobachtet wird.]

["Max Lookback-out": The maximum Valuation Price observed on each of the Lookback-out Dates.]

[Der Bewertungspreis des Basiswertes am Finalen Bewertungstag.]

[The Valuation Price of the Underlying Asset on the Final Valuation Date.]

32. In dem RSSP Basisprospekt D wird in dem Abschnitt "MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angabe unter 11 f. wie folgt ersetzt:

- f. Finaler Bewertungspreis: ["Averaging-out": Das arithmetische Mittel des Bewertungspreises an jedem der Averaging-out Tage.]
Final Valuation Price: [*"Averaging-out": The arithmetic average of the Valuation Price on each of the Averaging-out Dates.*]
- ["Min Lookback-out": Der niedrigste Bewertungspreis, der an jedem der Lookback-out Tage beobachtet wird.]
["Min Lookback-out": The minimum Valuation Price observed on each of the Lookback-out Dates.]
- ["Max Lookback-out": Der höchste Bewertungspreis, der an jedem der Lookback-out Tage beobachtet wird.]
["Max Lookback-out": The maximum Valuation Price observed on each of the Lookback-out Dates.]
- [Der Bewertungspreis des Basiswertes am Finalen Bewertungstag.]
[The Valuation Price of the Underlying Asset on the Final Valuation Date.]

33. In dem RSSP Basisprospekt A werden in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angaben unter 12 k., l. und s. wie folgt ersetzt:

- k. Ausübungspreisprozensatz: [[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]
Strike Price Percentage: [[●] %] [*The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.*]
- l. [Knock-in Barrierenprozensatz:] [[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]
[Knock-in Barrier Percentage:] [[●] %] [*The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.*]
- s. [Unterer Ausübungspreisprozensatz:] [[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]
[Lower Strike Price Percentage:] [[●] %] [*The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.*]

[●] %.]

34. In dem RSSP Basisprospekt B werden in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angaben unter 10 k., q., t., v., w., y., z., aa., bb., ee. und ff. wie folgt ersetzt:

- k. [Barrierenprozentsatz: [[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]
- [Barrier Percentage: [[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- q. [Bonuslevelprozentsatz: [[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]
- [Bonus Level Percentage: [[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- t. [Höchstpreisprozentsatz: [[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]
- [Maximum Price Percentage: [[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- v. [Aufpartizipation: [[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]
- [Uparticipation: [[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- w. [Abpartizipation: [[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]
- [Dparticipation: [[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- y. [PreTriggerAufpartizipation: [[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]
- [[●] %] [The final percentage will be determined on the*

- [PreTriggerUparticipation:* *Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- z. *[PreTriggerCap:* *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*
- [PreTriggerCap:* *[[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- aa. *[PostTriggerAufpartizipation:* *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*
- [PostTriggerUparticipation:* *[[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- bb. *[PostTriggerCap:* *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*
- [PostTriggerCap:* *[[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- ee. *[Reverse Level Prozentsatz:* *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*
- [Reverse Level Percentage:* *[[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- ff. *[Reverse Cap Level Prozentsatz:* *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*
- [Reverse Level Cap Percentage:* *[[●] %] [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*

35. In dem RSSP Basisprospekt C werden in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angaben unter 12 j., k. und r. wie folgt ersetzt:

- j. Ausübungspreisprozentsatz: *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*

- Strike Price Percentage:* *[[●]]% [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- k. [Knock-in
Barrierenprozensatz:] *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*
- [Knock-in Barrier Percentage:]* *[[●]]% [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- r. [Unterer
Ausübungspreisprozensatz:] *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*
- [Lower Strike Price Percentage:]* *[[●]]% [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*

36. In dem RSSP Basisprospekt D werden in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms" die Angaben unter 11 i. und j. wie folgt ersetzt:

- i. Ausübungspreisprozensatz: *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*
- Strike Price Percentage:* *[[●]]% [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*
- j. [Knock-in
Barrierenprozensatz:] *[[●] %] [Der endgültige Prozentsatz wird am Anfänglichen Bewertungstag festgelegt und beträgt zwischen [●] % und [●] %.]*
- [Knock-in Barrier Percentage:]* *[[●]]% [The final percentage will be determined on the Initial Valuation Date and will be between [●] % and [●] %.]*

37. In dem RSSP Basisprospekt A, dem RSSP Basisprospekt B und dem RSSP Basisprospekt D wird in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms", im Falle von RSSP Basisprospekt A die Angabe unter 14 a. viii., im Falle von RSSP Basisprospekt B die Angaben unter 12 a. viii und im Falle von RSSP Basisprospekt D die Angaben unter 13 a viii wie folgt ersetzt:

- viii. Aktienanzahl: *[●] [Entfällt]*

Number of Shares: [●] [N/A]

38. In dem RSSP Basisprospekt A, dem RSSP Basisprospekt B und dem RSSP Basisprospekt D wird in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil A Wertpapierbedingungen / Part A Securities Terms", im Falle von RSSP Basisprospekt A die Angabe unter 14 b., im Falle von RSSP Basisprospekt B die Angaben unter 12 b. und im Falle von RSSP Basisprospekt D die Angaben unter 13 b wie folgt ersetzt:

- | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|
| b. Index: | [Anwendbar][Entfällt] |
| <i>Index:</i> | <i>[Applicable][N/A]</i> |
| i. Börse: | [●] [Mehrfachbörsenindex] |
| <i>Exchange:</i> | <i>[●] [Multi-exchange Index]</i> |
| ii. Verbundene Börse: | [●] [Alle Börsen] |
| <i>Related Exchange:</i> | <i>[●] [All Exchanges]</i> |
| iii. Basiswertwährung: | [●] |
| <i>Underlying Asset Currency:</i> | <i>[●]</i> |
| iv. Bloomberg Code: | [●] |
| v. Reuters Code: | [●] |
| vi. Indexsponsor: | [●] |
| <i>Index Sponsor:</i> | <i>[●]</i> |

39. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**MUSTER ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN / FORM OF FINAL TERMS**" unter "Teil B Weitere Informationen / Part B Other Information", im Falle von RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B, RSSP Basisprospekt C und RSSP Basisprospekt D die Angabe unter 6., im Falle von RSSP Basisprospekt E die Angabe unter 8., Vertrieb / Distribution "Gesamtprovision" wie folgt ersetzt:

- | | |
|---|--|
| Gesamtprovision: | [Bis zu][●] % [des Ausgabepreises][des Festgelegten Nennbetrags][der Anzahl an Wertpapieren]. Weitere Informationen sind auf Anfrage erhältlich. |
| <i>Total commission and concession:</i> | <i>[Up to][●] per cent. of the [Issue Price][Specified Denomination][Number of Securities]. Further details are available upon request.</i> |

40. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**BESTEUERUNG**" der Unterabschnitt "**4 Besteuerung in Österreich**" wie folgt ersetzt:

4 Besteuerung in Österreich

Dieser Abschnitt zur Besteuerung enthält eine kurze Zusammenfassung des Verständnisses der Emittentin betreffend einige wichtige Grundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung der Wertpapiere in der Republik Österreich bedeutsam sind. Die Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Überlegungen vollständig wiederzugeben und geht auch nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne potenzielle Anleger von Bedeutung sein können. Die folgenden Ausführungen sind genereller Natur und hierin nur zu Informationszwecken enthalten. Diese Ausführungen sollen keine rechtliche oder steuerliche Beratung darstellen und auch nicht als solche ausgelegt werden. Des Weiteren nimmt diese Zusammenfassung nur auf solche Investoren Bezug, die in Österreich der unbeschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht unterliegen. Sie basiert auf den derzeit gültigen österreichischen Steuergesetzen, der bisher ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung sowie den Richtlinien der Finanzverwaltung und deren jeweiliger Auslegung, die alle Änderungen unterliegen können. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen. Potenziellen Käufern der Wertpapiere wird empfohlen, wegen der steuerlichen Folgen des Kaufs, des Haltens sowie der Veräußerung der Wertpapiere ihre rechtlichen und steuerlichen Berater zu konsultieren. Das steuerliche Risiko aus den Wertpapieren (insbesondere aus einer allfälligen Qualifizierung als Anteil an einem ausländischen Kapitalanlagefonds im Sinne des § 188 Investmentfondsgesetz 2011 (InvFG 2011)) trägt der Käufer. Im Folgenden wird angenommen, dass die Schuldverschreibungen an einen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht unbestimmten Personenkreis angeboten werden.

Allgemeine Hinweise

Natürliche Personen, die in Österreich einen Wohnsitz und/oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Einkommensteuer in Österreich (unbeschränkte Einkommensteuerpflicht). Natürliche Personen, die weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Einkommensteuerpflicht).

Körperschaften, die in Österreich ihre Geschäftsleitung und/oder ihren Sitz haben, unterliegen mit ihrem gesamten Welteinkommen der Körperschaftsteuer in Österreich (unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht). Körperschaften, die in Österreich weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Körperschaftsteuerpflicht).

Sowohl in Fällen der unbeschränkten als auch der beschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht in Österreich kann Österreichs Besteuerungsrecht durch Doppelbesteuerungsabkommen eingeschränkt werden.

Einkommensbesteuerung von Wertpapieren

Gemäß § 27 Abs 1 Einkommensteuergesetz (EStG) gelten als Einkünfte aus Kapitalvermögen:

- Einkünfte aus der Überlassung von Kapital gemäß § 27 Abs 2 EStG, dazu gehören Dividenden und Zinsen;
- Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen gemäß § 27 Abs 3 EStG, dazu gehören Einkünfte aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern, deren Erträge Einkünfte aus der Überlassung von Kapital sind, einschließlich Einkünfte aus Nullkuponanleihen und Stückzinsen; und

- Einkünfte aus Derivaten gemäß § 27 Abs 4 EStG, dazu gehören Differenzausgleiche, Stillhalterprämien und Einkünfte aus der Veräußerung oder sonstigen Abwicklung von Termingeschäften wie Optionen, Futures und Swaps sowie sonstigen derivativen Finanzinstrumenten wie Indexzertifikaten.

Auch die Entnahme und das sonstige Ausscheiden der Wertpapiere aus einem Depot sowie Umstände, die zum Verlust des Besteuerungsrechtes der Republik Österreich im Verhältnis zu anderen Staaten führen, wie zB der Wegzug aus Österreich, gelten im Allgemeinen als Veräußerung (§ 27 Abs 6 Z 1 EStG).

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Wertpapiere in ihrem Privatvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit den Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen – das sind im Allgemeinen Einkünfte, die über eine inländische auszahlende oder depotführende Stelle ausbezahlt werden – unterliegen der Kapitalertragsteuer (KESt) von 25 %. Über den Abzug von KESt hinaus besteht keine Einkommensteuerpflicht (Endbesteuerung nach § 97 Abs 1 EStG). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen müssen in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden und unterliegen einer Besteuerung mit dem Sondersteuersatz von 25 %. In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche dem Steuersatz von 25 % unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). § 27 Abs 8 EStG sieht unter anderem folgende Beschränkungen betreffend den Verlustausgleich vor: negative Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen bzw Derivaten dürfen nicht mit Zinserträgen aus Geldeinlagen und sonstigen Forderungen bei Kreditinstituten sowie Zuwendungen von Privatstiftungen oder ausländischen Stiftungen oder sonstigen Vermögensmassen, die mit einer Privatstiftung vergleichbar sind, ausgeglichen werden; Einkünfte, die dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, dürfen nicht mit Einkünften ausgeglichen werden, die dem progressiven Einkommensteuersatz unterliegen (dies gilt auch bei Inanspruchnahme der Regelbesteuerungsoption); Verluste von Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Wertpapiere in ihrem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit den Einkünften aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen der KESt von 25 %. Während die KESt Endbesteuerungswirkung bezüglich Einkünften aus der Überlassung von Kapital entfaltet, müssen Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünfte aus Derivaten in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (nichtsdestotrotz Sondersteuersatz von 25 %). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen müssen immer in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (Sondersteuersatz von 25 %). In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche dem Steuersatz von 25 % unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). Gemäß § 6 Z 2 lit c EStG sind Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert und Verluste aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern und Derivaten iSd § 27 Abs 3 und 4 EStG, die dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, vorrangig mit positiven Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen von solchen Wirtschaftsgütern und Derivaten sowie mit Zuschreibungen solcher Wirtschaftsgüter zu verrechnen. Ein verbleibender negativer Überhang darf nur zur Hälfte ausgeglichen (und vorgetragen) werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften unterliegen mit den Zinsen aus den Wertpapieren einer Besteuerung von 25 %. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen der KESt von 25 %, die auf die Körperschaftsteuer angerechnet werden kann. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 5 EStG kommt es von vornherein nicht zum Abzug von KESt. Einkünfte aus der Veräußerung der Wertpapiere unterliegen der Körperschaftsteuer von 25 %. Verluste aus der Veräußerung der Wertpapiere sind grundsätzlich mit anderen Einkünften ausgleichsfähig (und können vorgetragen werden).

Privatstiftungen nach dem PSG, welche die Voraussetzungen des § 13 Abs 3 und 6 KStG erfüllen und die Wertpapiere nicht in einem Betriebsvermögen halten, unterliegen mit Zinsen, Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünften aus (unter anderem, verbrieften) Derivaten der Zwischenbesteuerung von 25 %. Diese entfällt in jenem Umfang, in dem im Veranlagungszeitraum KESt-pflichtige Zuwendungen an Begünstigte getätigt werden. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen grundsätzlich der KESt von 25 %, die auf die anfallende Steuer angerechnet werden kann. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 12 EStG kommt es nicht zum Abzug von KESt.

Die österreichische depotführende Stelle ist gemäß § 93 Abs 6 EStG verpflichtet, unter Einbeziehung aller bei ihr geführten Depots negative Kapitaleinkünfte automatisch mit positiven Kapitaleinkünften auszugleichen. Werden zunächst negative und zeitgleich oder später positive Einkünfte erzielt, sind die negativen Einkünfte mit diesen positiven Einkünften auszugleichen. Werden zunächst positive und später negative Einkünfte erzielt, ist die für die positiven Einkünfte einbehaltene KESt gutzuschreiben, wobei die Gutschrift höchstens 25 % der negativen Einkünfte betragen darf. In bestimmten Fällen ist kein Ausgleich möglich. Die depotführende Stelle hat dem Steuerpflichtigen eine Bescheinigung über den Verlustausgleich gesondert für jedes Depot zu erteilen.

Gemäß § 188 InvFG 2011 gilt als ausländischer Kapitalanlagefonds, ungeachtet der Rechtsform, jedes einem ausländischen Recht unterstehende Vermögen, das nach dem Gesetz, der Satzung oder der tatsächlichen Übung nach den Grundsätzen der Risikostreuung angelegt ist. Bestimmte Veranlagungsgemeinschaften, die in Immobilien investieren, sind ausgenommen. Es ist darauf hinzuweisen, dass die österreichische Finanzverwaltung in den Investmentfondsrichtlinien zur Frage der Abgrenzung von Indexzertifikaten ausländischer Anbieter einerseits und ausländischen Kapitalanlagefonds andererseits Stellung genommen hat. Danach ist ein ausländischer Kapitalanlagefonds dann nicht anzunehmen, wenn für Zwecke der Emission ein überwiegender tatsächlicher Erwerb dieser Wertpapiere durch den Emittenten oder einen allenfalls von ihm beauftragten Treuhänder unterbleibt und kein aktiv gemanagtes Vermögen vorliegt. Unmittelbar gehaltene Zertifikate gelten jedoch nicht als ausländische Kapitalanlagefonds, wenn die Wertentwicklung der Zertifikate von einem Index abhängig ist, gleichgültig ob es sich um einen anerkannten oder um einen individuell erstellten "starrten" oder jederzeit veränderbaren Index handelt. Bei Vorliegen eines ausländischen Kapitalanlagefonds wären die steuerlichen Folgen gänzlich andere als oben angeführt. § 188 InvFG 2011 wurde im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU geändert und ist anwendbar auf Geschäftsjahre von Kapitalanlagefonds, die nach dem 21. Juli 2013 beginnen; bis jetzt hat die Finanzverwaltung keine Rechtsansicht zur Interpretation dieser neuen Bestimmung bekanntgegeben.

EU-Quellensteuer

Das EU-Quellensteuergesetz (EU-QuStG) sieht – in Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen – vor, dass Zinsen, die eine inländische

Zahlstelle an einen wirtschaftlichen Eigentümer, der eine natürliche Person ist, zahlt oder zu dessen Gunsten einzieht, der EU-Quellensteuer in Höhe von 35 % unterliegen, sofern er seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der EU (oder in bestimmten abhängigen und assoziierten Gebieten, zu denen derzeit Anguilla, Aruba, die British Virgin Islands, Guernsey, die Isle of Man, Jersey, Montserrat, die Niederländischen Antillen sowie die Turks and Caicos Islands gehören) hat und keine Ausnahmen vom Quellensteuerverfahren vorliegen. Gemäß § 10 EU-QuStG ist die EU-Quellensteuer nicht zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt des Mitgliedstaats seines steuerlichen Wohnsitzes auf seinen Namen ausgestellte Bescheinigung vorlegt, die Name, Anschrift, Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen Geburtsdatum und -ort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, die Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen das Kennzeichen des Wertpapiers enthält. Eine solche Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von maximal drei Jahren.

Betreffend die Frage, ob auch Indexzertifikate der EU-Quellensteuer unterliegen, unterscheidet die österreichische Finanzverwaltung zwischen Indexzertifikaten mit und ohne Kapitalgarantie, wobei eine Kapitalgarantie bei Zusicherung der Rückzahlung eines Mindestbetrages des eingesetzten Kapitals oder auch bei der Zusicherung von Zinsen besteht. Nach einer Information des österreichischen Bundesministeriums für Finanzen sind bei Zertifikaten mit Kapitalgarantie alle im Voraus garantierten Zinsen als Zinsen im Sinne des EU-QuStG anzusehen während die Beurteilung von allen anderen nicht garantierten Erträgen von der Art des Underlyings abhängt (zB sind derartige Erträge im Falle von Aktienindizes als Basiswerte nicht als Zinsen anzusehen).

Steuerabkommen Österreich-Schweiz

Am 1. Januar 2013 trat das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt in Kraft. Dieses sieht vor, dass schweizerische Zahlstellen im Fall von in Österreich ansässigen betroffenen Personen (das sind im Wesentlichen natürliche Personen im eigenen Namen und als nutzungsberechtigte Personen von Vermögenswerten, die von einer Sitzgesellschaft gehalten werden) auf, unter anderem, Zinserträge, Dividendenerträge und Veräußerungsgewinne aus Vermögenswerten, die auf einem Konto oder Depot bei der schweizerischen Zahlstelle verbucht sind, eine der österreichischen Einkommensteuer entsprechende Steuer in Höhe von 25 % zu erheben haben. Diese Steuer hat Abgeltungswirkung, soweit das EStG für die der Steuer unterliegenden Erträge Abgeltungswirkung vorsieht. Das Steuerabkommen findet jedoch keine Anwendung auf Zinserträge, die erfasst sind von dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind. Der Steuerpflichtige hat die Möglichkeit, anstatt der Erhebung der Abgeltungssteuer zur freiwilligen Meldung zu optieren, indem er die schweizerische Zahlstelle ermächtigt, der zuständigen österreichischen Behörde die Erträge eines Kontos oder Depots zu melden, wodurch diese in die Veranlagung einbezogen werden müssen.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Österreich erhebt keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer.

Bestimmte unentgeltliche Zuwendungen an (österreichische oder ausländische) privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen unterliegen jedoch der Stiftungseingangssteuer nach dem Stiftungseingangssteuergesetz (StiftEG). Eine Steuerpflicht entsteht, wenn der Zuwendende und/oder der Erwerber im Zeitpunkt der Zuwendung einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt,

den Sitz oder den Ort der Geschäftsleitung in Österreich haben. Ausnahmen von der Steuerpflicht bestehen bezüglich Zuwendungen von Todes wegen von Kapitalvermögen im Sinn des § 27 Abs 3 und 4 EStG (ausgenommen Anteile an Kapitalgesellschaften), wenn auf die daraus bezogenen Einkünfte der besondere Steuersatz von 25 % anwendbar ist. Die Steuerbasis ist der gemeine Wert des zugewendeten Vermögens abzüglich Schulden und Lasten zum Zeitpunkt der Vermögensübertragung. Der Steuersatz beträgt generell 2,5 %, in speziellen Fällen jedoch 25 %.

Zusätzlich besteht eine Anzeigepflicht für Schenkungen von Bargeld, Kapitalforderungen, Anteilen an Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen, Betrieben, beweglichem körperlichen Vermögen und immateriellen Vermögensgegenständen. Die Anzeigepflicht besteht wenn der Geschenkgeber und/oder der Geschenknehmer einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder die Geschäftsleitung im Inland haben. Nicht alle Schenkungen sind von der Anzeigepflicht umfasst: Im Fall von Schenkungen unter Angehörigen besteht ein Schwellenwert von EUR 50.000 pro Jahr; in allen anderen Fällen ist eine Anzeige verpflichtend, wenn der gemeine Wert des geschenkten Vermögens innerhalb von fünf Jahren EUR 15.000 übersteigt. Darüber hinaus sind unentgeltliche Zuwendungen an Stiftungen iSd StiftEG wie oben beschrieben von der Anzeigepflicht ausgenommen. Eine vorsätzliche Verletzung der Anzeigepflicht kann zur Einhebung einer Strafe von bis zu 10 % des gemeinen Werts des geschenkten Vermögens führen.

Zu beachten ist außerdem noch, dass gemäß § 27 Abs 6 Z 1 EStG die unentgeltliche Übertragung der Wertpapiere den Anfall von Einkommensteuer auf Ebene des Übertragenden auslösen kann (siehe oben).

London, 23. Oktober 2013

Barclays Bank PLC, London

Durch:

Tim Varchmin

Zeichnungsberechtigter

FIRST SUPPLEMENT DATED 23 OCTOBER 2013 TO THE
FOLLOWING BASE PROSPECTUSES
(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 8 JULY 2013

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "**RSSP A SECURITIES**")

RSSP BASE PROSPECTUS B DATED 24 JULY 2013

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS B**")

RELATING TO

EQUITY LINKED NON LINEAR SECURITIES (THE "**RSSP B SECURITIES**")

RSSP BASE PROSPECTUS C DATED 25 JULY 2013

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS C**")

RELATING TO

COMMODITY LINKED AUTOCALL AND REVERSE CONVERTIBLE OR WORST-OF REVERSE CONVERTIBLE SECURITIES
(THE "**RSSP C SECURITIES**")

RSSP BASE PROSPECTUS D DATED 25 JULY 2013

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS D**")

RELATING TO

REVERSE CONVERTIBLE EQUITY LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "**RSSP D SECURITIES**")

AND

RSSP BASE PROSPECTUS E DATED 4 JULY 2013

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS E")

RELATING TO

FIXED RATE INTEREST, FLOATING RATE INTEREST, INFLATION LINKED INTEREST AND ZERO COUPON SECURITIES

(THE "RSSP E SECURITIES")

(THE RSSP A SECURITIES, THE RSSP B SECURITIES, THE RSSP C SECURITIES, THE RSSP D SECURITIES AND THE RSSP E SECURITIES, THE "SECURITIES")

The following non-binding English language translation of the foregoing German language content of the supplement dated 14. October 2013 to the RSSP Base Prospectus A dated 8 July 2013, RSSP Base Prospectus B dated 24 July 2013, RSSP Base Prospectus C dated 25 July 2013, RSSP Base Prospectus D dated 25 July 2013 and RSSP Base Prospectus E dated 4 July 2013 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 14. Oktober 2013 zum RSSP Basisprospekt A vom 8. Juli 2013, RSSP Basisprospekt B vom 24. Juli 2013, RSSP Basisprospekt C vom 25. Juli 2013, RSSP Basisprospekt D vom 25. Juli 2013 and Basisprospekt E vom 4. Juli 2013 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.

The circumstances giving rise to this Supplement are:

- (i) the update of the Base Prospectuses with respect to an announcement by the Issuer of the retirement of Chris Lucas as Group Finance Director and the appointment of Tushar Morzaria as an Executive Director which was published on 16 August 2013 as well as the appointment of Fritts van Paaschen as Non-Executive Director;
- (ii) the update of the Base Prospectuses with respect to the combination of the majority of its Africa operations with Absa Group Limited which was completed on 31 July 2013;
- (iii) the update the Base Prospectuses with respect to the announcement by the Prudential Regulation Authority (PRA) of the results of an exercise it carried out to evaluate the capital position as at 30 July 2013;
- (iv) the update of the Base Prospectuses with respect to the publication of the final report on the UK Banking sector by the Parliamentary Commission on Banking Standards (PCBS) as at 19 June 2013;
- (v) the update of the Base Prospectuses with respect to the entrance of confidentiality agreements as well as a tolling agreement on 1 February 2013 with the coalition of attorneys general in connection with the settlements with the FCA concerning LIBOR (the tolling agreement covers conduct related to LIBOR and is not linked to just the FCA settlement.);
- (vi) the update of the Base Prospectuses with respect to additional provisions for redress in connection with Interest Rate Hedging Products as at 30 June 2013;
- (vii) the update of the Base Prospectuses with respect to the provisions for redress in connection with Payment Protection Insurance as at 30 June 2013;
- (viii) the update of the Base Prospectuses with respect to the issuance of the Order Assessing Civil Penalties as at 16 July 2013;
- (ix) the update of the Base Prospectuses with respect to new information regarding the investigations in the CDS market as at 1 July 2013;
- (x) the update of the Base Prospectuses with respect to the announcement by the FCA concerning the preliminary findings as at 27 June 2013;
- (xi) the update of the Base Prospectuses with respect to the announcements by the Trustee as at 7 June 2013 and 2 July 2013 as well as the payment made by the Trustee as at 16 July 2013 and its effect by 30 June 2013 in connection with the legal proceedings in respect of Lehman Brothers;
- (xii) the update of the Base Prospectuses with respect to the decision of the Court of Appeal in connection with the legal proceedings regarding "Devonshire Trust" delivered on 26 July 2013;
- (xiii) the update of the Base Prospectuses with respect to recent developments in LIBOR Civil Actions as at 12 July 2013;
- (xiv) the update of the Base Prospectuses with respect to the unaudited Interim Results 2013 of Barclays PLC and the Issuer for the six months ended 30 June 2013 which were published on 30 July 2013;
- (xv) the update of the Base Prospectuses with respect to the decision of the Second Circuit dated 19 August 2013 regarding preferred stock ADS;
- (xvi) the update of the Base Prospectuses with respect to the announcement of the FCA dated 22 August 2013 regarding Card Protection Plan Limited;

(xvii) the update of the Base Prospectuses with respect to the decision of the District Court dated 23 August 2013 regarding the civil actions in respect of LIBOR;

(xviii) the update of the Base Prospectuses with respect to the information of Barclays by the United States Attorney's Office on 6 September 2013, that such office is looking at the same conduct at issue in the FERC matter;

(xix) the update of the Base Prospectuses with respect to the warning notices issued by the FCA on 13 September 2013; and

(xx) the determination of certain material mistakes after the approval of the Base Prospectuses.

In addition, spelling mistakes have been corrected within the scope of this Supplement.

1. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus A, the RSSP Base Prospectus B and the RSSP Base Prospectus D in the section "RISK FACTORS", in the subsection "5 Risks associated with specific Underlying Assets" in item 5.1 the first paragraph under the heading "*Share specific risks*" – "*Physical delivery*" shall be replaced as follows:

The Securities may include the right of the Issuer to redeem the Securities by delivering common shares, ADRs, GDRs or shares in the ETF or profit participation certificates (*Genussscheine*) to the investors rather than a cash amount. The investor will therefore be exposed to the issuer of such common shares or shares underlying the ADRs or GDRs (as well as the custodian holding such shares), the ETF or profit participation certificates (*Genussscheine*) and the risks associated with such assets to be delivered. Investors should not assume they will be able to sell such delivered assets for a specific price after the redemption of the Securities and, under certain circumstances the delivered assets may have a very low value and may be worth zero. The investor may also be subject to documentary or stamp taxes and/or other charges in relation to the delivery and/or disposal of such assets.

2. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, the subsection "6 Risks associated with the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Securities" shall be replaced as follows:

6 Risks associated with the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Securities

6.1 *Investors in Securities are exposed to the creditworthiness of the Issuer*

The Securities are direct, unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer and will rank equally among themselves. Any payments to be made by the Issuer under the Securities are dependent upon the Issuer's ability to fulfil its obligations when they fall due. Investors are therefore exposed to the creditworthiness of the Issuer and any deterioration in the Issuer's creditworthiness or perceived creditworthiness (whether measured by actual or anticipated changes in the credit ratings of the Issuer) may adversely affect the value of the Securities.

The Issuer is a major, global financial services company and, as such, faces a variety of risks that are substantial and inherent in its businesses, and which may affect its ability to fulfil its payment, delivery or other obligations under the relevant Securities. The following information describes the material risks which the Issuer believes could cause its future results of operations, financial condition and prospects to differ materially from current expectations. Certain of the risks below also have the potential to adversely impact the Issuer's reputation and brand which could in turn adversely affect the Issuer's results of its operations, financial condition and prospects.

6.2 *Business conditions and the general economy*

The Issuer offers a very broad range of services to personal and institutional customers, including governments. The Group has significant activities in a large number of countries. Consequently, there are many ways in which changes in business conditions and the economy in a single country or region or globally can adversely impact profitability, whether at the level of the Group, the individual business units or specific countries of operation.

During 2012, the economic environment in the Issuer's main markets was marked by generally weak or negative growth (as measured by GDP), which affected business, consumer and investor confidence across these regions. Economic performance in the near term remains uncertain and is expected to be subdued, which may in some cases lead to material adverse impacts on the Group's operations,

financial condition and prospects, through, for example, changes in credit ratings, share price and solvency of counterparties, as well as higher levels of impairment and default rates, lower revenues and higher costs. A summary of the performance for each main geographical area is as follows:

- in the UK, the economy grew by 0.2% in 2012, but negative growth in the fourth quarter has led to expectations of another difficult year in 2013. The potential for persistent unemployment, higher interest rates and rising inflation may increase the pressure on disposable incomes and affect an individual's ability to service debt with the potential to adversely impact performance in the Group's retail sector.
- although US economic performance in 2012 was largely positive, with growth slightly above 2%, US economic growth remained muted. Moreover, the unemployment rate remained historically high and the risk of a failure of government leaders to reach a more lasting fiscal agreement remains, both of which increase uncertainty and contribute to a lack of business, consumer and investor confidence and thus adversely affect the Group's US business operations.
- the Eurozone saw negative growth during 2012 as it was impacted by the ongoing sovereign debt crisis. Credit conditions have remained weak and a depressed housing sector, high unemployment (especially acute amongst the under-30 year old population), contracting GDP and high government deficits may in the near term continue to adversely affect the Group's business operations in this region.
- while South Africa experienced moderate economic growth in 2012, the housing sector showed some weakness towards the end of the year leading to uncertainty in the performance of the Absa business in the near term.

For further information on specific risks to the Issuer's business relating to a potential economic downturn and the continuing Eurozone crisis, see below under "credit risk".

6.3 Credit risk

Credit risk is the risk of the Group suffering financial loss if any of its customers, clients or market counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group.

The credit risk that the Group faces arises mainly from wholesale and retail loans and advances together with the counterparty credit risk arising from derivative contracts entered into with its clients. Other sources of credit risk arise from trading activities, including: debt securities; settlement balances with market counterparties; available for sale investments; and reverse repurchase agreements. It can also arise when an entity's credit rating is downgraded, leading to a fall in the value of the Group's investment. In addition, the Group may incur significant unrealised gains or losses due solely to changes in the Group's credit spreads or those of third parties, as these changes may affect the fair value of the Group's derivative instruments and the debt securities that the Group holds or issues, or any loans held at fair value.

An economic downturn

The Group's results, financial condition and liquidity may continue to be adversely affected by the uncertainty around the global economy and the economies of certain areas where the Group has

operations. The Group's performance is at risk from any deterioration in the economic environment which may result from a number of uncertainties, including most significantly the following factors:

(i) Extent and sustainability of economic recovery, including impact of austerity measures on the European economies

The threat of weaker economies and/or slowing of monetary stimulus in one or more countries in which the Group operates could lead to higher levels of unemployment, rising inflation, potentially higher interest rates and falling property prices. Any deterioration in global economic conditions could have an adverse impact on the credit quality of the Group's customers and counterparties and could lead to a reduction in recoverability and value of the Group's assets resulting in a requirement to increase the Group's level of impairment allowance.

Growth rates in the UK, US, Europe and South Africa continue to have implications for the Issuer's portfolios. Rising unemployment and higher interest rates would reduce debt service ability in the retail sector with a knock-on effect on corporate credit. The implementation of austerity measures to address high levels of public debt has negatively impacted economic growth and led to rising unemployment in some European countries. The monetary, interest rate and other policies of central banks and regulatory authorities may also have a significant adverse effect on a number of countries in which the Group operates.

(ii) Increase in unemployment due to weaker economies in a number of countries in which the Group operates

Unemployment rates in a number of countries in which the Group operates remain high by historical standards. As customers' ability to service their debt is particularly sensitive to their employment status, any increase in unemployment rates could lead to an increase in delinquency and default rates, particularly in credit cards and unsecured loan portfolios, which may, in turn, lead to a requirement to increase the Group's impairment allowances in the retail sector. Any increase in impairment or higher charge-off to recovery and write-offs could have a material adverse effect on the Group's results, financial condition and capital position.

(iii) Impact of rising inflation and potential interest rate rises on consumer debt affordability and corporate profitability

Rising inflation resulting from central bank monetary policies or other factors, coupled with the potential for rising interest rates in response, could have significant adverse effects on both economic growth prospects and the ability of consumers and the corporate sector to service existing debt levels. Consumer debt affordability is sensitive to interest rates and so any rise, or series of increases, may lead to a significant rise in the Group's impairment charges, particularly in unsecured products, such as credit cards and personal loans, and adversely impact the Group's performance in a similar way to higher unemployment levels described above.

(iv) Possibility of further falls in residential property prices in the UK, South Africa and Western Europe

The Group has a significant UK home loan portfolio and therefore has a large exposure to adverse developments in the UK property sector. While arrears have remained steady and impairment modest in the Group's UK property book, the UK housing sector remains relatively weak, despite continuing low

interest rates. This weakness may contribute to further impairment in the near term resulting from a deterioration in house prices due to reduced affordability as a result of, for example, higher interest rates or increased unemployment.

Specifically, the UK interest only home loan portfolio remains more susceptible to weak property prices as these loans mature and customers are required to repay the entire principal outstanding at a time when the loan to value may be high.

The UK Commercial Real Estate sector also remains at risk from deterioration in the housing sector which may affect customer confidence levels causing further adverse movements in real estate. This may result in higher levels of default rates in the corporate sector leading to higher impairment charges and write-offs by the Group.

The Spanish and Portuguese economies, in particular their housing and property sectors, remain under significant stress with falling property prices having led to higher LTV ratios during 2012 and contributing to higher impairment charges. These increases were principally driven by:

- negative house price movements which have reduced market demand and mortgage supply with the result that a customer's ability to sell has reduced and the likelihood of repossessions has increased. Also loss on default has increased due to lower amounts being realised from the sale of properties in a distressed market; and
- customers' behaviour and a reduced willingness to pay as a result of their perception of a lower equity stake.

If these trends in Spain and Portugal continue or worsen and/or if these developments occur in other European countries such as Italy in which the Group has particular exposure to residential mortgages outside the UK, the Group may incur significant impairment charges in the future, which may materially adversely affect the Group's results of operations and financial condition.

Throughout 2012 the South African housing sector was depressed reflecting a weak economy and uncertain outlook. There is concern that unsecured personal debt levels are becoming very high. If the economic environment worsens and becomes subject to further stress this could adversely affect the Group's performance in the home loan, unsecured loan, auto and credit card portfolios. In Absa Business Markets, the corporate property book remains sensitive to property prices, with reductions potentially leading to increased impairment charges.

The Eurozone crisis

The Group's performance may be materially adversely affected by the actual or perceived increase in the risk of default on the sovereign debt of certain European countries, the stresses currently being exerted on the financial system within the Eurozone, and the risk that one or more countries may exit the Euro.

(i) Impact of potentially deteriorating sovereign credit quality, particularly debt servicing and refinancing capability

Concerns in the market about credit risk (including that of sovereign states) and the Eurozone crisis remain high. The large sovereign debts and/or fiscal deficits of a number of European countries and the sustainability of austerity programmes they have introduced have raised concerns regarding the

financial condition of some sovereign states as well as financial institutions, insurers and other corporates that are: i) located in these countries; ii) have direct or indirect exposure to these countries (both to sovereign and private sector debt) and/or iii) whose banks, counterparties, custodians, customers, service providers, sources of funding and/or suppliers have direct or indirect exposure to these countries.

The default, or a further decline in the credit rating, of one or more sovereigns or financial institutions could cause severe stress in the financial system generally and could adversely affect the markets in which the Group operates, its businesses and the financial condition and prospects of the Group and that of its counterparties, customers, suppliers or creditors, directly or indirectly, in ways which it is difficult to predict.

(ii) Potential exit of one or more countries from the Euro as a result of the European debt crisis

An exit of one or more countries from the Eurozone may adversely impact the Group's profitability in a number of ways. Risks associated with a potential partial break-up of the Euro area include:

- direct risk arising from sovereign default of an exiting country and the impact on the economy of, and the Group's counterparties in, that country;
- indirect risk arising from the subsequent impact on the economy of, and the Group's counterparties in, other Eurozone countries;
- indirect risk arising from credit derivatives that reference Eurozone sovereign debt;
- direct redenomination risk on the potential mismatch in the currency of the assets and liabilities on balance sheets of the Group's local operations in countries in the Eurozone;
- the introduction of capital controls or new currencies by any such existing countries; and
- significant effects on existing contractual relations and the fulfilment of obligations by the Group and/or its customers.

Although the Group continues to actively reduce the aggregate net funding mismatch in local balance sheets of its Western European businesses, there can be no assurance that the steps taken by the Group to actively match local external assets with local external liabilities will be fully successful.

Furthermore the departure from and/or the abandonment of the Euro by one or more Eurozone countries could lead to significant negative effects on both existing contractual relations and the fulfilment of obligations by the Group and/or its customers, which would have a negative impact on the activity, operating results, capital position and financial condition of the Group. An exit by a country from the Euro may also adversely affect the economic performance of that country, impacting areas such as interest and unemployment rates, which in turn may adversely affect the Issuer's retail and wholesale counterparties' (including a country's government or its agencies) solvency and their ability to service their debts. This may lead to additional impairment or a reduction in value of the Group's credit assets in that country, which would adversely impact the Group's profitability.

The current absence of a predetermined mechanism for a member state to exit the Euro means that it is not possible to predict the outcome of such an event and to accurately quantify the impact of such an event on the Group's profitability, liquidity and capital.

Specific sectors/geographies

The Group is subject to risks arising from changes in credit quality and recovery of loans and advances due from borrowers and counterparties from a specific portfolio, geography or large individual names remain. Any deterioration in credit quality would lead to lower recoverability and higher impairment in a specific sector, geography or specific large counterparties.

(i) Possible deterioration in Credit Market Exposures

The Investment Bank holds certain exposures to credit market assets notably relating to commercial real estate and leveraged finance loans. These exposures (i) remain illiquid; (ii) are valued based upon assumptions, judgements and estimates which may change over time; and (iii) may be subject to further deterioration and write downs. Corporate Banking also holds a portfolio of longer term loans on a fair value basis, which are similarly subject to market movements and which may therefore give rise to losses.

(ii) Potential liquidity shortages increasing counterparty risks

The Group's ability to enter into its normal funding arrangements could be materially affected by the actions and commercial soundness of other financial institutions. The Group has exposure to many different industries and counterparties and should funding capacity in either the wholesale markets or central bank operations change significantly, liquidity shortages could result, which may lead to increased counterparty risk with other financial institutions. This could also have an impact on refinancing risks in the corporate and retail sectors. The performance of the Group remains at risk from a material liquidity shortage.

(iii) Large single name losses

In the ordinary course of the Group's loan business, the Group has large individual exposures to individual single name counterparties. The Group is accordingly exposed to the credit risk of such counterparties in the event of their default of their obligations to the Group. If such defaults occur, they may have a significant impact on the impairment charge particularly in the Investment Bank and the larger business book in Corporate Banking. In addition, where such counterparty risk has been mitigated by taking collateral, the Group's credit risk may remain high if the collateral the Group holds cannot be realised or has to be liquidated at prices which are insufficient to recover the full amount of the Group's loan or derivative exposure.

6.4 Market Risk

The Issuer is at risk from its earnings or capital being reduced due to:

- traded market risk (arising where the Group supports customer activity primarily via the Investment Bank) is the risk of the Group being impacted by changes in the level or volatility of positions in its trading books. This includes changes in interest rates, inflation rates, credit spreads, property prices, commodity prices, equity and bond prices and foreign exchange levels;
- non-traded market risk (arising where the Group supports customer products primarily in the retail bank) is the risk of the Group being unable to hedge its banking book balance sheet at prevailing market levels; and

- pension risk (arising where the investment profile is reviewed versus the defined benefit scheme) is the risk of the Group's defined benefit obligations increasing or the value of the assets backing these defined benefit obligations decreasing due to changes in both the level and volatility of prices.

Specific areas and scenarios where market risk could lead to significantly lower revenues and adversely affect the Issuer's operating results in future years include:

(i) Reduced client activity and decreased market liquidity

The Investment Bank business model is focused on client intermediation. A significant reduction in client volumes or market liquidity could result in lower fees and commission income and a longer time period between executing a client trade, closing out a hedge, or exiting a position arising from that trade. Longer holding periods in times of higher volatility could lead to revenue volatility caused by price changes. Such conditions could adversely impact the Group's financial results in future periods.

(ii) Uncertain interest rate environment

Interest rate volatility can impact the Issuer's net interest margin, which is the interest rate spread realised between lending and borrowing costs. The potential for future volatility and margin changes remains, and it is difficult to predict with any accuracy changes in absolute interest rate levels, yield curves and spreads. Rate changes, to the extent they are not neutralised by hedging programmes, may have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

(iii) Pension fund risk

Adverse movements between pension assets and liabilities for defined benefit pension schemes contribute to a pension deficit. The key sensitivities are the discount rate and long term inflation assumptions made in determining the defined benefit obligation. The discount rate is derived from yields of corporate bonds with AA-ratings and consequently includes exposure both to risk-free yields and credit spreads. The Issuer's defined benefit pension net position has been adversely affected, and could be adversely affected again, by decreases in discount rate or an increase in long term inflation assumptions.

6.5 Funding risk

Funding risk is the risk that the Group is unable to achieve its business plans due to:

- Capital risk: the risk that the Group is unable to maintain appropriate capital ratios which could lead to an inability to support business activity, a failure to meet regulatory requirements, and/or changes to credit ratings, which could also result in increased costs or reduced capacity to raise funding;
- Liquidity risk: the risk that the Group is unable to meet its obligations as they fall due resulting in an inability to support normal business activity, a failure to meet liquidity regulatory requirements and/or changes to credit ratings; and
- Structural risk: this risk predominantly arises from the impact on the Group's balance sheet of changes in interest rates or foreign exchange rates and is, therefore, difficult to predict with any

accuracy and may have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

(i) Increasing capital requirements

There are a number of regulatory developments that impact capital requirements. Most significantly, Basel 3 has been adopted into EU law through the fourth Capital Requirements Directive (CRD IV) and the Capital Requirements Regulation (CRR). Additional capital requirements may also arise as a result of final outcomes in respect of a number of Bank structural reform initiatives, including the UK Independent Commission on Banking, the Liikanen Report and section 165 of the Dodd-Frank Act. For more information see "Operational Risk - Legal and Regulatory Related Risks" below.

Increased capital requirements and changes to what is defined to constitute capital may constrain the Group's planned activities and could increase costs and contribute to adverse impacts on the Group's earnings. Such requirements are also expected to change the legal entity structure of the Group and could impact decisions on where capital and funding is raised and deployed within the Group. During periods of market dislocation, increasing the Group's capital resources in order to meet targets may prove more difficult or costly.

(ii) Maintaining capital strength

A material adverse deterioration in the Group's financial performance can affect the Group's capacity to support further capital deployment.

(iii) Changes in funding availability and costs

Market liquidity and the availability and cost of customer deposits and wholesale funding impacts the Group's ability to meet its obligations as they fall due, support normal business activity and meet liquidity regulatory requirements. Large unexpected outflows, for example from customer withdrawals, ratings downgrades or loan drawdowns, could also result in forced reduction in the balance sheet, inability to fulfil lending obligations and a failure to meet liquidity regulatory requirements.

(iv) Downgrade in credit ratings

Credit ratings affect the cost and other terms upon which the Group is able to obtain funding. Rating agencies regularly evaluate the Group and certain of its subsidiaries, as well as their respective debt securities. Their ratings are based on a number of factors, including their assessment of the relative financial strength of the Group or of the relevant entity, as well as conditions affecting the financial services industry generally and there can be no assurance that the rating agencies will maintain the Group's or the relevant entity's current ratings or outlook, especially in light of the difficulties in the financial services industry and the financial markets.

Credit rating downgrades could also result in contractual outflows to meet collateral requirements on existing contracts and potential loss of unsecured funding.

(v) *Local balance sheet management and redenomination risk*

The introduction of capital controls or new currencies by countries (for example in the Eurozone) to mitigate recent stresses could have an adverse impact on the performance of local balance sheets of certain Group companies depending on the asset quality, types of collateral and mix of liabilities.

6.6 Operational risk

Operational risk is the risk of direct or indirect impacts resulting from human factors, inadequate or failed internal processes and systems or external events. The Group is exposed to many types of operational risk, including fraudulent and other criminal activities (both internal and external), the risk of breakdowns in processes, controls or procedures (or their inadequacy relative to the size and scope of the Group's business) and systems failure or non-availability. The Group is also subject to the risk of disruption of its business arising from events that are wholly or partially beyond its control (for example natural disasters, acts of terrorism, epidemics and transport or utility failures) which may give rise to losses or reductions in service to customers and/or economic loss to the Group. The operational risks that the Group is exposed to could change rapidly and there is no guarantee that the Group's processes, controls, procedures and systems are sufficient to address, or could adapt promptly to, such changing risks. All of these risks are also applicable where the Group relies on outside suppliers or vendors to provide services to it and its customers.

Legal and regulatory related risks

(i) *Legal risk*

The Group is subject to a comprehensive range of legal obligations in all countries in which it operates and so is exposed to many forms of legal risk, including that: (i) business may not be conducted in accordance with applicable laws in the relevant jurisdictions around the world and financial and other penalties may result; (ii) contractual obligations may either not be enforceable as intended or may be enforced in a way adverse to the Group; (iii) intellectual property may not be adequately protected and the Group may use intellectual property which infringes, or is alleged to infringe, the rights of third parties; and (iv) liability for damages may be incurred to third parties harmed by the conduct of the Group's business. The Group also faces regulatory and other investigations in various jurisdictions, including in the US. Like many other financial institutions, the Group has come under greater regulatory scrutiny in recent years and expects that environment to continue.

Key legal proceedings to which the Group was exposed during 2012 and continues to be exposed include those relating to:

- Lehman Brothers;
- certain series of preference shares issued in the form of American Depositary Shares;
- US Federal Housing Finance Agency and other residential mortgage backed securities;
- Devonshire Trust; and
- London Interbank Offered Rates (“LIBOR”) and other benchmarks civil actions.

The outcome of each of these legal proceedings (and any proceedings that may be brought in the future) is difficult to predict. However, it is likely that the Group will incur significant expense in connection with these matters and one or more of them could expose the Group to any of the following: substantial monetary damages; other penalties and injunctive relief; potential regulatory fines and restrictions on the Group's business; and/or negative effect on the Group's reputation. See "Legal Proceedings" below for further details on these matters. An adverse decision in any one matter, either against Barclays PLC, the Bank or another bank facing similar claims, could lead to further claims.

A description of the risks associated with key regulatory and other investigations or proceedings affecting the Issuer during 2012 and which are ongoing is set out below:

- Interchange investigations: The key risks arising from the investigations into Visa and MasterCard credit and debit interchange rates comprise the potential for fines imposed by competition authorities, litigation and proposals for new legislation. The Group may be required to pay fines or damages and could be affected by legislation amending interchange rules. It is not currently possible to predict the likelihood or potential financial impact of these risks;
- Investigations into LIBOR, ISDAfix and other Benchmarks: The risks associated with investigations by various authorities into submissions made by the Issuer and other panel members to the bodies that set various interbank offered rates include: the potential for financial penalties imposed by governmental authorities, including further financial penalties imposed in addition to those assessed in 2012; the pending and potential additional civil litigation; damage to the Issuer's reputation; the potential for criminal prosecution should the Issuer violate the terms of its non-prosecution agreement with the US Department of Justice Fraud Section; and potential further regulatory enforcement action should the Issuer fail to comply with the Cease and Desist Order entered against it by the Commodity Futures Trading Commission (CFTC);
- Interest Rate Hedging Products: As at 31 December 2012, the Issuer recognized a provision of £850 million for future redress to customers categorised as non-sophisticated, reflecting management's best estimate of future redress to customers categorised as non-sophisticated and related costs. During the first half of 2013, additional cases were reviewed providing a larger and more representative sample upon which to base the Issuer's provision. As a result, an additional provision of £650 million was recognised as at 30 June 2013, bringing the cumulative expense to £1,500 million. No provision has been recognised in relation to claims from retail clients or private customers categorised as sophisticated, which are not covered by the redress exercise, or incremental consequential loss claims from customers categorised as non-sophisticated. These will be monitored and future provisions will be recognised to the extent an obligation resulting in a probable outflow is identified.
- Federal Energy Regulatory Commission (FERC) investigation: The Issuer may be required to pay a civil penalty and profit disgorgement plus interest, and could incur damage to its reputation, if it is found to have violated the FERC's Anti-Manipulation Rule in connection with the Issuer's power trading in the western US with respect to the period from late 2006 to 2008; In September 2013, the Bank was contacted by the criminal division of the United States

Attorney's Office in the Southern District of New York and advised that such office is looking at the same conduct at issue in the FERC matter;

- Investigations into Certain Agreements: The FCA has investigated certain agreements, including two advisory services agreements entered into by the Issuer with Qatar Holding LLC (“**Qatar Holding**”) in June and October 2008 respectively, and whether these may have related to the Issuer's capital raisings in June and November 2008.

The FCA issued warning notices (the “**Warning Notices**”) against Barclays PLC and the Bank on 13 September 2013.

The existence of the advisory services agreement entered into in June 2008 was disclosed but the entry into the advisory services agreement in October 2008 and the fees payable under both agreements, which amount to a total of £322 million payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the capital raisings in June and November 2008. While the Warning Notices consider that Barclays PLC and the Issuer believed at the time that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from the agreements, they state that the primary purpose of the agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the capital raisings. The Warning Notices conclude that Barclays PLC and the Issuer were in breach of certain disclosure-related Listing Rules and Barclays PLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of Barclays PLC's shares). In this regard, the FCA considers that Barclays PLC and the Issuer acted recklessly. The financial penalty in the Warning Notices against the Group is £50 million. However, Barclays PLC and the Issuer continue to contest the findings.

The Serious Fraud Office is investigating the same agreements. Its investigation is at an earlier stage and the Group has received and continues to respond to requests for further information.

The DOJ and the SEC are undertaking an investigation into whether the Group's relationships with third parties who assist the Issuer to win or retain business are compliant with the United States Foreign Corrupt Practices Act. They are also investigating the agreements referred to above including the two advisory services agreements. The US Federal Reserve has requested to be kept informed of these matters.

It is not possible to estimate the full impact on the Group if the final conclusion of these matters is adverse.

- Final adverse findings would result in financial penalties, reputational impact and/or (if further action is taken by UK or US prosecutors) possible criminal liability, with a consequential risk of impact on securities prices and possible consequential civil litigation, and no assurance can be given as to the civil, criminal or regulatory consequences or their financial impact, if any, before final conclusions are reached by the authorities in the ongoing investigations.

In addition, in 2013 both the European Commission and the DOJ-AD have commenced investigations in the CDS market (in 2011 and 2009, respectively). On 1 July 2013, the European Commission addressed a Statement of Objections to the Issuer and 12 other Banks, Markit and ISDA. The case relates to concerns that certain banks took collective action to delay and prevent the emergence of exchange

traded credit derivative products. If the European Commission does reach a decision in this matter it has indicated that it needs to impose sanctions. The European Commission's sanctions can include fines. The DOJ-AD's investigation is a civil investigation and relates to similar issues. Putative class actions alleging similar issues have also been filed in the US. The timing of these cases is uncertain and it is not possible to provide an estimate of the potential financial impact of this matter on the Issuer.

See "Operational Risk – Regulatory Risk" and "Competition and Regulatory Matters" below for further details on these matters.

(ii) Regulatory risk

Regulatory risk arises from a failure or inability to comply fully with the laws, regulations or codes applicable specifically to the financial services industry which are currently subject to significant changes and an increased level of scrutiny. Non-compliance could lead to fines, public reprimands, damage to reputation, increased prudential requirements, enforced suspension of operations or, in extreme cases, withdrawal of authorisations to operate. Non-compliance may also lead to costs relating to investigations and remediation of affected customers. The latter may exceed the direct costs of regulatory enforcement actions. In addition, reputational damage may lead to a reduction in franchise value.

Regulatory change

The banking industry continues to be subject to unprecedented levels of regulatory change and scrutiny in many of the countries in which the Group operates. This has led to a more intensive approach to supervision and oversight, increased expectations and enhanced requirements, including with regard to: (i) capital, liquidity and leverage requirements (for example arising from Basel III and CRD IV); (ii) structural reform and recovery and resolution planning; (iii) market infrastructure reforms such as centralised clearing of over-the-counter (OTC) derivatives; and (iv) the adequacy of controls around its businesses in many jurisdictions. Globally systemic banks, such as the Issuer, will be subject to particular scrutiny. In particular, in the United Kingdom the Prudential Regulatory Authority (PRA) and Financial Conduct Authority (FCA) took over from the Financial Services Authority in April 2013 and the new authorities have enhanced powers and more focused regulatory mandates and objectives. In addition, the Financial Policy Committee (FPC) of the Bank of England has a powerful influence on the conduct of the new regulatory bodies and powers to raise capital requirements for the sector.

Significant challenges are also anticipated in the United States following the implementation of the Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act 2010 (DFA), including restrictions on proprietary trading and fund-related activities (the so-called "Volcker Rule"). Some of the impacts of the DFA extend beyond the United States. The full scale of the DFA's impact on the Group remains unclear because the rules required to implement many of the provisions of DFA continue to be subject to rulemaking and will take effect over several years. As a result, regulatory risk will continue to focus senior management attention and consume significant levels of business resource. Furthermore, uncertainty and the extent of international regulatory coordination as enhanced supervisory standards are developed and implemented may adversely affect the Issuer's ability to engage in effective business, capital and risk management planning and/or may result in the Group deciding to modify its legal entity structure, capital and funding structures and business mix.

Implementation of Basel 3 / CRD IV

The Basel Committee on Banking Supervision (the "**Basel Committee**") has proposed a number of fundamental reforms to the prudential regulatory framework for internationally active banks. The capital requirements regulation and capital requirements directive that implement Basel 3 within the EU (collectively known as CRD IV) include significant developments in the prudential regulatory regime including: increased minimum capital ratios; changes to the definition of capital and the calculation of risk weighted assets; and the introduction of new measures relating to leverage, liquidity and funding. The CRD IV rules were published in the Official Journal of the European Union on 27 June 2013, the Capital Requirements Directive is required to be implemented by Member States by 31 December 2013 and the Regulation shall apply directly in the Member States from 1 January 2014, in each case, with certain exceptions.

The introduction of related binding technical standards by the European Banking Authority and/or interpretation of CRD IV rules by the PRA (including pursuant to CP 5/13 published in August 2013) may alter the stated approach of the UK regulator to the adoption of CRD IV in the United Kingdom with the result that individually and/or in aggregate such changes may materially negatively affect the Issuer's CRD IV capital, leverage, liquidity and funding ratios.

Recovery and resolution plans

There continues to be a strong regulatory focus on resolvability from both UK and international regulators. The Group continues to work with the authorities on recovery and resolution plans ("**RRP**") and the detailed practicalities of the resolution process. This includes the provision of information that would be required in the event of a resolution, in order to enhance the Issuer's resolvability. The Group made its first formal RRP submissions to the UK and US regulators in mid-2012 and has continued to work with the authorities to identify and address any impediments to resolvability.

Should the authorities decide that the Issuer is not resolvable they have the ability to demand that the Group is broken into sections that are deemed resolvable. The impact of such structural changes could impact capital, liquidity and leverage ratios, due to reduced benefits of diversification, as well as the overall profitability, via duplicated infrastructure costs, lost cross-rate revenues and additional funding costs.

Regulatory action in the event of a bank failure

The UK Banking Act 2009 (the "**Banking Act**") provides for a regime (the "**resolution regime**") to allow the Bank of England (or, in certain circumstances, UK HM Treasury (the "**UK Treasury**")) to resolve failing banks in the UK, in consultation with the PRA and UK Treasury as appropriate. Under the Banking Act, these authorities are given powers, including (a) the power to make share transfer orders pursuant to which all or some of the securities issued by a UK bank may be transferred to a commercial purchaser or the UK government; and (b) the power to transfer all or some of the property, rights and liabilities of a UK bank to a commercial purchaser or Bank of England entity. A share transfer order can extend to a wide range of securities including shares and bonds issued by a UK bank (including the Bank) or its holding company (Barclays PLC) and warrants for such shares and bonds. From 1 April 2013, certain of these powers will be extended to companies within the same group as a UK bank. The Banking Act also gives the authorities powers to override events of default or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers. The Banking Act powers apply regardless of any

contractual restrictions and compensation may be payable in the context of both share transfer orders and property appropriation.

The Banking Act also gives the Bank of England the power to override, vary or impose contractual obligations between a UK bank, its holding company and its group undertakings for reasonable consideration, in order to enable any transferee or successor bank to operate effectively. There is also power for the UK Treasury to amend the law (excluding provisions made by or under the Banking Act) for the purpose of enabling it to use the regime powers effectively, potentially with retrospective effect. In addition, the Banking Act gives the Bank of England statutory responsibility for financial stability in the UK and for the oversight of payment systems.

The Banking Act may be amended and/or other legislation may be introduced in the UK to amend the resolution regime that would apply in the event of a bank failure or to provide regulators with other resolution powers (including powers analogous to the bail-in power under the draft Recovery and Resolution Directive, as described below) and, as a result, potentially affect the position of holders of securities issued by the Issuer (including the Securities). For example, pursuant to a press release of the Basel Committee on Banking Supervision dated 13 January 2011 (the "January 2011 Press Release") and the publication, in October 2011, of the Financial Stability Board's "Key Attributes for Effective Resolution Regimes for Financial Institutions" on 6 June 2012, the European Commission published a legislative proposal for a directive providing for the establishment of a European-wide framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms (the "**Recovery and Resolution Directive**" or "**RRD**"). The stated aim of the draft RRD is to provide supervisory authorities with common tools and powers to address banking crises pre-emptively in order to safeguard financial stability and minimize taxpayers' exposure to losses. The powers proposed to be granted to supervisory authorities under the draft RRD include (but are not limited to) the introduction of a statutory "bail-in" power, which would give the relevant UK resolution authority the power to cancel all or a portion of the principal amount of, or interest on, certain unsecured liabilities of a failing financial institution and/or to convert certain debt claims into another security, including ordinary shares of the surviving Group entity, if any. It is currently contemplated that the majority of measures set out in the draft RRD will be implemented with effect from 1 January 2015, with the bail-in power for other eligible liabilities expected to be introduced by 1 January 2018. However, the draft RRD is not in final form, and changes may be made to it in the course of the legislative process and anticipated implementation dates in the EU and/or the UK could change.

As well as the UK bail-in power, the powers currently proposed to be granted to the relevant UK resolution authority under the draft RRD include the power to (i) direct the sale of the bank or the whole or part of its business on commercial terms without requiring the consent of the shareholders or complying with the procedural requirements that would otherwise apply, (ii) transfer all or part of the business of the bank to a "bridge bank" (a publicly controlled entity) and (iii) transfer the impaired or problem assets of the relevant financial institution to an asset management vehicle to allow them to be managed over time. There remains significant uncertainty regarding the ultimate nature and scope of these powers and, if ever implemented, how they would affect the Group and any Securities issued under the Programme. Accordingly, it is not yet possible to assess the full impact of the draft RRD on the Group and on holders of the Securities, and there can be no assurance that, once it is implemented, the manner in which it is implemented or the taking of any actions by the relevant UK resolution authority currently contemplated in the draft RRD would not adversely affect the rights of holders of any

Securities issued under the Programme, the price or value of an investment in such Securities and/or the Issuer's ability to satisfy its obligation under such Securities.

Structural reform

A number of regulators are currently proposing or considering legislation and rule making that could have a significant impact on the future legal entity structure, business mix and management of the Group.

The UK Government introduced the Financial Services (Banking Reform) Bill, which gives the UK authorities the power to implement key recommendations of the Independent Commission on Banking, including: (i) the separation of the UK and EEA retail banking activities of the largest UK banks into a legally, operationally and economically separate and independent entity (so called "ring fencing"); (ii) statutory depositor preference in insolvency; and (iii). a reserve power for the PRA to enforce full separation of the retail operations of UK banks to which the reforms apply under certain circumstances. The Bill has completed its passage through the House of Commons and is currently before the House of Lords.

- The Bill is primarily an enabling statute which provides the UK Treasury with the requisite powers to implement the underlying bill through secondary legislation. On 8 March 2013, the UK Government published draft secondary legislation. The UK Government intends that both primary and secondary legislation will be in place by May 2015 and that UK banks will be required to be compliant by 1 January 2019.
- The EU High Level Expert Group Review (the Liikanen Review) on reform of the structure of the EU banking sector, which includes recommendations for the mandatory separation of proprietary trading and other high-risk trading activities (subject to thresholds) from deposit taking banks. The EU Commission is considering the impact of the Liikanen Review's recommendations on growth and the safety and integrity of financial services in the EU, particularly in light of its current proposed legislative reforms, and will publish proposals on structural separation of banks in Q3 2013. Legislation is not expected to be finalised until 2015, at the earliest;
- US Federal Reserve proposals to implement section 165 of the Dodd-Frank Act to require the US subsidiaries of foreign banks operating in the US to be held under a US intermediate holding company subject to a comprehensive set of prudential, supervisory and local capital requirements prescribed by US regulators, and to implement Section 166 (early remediation requirements). Under the current proposals, the intermediate holding company would be required to meet the enhanced prudential standards and early remediation requirements that are, to a large degree, the same as those applicable to similar US bank holding companies, including some requirements previously assessed as not being applicable to the Group. The US Federal Reserve proposals if adopted in their current form have the potential to significantly increase the absolute and regulatory costs of the Group's US operations. It is also possible that the implementation of section 165 could have a more onerous effect in relation to the US subsidiaries of foreign banks than on US bank holding companies;
- In the US, the so-called "Volcker Rule" will, once effective, significantly restrict the ability of US bank holding companies and their affiliates, and the US branches of foreign banks, to conduct proprietary trading in securities and derivatives as well as certain activities related to hedge funds and private equity funds. In October 2011, US regulators proposed rules to implement the Volcker Rule. Those rules have not yet been finalised. Analysis continues of the proposals, but it is clear that compliance with them could entail significant additional compliance and operational costs for the Group. Whilst the statutory Volcker Rule provisions officially took

effect in July 2012, the Group has until the end of the conformance period, currently set for July 2014 (subject to possible extensions), in order to conform its activities to the requirements of the rule; and

- The European Commission's proposal for a directive providing for a new EU framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms (the "**Recovery and Resolution Directive**" or "**RRD**").

These laws and regulations and the way in which they are interpreted and implemented by regulators may have a number of significant consequences, including changes to the legal entity structure of the Group, changes to how and where capital and funding is raised and deployed within the Group, increased requirements for loss-absorbing capacity within the Group and/or at the level of certain legal entities or sub-groups within the Group and potential modifications to its business mix and model (including potential exit of certain business activities). These and other regulatory changes, and the resulting actions taken to address such regulatory changes, may have an adverse impact on the Issuer's profitability, operating flexibility, flexibility of deployment of capital and funding, return on equity, ability to pay dividends and/or financial condition. It is not yet possible to predict the detail of such legislation or regulatory rulemaking or the ultimate consequences to the Group which could be material.

FSCS

Banks, insurance companies and other financial institutions in the UK are subject to a single financial services compensation scheme (the Financial Services Compensation Scheme – "**FSCS**") which operates when an authorised firm is unable or is likely to be unable to meet claims made against it because of its financial circumstances. Most deposits made with branches of the Issuer within the European Economic Area (EEA) which are denominated in Sterling or other currencies that are covered by the FSCS. Most claims made in respect of investment business will also be protected claims if the business was carried on from the UK or from a branch of the bank or investment firm in another EEA member state. The FSCS is funded by levies on authorised UK firms such as the Issuer. In the event that the FSCS raises those funds more frequently or significantly increases the levies to be paid by firms, the associated costs to the Group may have a material impact on the Group's results.

Compensation has previously been paid out by the FSCS funded by loan facilities totalling approximately £18 billion provided by the UK Treasury to FSCS in support of FSCS's obligations to the depositors of banks declared in default. In April 2012, the FSCS agreed revised terms on the loan facilities including a 70 bps increase in the interest rate payable to 12 month LIBOR plus 100 basis points. This rate is subject to a floor equal to UK Treasury's own cost of borrowing, based on the relevant gilt rate. The facilities are expected to be repaid wholly from recoveries from the failed deposit takers, except for an estimated shortfall of £0.8 billion. The FSCS has announced it intends to recover this shortfall by levying the industry in instalments across 2013, 2014 and 2015, in addition to the ongoing interest charges on the outstanding loans. The Group has included an accrual of £190 million in other liabilities as at 30 June 2013 (2012: £156 million) in respect of the Group's portion of the total levies raised by the FSCS.

Market infrastructure reforms

The European Market Infrastructure Regulation ("**EMIR**") introduces new requirements to improve transparency and reduce the risks associated with the derivatives market. These requirements come into force progressively through 2013 and 2014. When it enters fully into force, EMIR will require entities that enter into any form of derivative contract, including interest rate, foreign exchange, equity, credit

and commodity derivatives, to: report every derivative contract entered into to a trade repository; implement new risk management standards (including operational processes and margining) for all bilateral over-the-counter derivative trades that are not cleared by a central counterparty; and clear, through a central counterparty, over-the-counter derivatives that are subject to a mandatory clearing obligation. CRD IV aims to complement EMIR by applying higher capital requirements for bilateral, over-the-counter derivative trades. Lower capital requirements for cleared trades are only available if the central counterparty is recognised as a “qualifying central counterparty”, which has been authorized or recognised under EMIR (in accordance with related binding technical standards).

In the US, the Dodd-Frank Act also mandates that many types of derivatives now traded in the over-the-counter markets must be traded on an exchange or swap execution facility and must be centrally cleared through a regulated clearing house. In addition, participants in these markets are now made subject to CFTC and SEC regulation and oversight. Entities required to register with the CFTC as “swap dealers” or “major swap participants” and/or with the SEC as “security-based swap dealers” or “major security-based swap dealers” are or will be subject to business conduct, capital, margin, record keeping and reporting requirements. The Bank has provisionally registered with the CFTC as a swap dealer. It is possible that other additional regulations (many of which still are not final), and the related expenses and requirements, will increase the cost of and restrict participation in the derivative markets, thereby increasing the costs of engaging in hedging or other transactions and reducing liquidity and the use of the derivative markets.

The new regulation of the derivative markets could adversely affect the business of the Issuer and its affiliates in these markets and could make it more difficult and expensive to conduct hedging and trading activities, which could in turn reduce the demand for swap dealer and similar services of the Issuer and its subsidiaries. In addition, as a result of these increased costs, the new regulation of the derivative markets may also result in the Group deciding to reduce its activity in these markets.

Conduct and reputation risks

Conduct risk is the risk that detriment is caused to the Group’s customers, clients or counterparties or to the Issuer and its employees because of inappropriate execution of the Group’s business activities. Reputation risk is the risk of damage to the Barclays brand arising from any association, action or inaction which is perceived by stakeholders to be inappropriate or unethical (for example, the industry wide investigation into the setting of LIBOR and other benchmarks and the mis-selling of PPI to consumers). Reputation risk may also arise from past, present or potential failures in corporate governance or management (for example, if Barclays PLC were to provide funding or services to clients without fully implementing anti-money laundering, anti-bribery or similar precautions). In addition, reputation risk may arise from the actual or perceived manner in which the Group conducts its business activities or in which business activities are conducted in the banking and financial industry generally

Failure to appropriately manage conduct and reputation risks may reduce — directly or indirectly — the attractiveness of the Group to stakeholders including customers, and may lead to negative publicity, loss of revenue, litigation, higher scrutiny and/or intervention from regulators, regulatory or legislative action, loss of existing or potential client business, reduced workforce morale, and difficulties in recruiting and retaining talent. Sustained damage arising from conduct and reputation risks could have a materially negative impact on the Group's ability to operate fully and the value of the Group's

franchise, which in turn could negatively affect the Group's operations, financial condition and prospects

Other operational risks.

(i) Infrastructure resilience, Technology and CyberSecurity

The Issuer's technological infrastructure is critical to the operation of its business and delivery of products and services to customers and clients. Any disruption in a customer's access to their account information or delays in making payments will have a significant impact on the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to both rectify the issue and reimburse losses incurred by customers.

The Issuer recognises the growing threats from cyberspace to its systems, including in respect of customer and the Group's information held on them, and transactions processed through these systems. To date, the Issuer is not aware of any significant breaches of its systems from cyberspace. However, given the increasing sophistication and scope of potential attacks from cyberspace, it is possible that in the future such attacks may lead to significant breaches. Failure to manage cybersecurity risk adequately could impact the group materially and adversely and could have a negative impact on the Group's performance or reputation.

(ii) Transform Programme

The "Transform programme" represents the strategy the Group, both for improved financial performance and cultural change, and the Group expects to incur significant restructuring charges and costs associated with implementing this strategic plan.

In addition, the successful development and implementation of the strategic plan requires difficult, subjective and complex judgements, including forecasts of economic conditions in various parts of the world, and is subject to significant execution risks. For example, the Group's ability to implement successfully the Transform programme may be adversely impacted by a significant global macroeconomic downturn, legacy issues, limitations in the Group's management or operational capacity or significant and unexpected regulatory change in countries in which the Group operates. Moreover, progress on the three elements of the Transform programme, or on the various components of these elements (including reduction in costs relative to net operating income), is unlikely to be uniform or linear, and certain targets may be achieved more slowly than others, if at all.

Failure to implement successfully the Transform programme could have a material adverse effect on the Group's ability to achieve the stated targets and other expected benefits of the Transform programme and there is also a risk that the costs associated with implementing the programme may be higher than the financial benefits expected to be achieved through the programme. In addition, the Group may not be successful in meeting the goals of embedding a culture and set of values across the Group and achieving lasting and meaningful change to the Group's culture, and this could negatively impact the Group's operations, financial condition and prospects.

(iii) Taxation risk

The Group is subject to the tax laws in all countries in which it operates, including tax laws adopted at an EU level, and is impacted by a number of double taxation agreements between countries.

There is potential risk that the Group could suffer losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage due to: failure to comply with or correctly assess the application of, relevant tax law; failure to deal with tax authorities in a timely, transparent and effective manner; incorrect calculation of tax estimates for reported and forecast tax numbers; or provision of incorrect tax advice.

(iv) Critical accounting estimates and judgements

The preparation of financial statements in accordance with IFRS requires the use of estimates. It also requires management to exercise judgement in applying relevant accounting policies. The key areas involving a higher degree of judgement or complexity, or areas where assumptions are significant to the consolidated and individual financial statements, include credit impairment charges for amortised cost assets, impairment and valuation of available-for-sale investments, calculation of income and deferred tax, fair value of financial instruments, valuation of goodwill and intangible assets, valuation of provisions and accounting for pensions and post-retirement benefits. There is a risk that if the judgement exercised or the estimates or assumptions used subsequently turn out to be incorrect then this could result in significant loss to the Group, beyond that anticipated or provided for, which could have an adverse impact on the Group's operations, financial results and condition and prospects.

Observable market prices are not available for many of the financial assets and liabilities that the Group holds at fair value and a variety of techniques to estimate the fair value are used. Should the valuation of such financial assets or liabilities become observable, for example as a result of sales or trading in comparable assets or liabilities by third parties, this could result in a materially different valuation to the current carrying value in the Group's financial statements.

The further development of standards and interpretations under IFRS could also significantly impact the financial results, condition and prospects of the Group. For example, the IAS 32 Financial Instruments revisions could result in a material gross-up of assets and liabilities in the balance sheet, depending on interpretation of the standard in relation to derivative offsetting.

(v) Payment Protection Insurance Redress

Following the conclusion of the 2011 Judicial Review regarding the assessment and redress of payment protection insurance ("PPI"), a provision for PPI redress of £1.0 billion was raised in May 2011 based on FSA guidelines and historic industry experience in resolving similar claims. Subsequently, further provisions totalling £1.6 billion were raised during 2012.

Due to the rate of decline in monthly claims volumes being less than previously expected, an additional provision of £1.35 billion was recognised in June 2013 (bringing the total provisions to £3.95 billion) to reflect updated assumptions regarding future claims volumes, including a provision for operational costs through to December 2014. As at 30 June 2013 £2.3 billion of the provision has been utilised, leaving a residual provision of £1.65 billion.

The basis of the current provision is calculated from a number of key assumptions which continue to involve significant management judgement and modelling:

- Customer initiated claim volumes – claims received but not yet processed and an estimate of future claims initiated by customers where the volume is anticipated to decline over time

- Proactive response rate – volume of claims in response to proactive mailing
- Uphold rate – the percentage of claims that are upheld as being valid upon review
- Average claim redress – the expected average payment to customers for upheld claims based on the type and age of the policy / policies

The provision also includes an estimate of the Group's claims handling costs and those costs associated with claims that are subsequently referred to the Financial Ombudsman Service ("FOS").

The Group will continue to monitor actual claims volumes and the assumptions underlying the calculation of its PPI provision. It is possible that the eventual costs may materially differ to the extent that actual experience is not in line with management estimates. Any increase in the level of the provision may have a material adverse effect on the Group's results of operations, financial condition and prospects.

Proposed financial transactions tax

The European Commission has published a proposal for a Directive for a common FTT in Belgium, Germany, Estonia, Greece, Spain, France, Italy, Austria, Portugal, Slovenia and Slovakia (the "**participating Member States**").

The proposed FTT has very broad scope and could, if introduced in its current form, apply to certain dealings in the Securities (including secondary market transactions) in certain circumstances.

Under current proposals the FTT could apply in certain circumstances to persons both within and outside of the participating Member States. Generally, it would apply to certain dealings in the Securities where at least one party is a financial institution, and at least one party is established in a participating Member State. A financial institution may be, or be deemed to be, "established" in a participating Member State in a broad range of circumstances, including by transacting with a person established in a participating Member State.

The FTT proposal remains subject to negotiation between the participating Member States and is the subject of legal challenge. It may therefore be altered prior to any implementation, the timing of which remains unclear. Additional EU Member States may decide to participate. Prospective holders of the Securities are advised to seek their own professional advice in relation to the FTT.

Although the effect of these proposals on us will not be known until the legislation is finalised, the FTT may also adversely affect certain of the Group's businesses.

3. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" shall be replaced as follows:

INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE

The following information has been deposited with the FCA (formerly the Financial Services Authority) and shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Base Prospectus pursuant to section 11 paragraph 1 sentence 2 of WpPG:

- the Annual Reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2011 (the "**2011 Issuer Annual Report**") and 31 December 2012 (the "**2012 Issuer Annual Report**"), respectively;
- the sections set out below from the Annual Report of Barclays PLC, as filed with the U.S. Securities and Exchange Commission (the "**SEC**") on Form 20-F in respect of the years ended 31 December 2011 and 31 December 2012 (the "**Barclays PLC Annual Report**"):

Corporate Governance Report	6 to 29
Directors' report	30 to 34
Board of Directors	35 to 37
People	38
Remuneration Report	39 to 68
Risk Review	69 to 160
Financial Review	161 to 188
Risk Management	273 to 303
Shareholder Information	304 to 316
Additional Information	317 to 346
Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC in respect of the years ended 31 December 2011 and 31 December 2012	347
Barclays Bank PLC Data	348 to 363

- the unaudited Interim Results Announcement of Barclays PLC and the Bank as filed with the SEC on Form 6-K on Film Number 13996454 on 30 July 2013 in respect of the six months ended 30 June 2013 (the "**Interim Results Announcement**").

To the extent that information is incorporated into this Prospectus by making reference only to certain parts of a document, the non-incorporated parts are not relevant for investors in the Securities. The above documents may be inspected during normal business hours at the registered office of the Issuer, at <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> and at the specified office of the Paying Agent as described in the section entitled "*Documents Available*" of "*General Information*".

The Issuer has applied International Financial Reporting Standards ("**IFRS**") as issued by the International Accounting Standards Board and as adopted by the European Union (the "**EU**") in the financial statements incorporated by reference above. A summary of the significant accounting policies for the Issuer is included in the 2011 Issuer Annual Report and the 2012 Issuer Annual Report.

4. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "**GENERAL INFORMATION**", the subsection "**Significant Change Statement**" shall be replaced as follows:

Significant Change Statement

There has been no significant change in the financial position of the Group since 30 June 2013.

5. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER" shall be replaced as follows:

INFORMATION RELATING TO THE ISSUER

THE ISSUER AND THE GROUP

The Issuer is a public limited company registered in England and Wales under number 1026167 with the Companies House of England and Wales in Cardiff. The liability of the members of the Issuer is limited. It has its registered and head office at 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom (telephone number +44 (0)20 7116 1000). The Issuer was incorporated on 7 August 1925 under the Colonial Bank Act 1925 and on 4 October 1971 was registered as a company limited by shares under the Companies Acts 1948 to 1967. Pursuant to The Barclays Bank Act 1984, on 1 January 1985, the Issuer was re-registered as a public limited company and its name was changed from "Barclays Bank International Limited" to "Barclays Bank PLC". The commercial name of the Issuer is "Barclays".

The Issuer and its subsidiary undertakings (taken together, the "Group") is a major global financial services provider engaged in retail and commercial banking, credit cards, investment banking, wealth management and investment management services with an extensive international presence in Europe, United States, Africa and Asia. Together with the predecessor companies, the Group has over 300 years of history and expertise in banking, and today the Group operates in over 50 countries and employs approximately 140,000 people. The Group moves, lends, invests and protects money for customers and clients worldwide. The whole of the issued ordinary share capital of the Issuer is beneficially owned by Barclays PLC, which is the ultimate holding company of the Group and one of the largest financial services companies in the world by market capitalisation.

The short term unsecured obligations of the Issuer are rated A-1 by Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, P-1 by Moody's Investors Service Ltd. and F1 by Fitch Ratings Limited and the long-term obligations of the Issuer are rated A by Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, A2 by Moody's Investors Service Ltd. and A by Fitch Ratings Limited.

The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2012 and 31 December 2011, respectively.

	2012	2011
	£m	£m
Total Assets	1,490,747	1,563,402
Net Loans and advances	466,627	478,726
Total Deposits	462,806	457,161
Total Shareholders' equity	62,894	65,170
Non-controlling interests	2,856	3,092
Profit before tax from continuing operations	99	5,974
Credit impairment charges	3,596	3,802

Investors should have regard to the Issuer and group disclosure set out in the Barclays PLC Annual Report (each as defined in the section of this Base Prospectus entitled "Information Incorporated by Reference").

The following financial information is extracted from the unaudited interim results announcement of the Issuer for the half year ended 30 June 2013:

	As at 30.06.2013	Comparative statements as at
	£m	30.06.2012 £m
Total Assets	1,533,378	1,629,089
Net Loans and advances	516,949	501,509
Total Deposits	538,624	502,818
Total Shareholders' equity	59,394	60,371
Non-controlling interests	2,620	2,957
Profit before tax from continuing operations	1,648	716
Credit impairment charges	1,631	1,710

Acquisitions, Disposals and Recent Developments

Strategic combination of Barclays Africa with Absa Group Limited

On 6 December 2012, the Issuer entered into an agreement to combine the majority of its Africa operations (the "**African Business**") with Absa Group Limited ("**Absa**"). Under the terms of the combination, Absa acquired Barclays Africa Limited, the holding company of the African Business, for a consideration of 129,540,636 Absa ordinary shares (representing a value of approximately £1.3 billion for Barclays Africa Limited). The combination completed on 31 July 2013 and, on completion, the Issuer's stake in Absa increased from 55.5% to 62.3%. Absa was subsequently renamed Barclays Africa Group Limited but continues to trade under the name Absa.

Acquisition of ING Direct UK

On 9 October 2012, the Issuer announced that it had agreed to acquire the deposits, mortgages and business assets of ING Direct UK. Under the terms of the transaction, which completed on 5 March 2013, the Issuer, acquired amongst other business assets, a deposit book with balances of approximately £11.4 billion and a mortgage book with outstanding balances of approximately £5.3 billion.

Disposal of stake in BlackRock, Inc.

On 22 May 2012, the Issuer announced that it had agreed to dispose of the Issuer's entire holding in BlackRock, Inc. ("**BlackRock**") pursuant to an underwritten public offer and a partial buy-back by BlackRock. On disposal, the Issuer received net proceeds of approximately \$5.5 billion.

PRA Capital Adequacy Review and the Issuer's Leverage Plan

In March 2013 the UK Financial Policy Committee asked the UK Prudential Regulation Authority (the "PRA") to take steps to ensure that, by the end of 2013, major UK banks and building societies, including the Issuer, held capital resources equivalent to 7% of their risk weighted assets. The PRA's calculation of capital adequacy was based on CRD IV definitions, applying them on a fully loaded basis with further prudential adjustments.

The PRA published its assessment in June 2013, further to which the Issuer announced that it could meet the adjusted 7% fully loaded Common Equity Tier 1 ratio target set by the PRA by December 2013, through planned balance sheet actions and retained earnings generation, in line with the Issuer's existing Transform programme.

As part of its review, the PRA also introduced a 3% leverage ratio target, calculated as fully loaded CET1 capital (after further prudential adjustments), together with any further issuance of Additional Tier 1 securities, and divided by a CRD IV leverage exposure measure (the "PRA Leverage Ratio"). As at 30 June 2013, the Group's adjusted fully loaded CRD IV leverage ratio was 2.2%, representing an estimated leverage gap of £12.8 billion of capital in order to meet the 3% target.

In July 2013, the PRA requested that the Issuer's plan to achieve a 3% PRA Leverage Ratio target by 30 June 2014, ahead of the anticipated CRD IV deadline for compliance in 2018. In order to achieve the target within the PRA's expected timeframe the Group formulated and agreed with the PRA a plan comprised of capital management and leverage exposure actions which was announced on 30 July 2013. The plan announced by the Group included an underwritten rights issue, measures to reduce the Issuer's CRD IV leverage exposure, and the continued execution of the Group's capital plan with the issuance of CRD IV qualifying Additional Tier 1 securities.

On 30 July 2013, the PRA announced that it had agreed and welcomed the Group's plan, and concluded that it was a credible plan to meet a PRA Leverage Ratio of 3% by end of June 2014 without cutting back on lending to the real economy.

Competition and Regulatory Matters

Structural reform

A number of regulators are currently proposing or considering legislation and rule making that could have a significant impact on the future legal entity structure, business mix and management of the Group.

The UK Financial Services (Banking Reform) Bill which gives UK authorities the power to implement key recommendations of the Independent Commission on Banking, including: (i) the separation of the UK and EEA retail banking activities of the largest UK banks into a legally, operationally and economically separate and independent entity (so called "ring fencing"); (ii) statutory depositor preference in insolvency; and (iii) a reserve power for the PRA to enforce full separation of the retail operations of UK banks to which the reforms apply under certain circumstances. The Bill has completed its passage through the House of Commons and is currently before the House of Lords.

- The Bill is primarily an enabling statute which provides the UK Treasury with the requisite powers to implement the underlying bill through secondary legislation. On 8 March 2013, the UK Government published draft secondary legislation. The UK Government intends that both primary and secondary legislation will be in place by May 2015 and that UK banks will be required to be compliant by 1 January 2019.
- The EU High Level Expert Group Review (the Liikanen Review) on reform of the structure of the EU banking sector, which includes recommendations for the mandatory separation of proprietary trading and other high-risk trading activities (subject to thresholds) from deposit taking banks. The EU Commission is considering the impact of the Liikanen Review’s recommendations on growth and the safety and integrity of financial services in the EU, particularly in light of its current proposed legislative reforms, and will publish proposals on structural separation of banks in Q3 2013. Legislation is not expected to be finalised until 2015, at the earliest;
- US Federal Reserve proposals to implement section 165 of the Dodd-Frank Act to require the US subsidiaries of foreign banks operating in the US to be held under a US intermediate holding company subject to a comprehensive set of prudential, supervisory and local capital requirements prescribed by US regulators, and to implement Section 166 (early remediation requirements). Under the current proposals, the intermediate holding company would be required to meet the enhanced prudential standards and early remediation requirements that are, to a large degree, the same as those applicable to similar US bank holding companies, including some requirements previously assessed as not being applicable to the Group. The US Federal Reserve proposals if adopted in their current form have the potential to significantly increase the absolute and regulatory costs of the Group’s US operations. It is also possible that the implementation of section 165 could have a more onerous effect in relation to the US subsidiaries of foreign banks than on US bank holding companies;
- In the US, the so-called “Volcker Rule” will, once effective, significantly restrict the ability of US bank holding companies and their affiliates, and the US branches of foreign banks, to conduct proprietary trading in securities and derivatives as well as certain activities related to hedge funds and private equity funds. In October 2011, US regulators proposed rules to implement the Volcker Rule. Those rules have not yet been finalised. Analysis continues of the proposals, but it is clear that compliance with them could entail significant additional compliance and operational costs for the Group. Whilst the statutory Volcker Rule provisions officially took effect in July 2012, the Group has until the end of the conformance period, currently set for July 2014 (subject to possible extensions), in order to conform its activities to the requirements of the rule; and
- The European Commission’s proposal for a directive providing for a new EU framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms (the “**Recovery and Resolution Directive**” or “**RRD**”).

These laws and regulations and the way in which they are interpreted and implemented by regulators may have a number of significant consequences, including changes to the legal entity structure of the Group, changes to how and where capital and funding is raised and deployed within Group, increased requirements for loss-absorbing capacity within the Group and/or at the level of certain legal entities or

sub-groups within the Group and potential modifications to its business mix and model (including potential exit of certain business activities).

PCBS Report on Banking Standards

On 19 June 2013 the Parliamentary Commission on Banking Standards ("PCBS") published its final report on the UK Banking sector, which is expected to result in further changes to draft primary and secondary legislation. The PCBS report recommends, amongst other things: (i) a new "senior persons" regime for individuals in the banking sector to ensure full accountability for decisions made; (ii) reforms to the remuneration of senior management and other influential bank staff to better align risk and reward; and (iii) sanctions and enforcement, including a new criminal offence of reckless misconduct. The UK Government published its response to the PCBS report on 8 July 2013, in which it endorses the report's principal findings and commits to implementing a number of its recommendations.

Interchange

The Office of Fair Trading, as well as other competition authorities elsewhere in Europe, continues to investigate Visa and MasterCard credit and debit interchange rates. The Group receives interchange fees, as a card issuer, from providers of card acquiring services to merchants. The key risks arising from the investigations comprise the potential for fines imposed by competition authorities, litigation and proposals for new legislation. The Group may be required to pay fines or damages and could be affected by legislation amending interchange rules. It is not currently possible to predict the likelihood or potential financial impact of these risks.

Investigations into LIBOR, ISDAfix and other Benchmarks

The FCA, the US Commodity Futures Trading Commission (the "CFTC"), the SEC, the US DOJ Fraud Section (the "DOJ-FS") and Antitrust Division (the "DOJ-AD"), European Commission, the UK Serious Fraud Office, the Monetary Authority of Singapore, the Japan Financial Services Agency, the prosecutors' office in Trani, Italy and various US state attorneys general are amongst various authorities conducting investigations (the "Investigations") into submissions made by the Issuer and other financial institutions to the bodies that set or compile various financial benchmarks, such as the London Interbank Offered Rate ("LIBOR") and the Euro Interbank Offered Rate ("EURIBOR").

On 27 June 2012, the Issuer announced that it had reached settlements with the FSA (as predecessor to the FCA), the CFTC and the DOJ-FS in relation to their Investigations and the Issuer agreed to pay total penalties of £290 million, which were reflected in operating expenses for 2012. The settlements were made by entry into a Settlement Agreement with the FSA, a Non-Prosecution Agreement ("NPA") with the DOJ-FS and a Settlement Order Agreement with the CFTC (the "CFTC Order"). In addition, the Issuer was granted conditional leniency from the DOJ-AD in connection with potential US antitrust law violations with respect to financial instruments that reference EURIBOR.

The terms of the Settlement Agreement with the FSA are confidential. However, the Final Notice of the FSA, which imposed a financial penalty of £59.5 million, is publicly available on the website of the FCA. This sets out the FSA's reasoning for the penalty, references the settlement principles and sets out the factual context and justification for the terms imposed. Summaries of the NPA and the CFTC Order are set out below. The full text of the NPA and the CFTC Order are publicly available on the websites of the DOJ and the CFTC, respectively.

In addition to a \$200 million civil monetary penalty, the CFTC Order requires the Issuer to cease and desist from further violations of specified provisions of the US Commodity Exchange Act and take specified steps to ensure the integrity and reliability of its benchmark interest rate submissions, including LIBOR and EURIBOR, and improve related internal controls. Amongst other things, the CFTC Order requires the Issuer to:

- make its submissions based on certain specified factors, with the Issuer’s transactions being given the greatest weight, subject to certain specified adjustments and considerations;
- implement firewalls to prevent improper communications including between traders and submitters;
- prepare and retain certain documents concerning submissions and retain relevant communications;
- implement auditing, monitoring and training measures concerning its submissions and related processes;
- make regular reports to the CFTC concerning compliance with the terms of the CFTC Order;
- use best efforts to encourage the development of rigorous standards for benchmark interest rates; and
- continue to cooperate with the CFTC’s ongoing investigation of benchmark interest rates.

As part of the NPA, the Issuer agreed to pay a \$160 million penalty. In addition, the DOJ agreed not to prosecute the Issuer for any crimes (except for criminal tax violations, as to which the DOJ cannot and does not make any agreement) related to the Issuer’s submissions of benchmark interest rates, including LIBOR and EURIBOR, contingent upon the Issuer’s satisfaction of specified obligations under the NPA. In particular, under the NPA, the Issuer agreed for a period of two years from 26 June 2012, amongst other things, to:

- commit no United States crime whatsoever;
- truthfully and completely disclose non-privileged information with respect to the activities of the Issuer, its officers and employees, and others concerning all matters about which the DOJ inquires of it, which information can be used for any purpose, except as otherwise limited in the NPA;
- bring to the DOJ’s attention all potentially criminal conduct by the Issuer or any of its employees that relates to fraud or violations of the laws governing securities and commodities markets; and
- bring to the DOJ’s attention all criminal or regulatory investigations, administrative proceedings or civil actions brought by any governmental authority in the United States by or against the Issuer or its employees that alleges fraud or violations of the laws governing securities and commodities markets.

The Issuer also agreed to cooperate with the DOJ and other government authorities in the United States in connection with any investigation or prosecution arising out of the conduct described in the NPA,

which commitment shall remain in force until all such investigations and prosecutions are concluded. The Issuer also continues to cooperate with the other ongoing investigations.

Following the settlements announced on 27 June 2012, 38 US state attorneys general commenced their own investigations into LIBOR, EURIBOR and the Tokyo Interbank Offered Rate. The New York Attorney General, on behalf of this coalition of attorneys general, issued a subpoena dated 17 July 2012 to the Issuer (and subpoenas to a number of other banks) to produce wide-ranging information and has since issued additional information requests to the Issuer for both documents and transactional data.

The Issuer is responding to these requests on a rolling basis. In addition, following the settlements the SFO announced on 6 July 2012 that it had decided formally to accept the LIBOR matter for investigation, in respect of which the Issuer has received and continues to respond to requests for information.

The European Commission has also been conducting investigations into the manipulation of, among other things, EURIBOR. The Issuer is a party to the European Commission's EURIBOR investigation and continues to cooperate. The European Commission has publicly stated that it hopes to be ready to adopt a decision in respect of its investigations towards the end of 2013.

The CFTC and the FCA are also conducting separate investigations into historical practices with respect to ISDAfix, amongst other benchmarks. The Issuer has received and continues to respond to subpoenas and requests for information from the CFTC."

It is not practicable to provide an estimate of the financial impact of the matters described in this section "Investigations into LIBOR, ISDAfix and other Benchmarks" or what effect, if any, that these matters might have upon operating results, cash flows or the Issuer's financial position in any particular period.

Please see "Legal Proceedings — LIBOR and Other Benchmark Civil Actions" for a discussion of litigation arising in connection with the Investigations.

Interest Rate Hedging Products Redress

On 29 June 2012, the FSA announced that a number of UK banks, including the Issuer, would be conducting a review and redress exercise in respect of interest rate hedging products sold on or after December 2001 to retail clients or private customers that are categorised as non-sophisticated for the purposes of the review. During the second half of 2012, the Issuer completed a pilot review of a sample of individual cases. On 31 January 2013, the FSA issued a report on the findings of an initial pilot review conducted by the Issuer and a number of other banks. The report included a number of changes and clarifications to the requirements under which the main review and redress exercise should be conducted and the Issuer agreed to conduct the exercise in line with the approach set out in that report.

There are approximately 4,000 retail clients or private customers to which interest rate hedging products were sold within the relevant timeframe, of which approximately 2,900 have been categorised as non-sophisticated under the terms of the agreement. As at 31 December 2012, a provision of £850 million had been recognised, reflecting management's best estimate of future redress to customers categorised as non-sophisticated and related costs. The estimate was based on an extrapolation of the results of the initial pilot exercise across the population. The provision recognised in the balance sheet as at 31 December 2012 was £814 million, after utilisation of £36 million during 2012, primarily related to administrative costs.

During 2013, additional cases have been reviewed providing a larger and more representative sample upon which to base the Issuer's provision. As a result, an additional provision of £650 million was recognised as at 30 June 2013, bringing the cumulative expense to £1,500 million. As at 30 June 2013, the provision on the balance sheet was £1,349 million reflecting cumulative utilisation of £151 million. No provision has been recognised in relation to claims from retail clients or private customers categorised as sophisticated, which are not covered by the redress exercise, or incremental consequential loss claims from customers categorised as non-sophisticated. These will be monitored and future provisions will be recognised to the extent an obligation resulting in a probable outflow is identified.

While the Group expects that the provision as at 30 June 2013 will be sufficient to cover the full cost of completing the redress, the appropriate provisions level will be kept under review and it is possible that the eventual costs could materially differ to the extent experience is not in line with management estimates.

Payment Protection Insurance Redress

Following the conclusion of the 2011 Judicial Review regarding the assessment and redress of PPI, a provision for PPI redress of £1.0 billion was raised in May 2011 based on FSA guidelines and historic industry experience in resolving similar claims. Subsequently, further provisions totalling £1.6 billion were raised during 2012.

Due to the rate of decline in monthly claims volumes being less than previously expected, an additional provision of £1.35 billion was recognised in June 2013 (bringing the total provisions to £3.95 billion) to reflect updated assumptions regarding future claims volumes, including a provision for operational costs through to December 2014. As at 30 June 2013 £2.3 billion of the provision has been utilised, leaving a residual provision of £1.65 billion.

The basis of the current provision is calculated from a number of key assumptions which continue to involve significant management judgement and modelling:

- Customer initiated claim volumes – claims received but not yet processed and an estimate of future claims initiated by customers where the volume is anticipated to decline over time
- Proactive response rate – volume of claims in response to proactive mailing
- Uphold rate – the percentage of claims that are upheld as being valid upon review
- Average claim redress – the expected average payment to customers for upheld claims based on the type and age of the policy / policies

The provision also includes an estimate of the Group's claims handling costs and those costs associated with claims that are subsequently referred to the FOS.

The Group will continue to monitor actual claims volumes and the assumptions underlying the calculation of its PPI provision. It is possible that the eventual costs may materially differ to the extent that experience is not in line with management estimates.

Federal Energy Regulatory Commission Investigation

The United States Federal Energy Regulatory Commission (the "FERC") Office of Enforcement has been investigating the Group's power trading in the western US with respect to the period from late 2006 through 2008. On 31 October 2012, the FERC issued a public Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties ("**Order and Notice**") against the Issuer in relation to this matter. In the Order and Notice the FERC asserts that the Issuer violated the FERC's Anti-Manipulation Rule by manipulating the electricity markets in and around California from November 2006 to December 2008, and proposed civil penalties and profit disgorgement to be paid by the Issuer. On 16 July 2013 the FERC issued an Order Assessing Civil Penalties in which it assessed a \$435 million civil penalty against the Issuer and ordered the Issuer to disgorge an additional US\$34.9 million of profits plus interest (both of which are consistent with the amounts proposed in the Order and Notice). In order to attempt to collect the penalty and disgorgement amount, FERC must file a civil action in federal court, which could occur at any time on or after the date of this Base Prospectus. In September 2013, the Issuer was contacted by the criminal division of the United States Attorney's Office in the Southern District of New York and advised that such office is looking at the same conduct at issue in the FERC matter. The Issuer intends to vigorously defend this matter.

Credit Default Swap (CDS) Antitrust Investigations

Both the European Commission and the DOJ-AD have commenced investigations in the CDS market (in 2011 and 2009, respectively). On 1 July 2013 the European Commission addressed a Statement of Objections to Barclays and 12 other banks, Markit and ISDA. The case relates to concerns that certain banks took collective action to delay and prevent the emergence of exchange traded credit derivative products. If the European Commission does reach a decision in this matter it has indicated that it intends to impose sanctions. The European Commission's sanctions can include fines. The DOJ-AD's investigation is a civil investigation and relates to similar issues. Putative class actions alleging similar issues have also been filed in the US. The timing of these cases is uncertain and it is not possible to provide an estimate of the potential financial impact of this matter on the Group.

Investigations into Certain Agreements

The FCA has investigated certain agreements including two advisory services agreements entered into by the Issuer with Qatar Holding in June and October 2008 respectively, and whether these may have related to the Group's capital raisings in June and November 2008. The FCA issued Warning Notices against Barclays PLC and the Issuer on 13 September 2013. The existence of the advisory services agreement entered into in June 2008 was disclosed but the entry into the advisory services agreement in October 2008 and the fees payable under both agreements, which amount to a total of £322 million payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the capital raisings in June and November 2008. While the Warning Notices consider that Barclays PLC and the Issuer believed at the time that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from the agreements, they state that the primary purpose of the agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the capital raisings. The Warning Notices conclude that Barclays PLC and the Issuer were in breach of certain disclosure-related Listing Rules and Barclays PLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of Barclays PLC's shares). In this regard, the FCA considers that Barclays PLC and the Issuer

acted recklessly. The financial penalty in the Warning Notices against the Group is £50 million. However, Barclays PLC and the Issuer continue to contest the findings.

The Serious Fraud Office investigation is at an earlier stage and the Group has received and continues to respond to requests for further information.

The DOJ and the SEC are undertaking an investigation into whether the Group's relationships with third parties who assist the Issuer to win or retain business are compliant with the United States Foreign Corrupt Practices Act. They are also investigating the agreements referred to above including the two advisory services agreements. The US Federal Reserve has requested to be kept informed of these matters.

It is not possible to estimate the full impact on the Group if the final conclusion of these matters is adverse.

Directors

The Directors of the Issuer, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Group and their principal outside activities (if any) of significance to the Group are as follows:

<u>Name</u>	<u>Function(s) within the Group</u>	<u>Principal outside activities</u>
Sir David Walker	Chairman	Consultative Group on International Economic and Monetary Affairs, Inc. (Group of Thirty) Cicely Saunders International
Antony Jenkins	Group Chief Executive	Director, The Institute of International Finance
Chris Lucas	Group Finance Director ¹	—
David Booth	Non-Executive Director	Director, East Ferry Investors Inc
Tim Breedon CBE	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Ministry of Justice Departmental Board
Fulvio Conti	Non-Executive Director	Chief Executive Officer, Enel SpA; Director, AON PLC; Independent Director, RCS MediaGroup S.p.A
Simon Fraser	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Fidelity Japanese Values Plc and Fidelity European Values Plc; Chairman, Foreign & Colonial Investment Trust PLC; Chairman, The Merchants Trust PLC; Non-

¹ On 16 July 2013, the Issuer announced the appointment of Tushar Morzaria as successor to Chris Lucas as Group Finance Director following Mr. Lucas' announcement in February 2013 of his intention to retire. Mr. Morzaria will join the Board as an Executive Director with effect from 1 January 2014. Mr. Lucas will remain accountable for 2013 financial reporting and will remain on the Board as Group Finance Director and a member of the Executive Committee until his retirement on 28 February 2014, at which point Mr. Morzaria will take up his responsibilities in full.

<u>Name</u>	<u>Function(s) within the Group</u>	<u>Principal outside activities</u>
		Executive Director, Ashmore Group PLC
Reuben Jeffery III	Non-Executive Director	Senior Adviser, Center for Strategic & International Studies; Chief Executive Officer, Rockefeller & Co., Inc.
Dambisa Moyo	Non-Executive Director	Non-Executive Director, SABMiller plc; Non-Executive Director, Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Deputy Chairman and Senior Independent Director	Chairman, BT Group PLC; Director, McGraw-Hill Companies;
Sir John Sunderland	Non-Executive Director	Chairman, Merlin Entertainments Group; Non-Executive Director, AFC Energy plc
Diane de Saint Victor	Non-Executive Director	General Counsel, Company Secretary and a member of the Group Executive Committee of ABB Limited
Fritts van Paasschen	Non-Executive Director	CEO and President of Starwood Hotels and Resorts Worldwide Inc.
Mike Ashley	Non-Executive Director	

No potential conflicts of interest exist between any duties to the Issuer of the Directors listed above and their private interests or other duties.

Employees

As at 30 June 2013, the total number of persons employed by the Group (full time equivalents) was 139,900 (31 December 2012: 139,900).

Legal Proceedings

Lehman Brothers

On 15 September 2009, motions were filed in the United States Bankruptcy Court for the Southern District of New York (the "**Bankruptcy Court**") by Lehman Brothers Holdings Inc. ("**LBHI**"), the SIPA Trustee for Lehman Brothers Inc. (the "**Trustee**") and the Official Committee of Unsecured Creditors of Lehman Brothers Holdings Inc. (the "**Committee**"). All three motions challenged certain aspects of the transaction pursuant to which Barclays Capital Inc. ("**BCI**") and other companies in the Group acquired most of the assets of Lehman Brothers Inc. ("**LBI**") in September 2008 and the court order approving such sale (the "**Sale**"). The claimants were seeking an order voiding the transfer of certain assets to BCI; requiring BCI to return to the LBI estate alleged excess value BCI received; and declaring that BCI is not

entitled to certain assets that it claims pursuant to the sale documents and order approving the Sale (the "**Rule 60 Claims**"). On 16 November 2009, LBHI, the Trustee and the Committee filed separate complaints in the Bankruptcy Court asserting claims against BCI based on the same underlying allegations as the pending motions and seeking relief similar to that which is requested in the motions. On 29 January 2010, BCI filed its response to the motions and also filed a motion seeking delivery of certain assets that LBHI and LBI have failed to deliver as required by the sale documents and the court order approving the Sale (together with the Trustee's competing claims to those assets, the "**Contract Claims**"). Approximately US\$4.5 billion (£3.0 billion) of the assets acquired as part of the acquisition had not been received by 30 June 2013, approximately US\$3.4 billion (£2.3 billion) of which have been recognised as a receivable on the balance sheet as at 30 June 2013. The receivable reflects an increase of \$0.4 billion (£0.3 billion) recognised in profit or loss during the period, primarily as a result of greater certainty regarding the recoverability of \$769 million (£0.5 billion) from the Trustee in respect of LBI's 15c3-3 reserve account assets. On 16 July 2013, the Trustee paid this amount to BCI. This results in an effective provision as of 30 June 2013 of US\$1.1 billion (£0.7 billion) against the uncertainty inherent in the litigation and issues relating to the recovery of certain assets held by institutions outside the United States.

On 22 February 2011, the Bankruptcy Court issued its Opinion in relation to these matters, rejecting the Rule 60 Claims and deciding some of the Contract Claims in the Trustee's favour and some in favour of BCI. On 15 July 2011, the Bankruptcy Court entered final Orders implementing its Opinion. BCI and the Trustee each appealed the Bankruptcy Court's adverse rulings on the Contract Claims to the United States District Court for the Southern District of New York (the "**District Court**"). LBHI and the Committee did not pursue an appeal from the Bankruptcy Court's ruling on the Rule 60 Claims. After briefing and argument, the District Court issued its Opinion on 5 June 2012 in which it reversed one of the Bankruptcy Court's rulings on the Contract Claims that had been adverse to BCI and affirmed the Bankruptcy Court's other rulings on the Contract Claims. On 17 July 2012, the District Court issued an amended Opinion, correcting certain errors but not otherwise affecting the rulings, and an agreed judgment implementing the rulings in the Opinion (the "**Judgment**"). BCI and the Trustee have each appealed the adverse rulings of the District Court to the United States Court of Appeals for the Second Circuit.

Under the Judgment, BCI is entitled to receive: (i) \$1.1 billion (£0.7 billion) from the Trustee in respect of "clearance box" assets; (ii) property held at various institutions to secure obligations under the exchange-traded derivatives transferred to BCI in the Sale (the "**ETD Margin**"), subject to the proviso that BCI will be entitled to receive \$507 million (£0.3 billion) of the ETD Margin only if and to the extent the Trustee has assets available once the Trustee has satisfied all of LBI's customer claims; and (iii) \$769 million (£0.5 billion) from the Trustee in respect of LBI's 15c3-3 reserve account assets only if and to the extent the Trustee has assets available once the Trustee has satisfied all of LBI's customer claims.

A portion of the ETD Margin which has not yet been recovered by BCI or the Trustee is held or owed by certain institutions outside the United States (including several Lehman affiliates that are subject to insolvency or similar proceedings). As at the date of this Base Prospectus, the Issuer cannot reliably estimate how much of the ETD Margin held or owed by such institutions BCI is ultimately likely to receive. On 7 June 2013, the Trustee announced that he was commencing additional distributions to former securities customers of LBI and would continue to make distributions until all customer claims have been fully paid. On 2 July 2013, the Trustee notified BCI that such distributions were "substantially

complete." Pursuant to a Stipulation and Order dated 24 April 2013, the Trustee had previously reserved \$5.6 billion (£3.7 billion) which was to be available to pay any amounts ultimately due to BCI, including the \$507 million (£0.3 billion) in respect of ETD Margin and the \$769 million (£0.5 billion) in respect of LBI's 15c3-3 reserve account assets. On 16 July 2013, the Trustee paid BCI the \$769 million (£0.5 billion).

The \$3.4 billion (£2.3 billion) recognised on the Issuer's balance sheet as at 30 June 2013 is consistent with a scenario in which the District Court's rulings are unaffected by future proceedings, but conservatively assuming no recovery by BCI of any of the ETD Margin not yet recovered by BCI or the Trustee that is held or owed by institutions outside the United States. In such case, to the extent BCI recovers ETD Margin held or owed by institutions outside of the United States, the value of such recovered margin would therefore result in a gain to BCI. However, there remains a significant degree of uncertainty with respect to the value of such ETD Margin to which BCI is entitled or that BCI may recover. In a worst case scenario in which the Court of Appeals reverses the District Court's rulings and determines that Barclays PLC is not entitled to any of the clearance box assets. Barclays PLC estimates that, after taking into account its effective provision, its total losses would be approximately \$6.0 billion (£4.0 billion). Approximately, \$3.3 billion (£2.2 billion) of that loss would relate to Clearance Box Assets and ETD Margin previously received by Barclays PLC and pre-judgement and post-judgement interest on such Clearance Box Assets and ETD Margin that would have to be returned or paid to the Trustee. In this context, the Issuer is satisfied with the valuation of the asset recognised on its balance sheet and the resulting level of effective provision.

American Depositary Shares

Barclays PLC, the Issuer and various current and former members of Barclays PLC's Board of Directors have been named as defendants in five proposed securities class actions (which have been consolidated) pending in the United States District Court for the Southern District of New York (the "Court"). The consolidated amended complaint, dated 12 February 2010, alleges that the registration statements relating to American Depositary Shares representing preferred stock, series 2, 3, 4 and 5 (the "Preferred Stock ADS") offered by the Issuer at various times between 2006 and 2008 contained misstatements and omissions concerning (amongst other things) the Issuer's portfolio of mortgage-related (including US subprime-related) securities, the Issuer's exposure to mortgage and credit market risk and the Issuer's financial condition. The consolidated amended complaint asserts claims under Sections 11, 12(a)(2) and 15 of the Securities Act of 1933. In January 2011, the Court granted the defendants' motion to dismiss the complaint in its entirety, closing the case. In February 2011, the plaintiffs filed a motion asking the Court to reconsider in part its dismissal order, and in May 2011, the Court denied in full the plaintiffs' motion for reconsideration. The plaintiffs have appealed both decisions (the grant of the defendants' motion to dismiss and the denial of the plaintiffs' motion for reconsideration) to the United States Court of Appeals for the Second Circuit. (the "Second Circuit").

On 19 August 2013, the Second Circuit upheld the dismissal of the plaintiffs' claims related to the series 2, 3 and 4 offerings finding that they were time barred. However, the Second Circuit ruled that the plaintiffs should have been permitted to file an amended complaint in relation to the series 5 offering claims. The actions have been sent back to the Court by the Second Circuit and the plaintiffs have been granted leave to file their amended complaint as it relates to the series 5 offering claims.

The Issuer considers that these Preferred Stock ADS-related claims against it are without merit and is defending them vigorously. As at the date of this Base Prospectus, it is not practicable to estimate the Issuer's possible loss in relation to these claims or any effect that they might have upon operating results in any particular financial period.

US Federal Housing Finance Agency and Other Residential Mortgage-Backed Securities Litigation

The US Federal Housing Finance Agency ("FHFA"), acting for two US government sponsored enterprises, Fannie Mae and Freddie Mac (collectively, the "GSEs"), filed lawsuits against 17 financial institutions in connection with the GSEs' purchases of residential mortgage-backed securities ("RMBS"). The lawsuits allege, amongst other things, that the RMBS offering materials contained materially false and misleading statements and/or omissions. The Issuer and/or certain of its affiliates or former employees are named in two of these lawsuits, relating to sales between 2005 and 2007 of RMBS, in which BCI was lead or co-lead underwriter.

Both complaints demand, amongst other things: rescission and recovery of the consideration paid for the RMBS; and recovery for the GSEs' alleged monetary losses arising out of their ownership of the RMBS. The complaints are similar to other civil actions filed against the Issuer and/or certain of its affiliates by other plaintiffs, including the Federal Home Loan Bank of Seattle, Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of Chicago, Cambridge Place Investment Management, Inc., HSH Nordbank AG (and affiliates), Sealink Funding Limited, Landesbank Baden-Württemberg (and affiliates), Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank AG (and affiliates) and Stichting Pensioenfonds ABP, Royal Park Investments SA/NV, Bayerische Landesbank, John Hancock Life Insurance Company (and affiliates), Prudential Life Insurance Company of America (and affiliates) and the National Credit Union Administration relating to purchases of RMBS. The Issuer considers that the claims against it are without merit and intends to defend them vigorously.

The original amount of RMBS related to the claims against the Issuer in the FHFA cases and the other civil actions against the Group totalled approximately \$8.7 billion, of which approximately \$2.6 billion was outstanding as at 30 June 2013. Cumulative losses reported on these RMBS as at 30 June 2013 were approximately \$0.5 billion. If the Issuer were to lose these cases the Issuer believes it could incur a loss of up to the outstanding amount of the RMBS at the time of judgment (taking into account further principal payments after 30 June 2013), plus any cumulative losses on the RMBS at such time and any interest, fees and costs, less the market value of the RMBS at such time. The Issuer has estimated the total market value of the RMBS as at 30 June 2013 to be approximately \$1.6 billion. The Issuer may be entitled to indemnification for a portion of any losses. These figures do not include two related class actions brought on behalf of a putative class of investors in RMBS issued by Countrywide and underwritten by BCI and other underwriters, in which the Issuer is indemnified by Countrywide.

Devonshire Trust

On 13 January 2009, the Issuer commenced an action in the Ontario Superior Court (the "Court") seeking an order that its early terminations earlier that day of two credit default swaps under an ISDA Master Agreement with the Devonshire Trust ("Devonshire"), an asset-backed commercial paper conduit trust, were valid. On the same day, Devonshire purported to terminate the swaps on the ground that the Issuer had failed to provide liquidity support to Devonshire's commercial paper when required to do so. On 7 September 2011, the Court ruled that the Issuer's early terminations were invalid,

Devonshire's early terminations were valid and, consequently, Devonshire was entitled to receive back from the Issuer cash collateral of approximately C\$533 million together with accrued interest thereon. The Issuer appealed the Court's decision to the Court of Appeal for Ontario. On 26 July 2013, the Court of Appeal delivered its decision dismissing the Bank's appeal. The Issuer is currently considering its options with respect to the decision. If the Court of Appeal's decision were to be unaffected by future proceedings, the Issuer estimates that its loss would be approximately C\$500 million, less any impairment provisions recognised to date. The Issuer has updated these provisions to take full account of the Court of Appeal's decision.

LIBOR and other Benchmarks Civil Actions

Following the settlements of the Investigations referred to in "Competition and Regulatory Matters – Investigations into LIBOR, ISDAfix and other Benchmarks", a number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group in relation to LIBOR and/or other benchmarks. As at the date of this Base Prospectus, it is not possible to estimate the Group's possible loss in relation to these claims or what effect, if any, they might have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular financial period.

The Issuer and other banks have been named as defendants in class action and non-class action lawsuits pending in United States Federal Courts in connection with their roles as contributor panel banks to US Dollar LIBOR, the first of which was filed on 15 April 2011. The complaints are substantially similar and allege, amongst other things, that the Issuer and the other banks individually and collectively violated various provisions of the Sherman Act, the US Commodity Exchange Act, the Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) and various state laws by suppressing or otherwise manipulating US Dollar LIBOR rates. The lawsuits seek an unspecified amount of damages and trebling of damages under the Sherman and RICO Acts. The proposed class actions purport to be brought on behalf of (amongst others) plaintiffs that (i) engaged in US Dollar LIBOR-linked over-the-counter transactions; (ii) purchased US Dollar LIBOR-linked financial instruments on an exchange; (iii) purchased US Dollar LIBOR-linked debt securities; (iv) purchased adjustable-rate mortgages linked to US Dollar LIBOR; or (v) issued loans linked to US Dollar LIBOR. The majority of the US Dollar LIBOR cases are consolidated before one United States District Court in the Southern District of New York (the “Court”). On 29 March 2013, the Court issued a decision dismissing the majority of claims against the Issuer and other panel bank defendants in six leading cases including three proposed class actions.

Following the decision, plaintiffs in the three proposed class actions moved the District Court for permission to either file an amended complaint or appeal an aspect of the decision.

On 23 August 2013, the Court issued an order denying the majority of the motions presented by the three proposed class action plaintiffs. As a result of this order, a proposed class action pertaining to the purchase of U.S. Dollar LIBOR-linked debt securities has been dismissed entirely; the claims alleged in a proposed class action pertaining to the purchase of U.S. Dollar-linked financial instruments on an exchange are limited to claims under the US Commodity Exchange Act; and the claims in a proposed class action relating to allegations of plaintiffs that engaged in U.S. Dollar LIBOR-linked over-the-counter transactions are limited to claims for unjust enrichment and breach of implied covenant of good faith and fair dealing. Some, but not all, aspects of the judge’s decision are appealable within 30 days.

The plaintiffs in the other three actions filed a new action in state court based on the same allegations as those initially alleged in the proposed class action cases discussed above. Defendants, including the Issuer, have removed that action to federal court and are currently seeking to have it transferred back to the Court. Additionally, a number of other actions before the Court remain stayed, pending further proceedings in the lead actions.

Until there are further, the ultimate impact of the Court’s decision will be unclear, although it is possible that the decision will be interpreted by courts to affect other litigation, including the actions described below, some of which concern different benchmark interest rates.

An additional individual US Dollar LIBOR action was commenced on 13 February 2013 in the United States District Court for the Southern District of New York against the Issuer and other banks. Plaintiffs allege that defendants conspired to increase US Dollar LIBOR, which caused the value of bonds pledged as collateral for a loan to decrease, ultimately resulting in the sale of the bonds at the bottom of the market. This action has been assigned to a different judge in the Southern District of New York, and is proceeding on a different schedule than is the consolidated action, with a motion to dismiss to be fully submitted to the court by the end of 2013.

An additional class action was commenced on 30 April 2012 in the United States District Court for the Southern District of New York against the Issuer and other Japanese Yen LIBOR panel banks by plaintiffs involved in exchange-traded derivatives. The complaint also names members of the Japanese Bankers Association's Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate ("**TIBOR**") panel, of which the Issuer is not a member. The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the Euroyen TIBOR and Yen LIBOR rates and breaches of US antitrust laws between 2006 and 2010. The defendants have filed a motion to dismiss, which will be fully submitted to the Court by the end of 2013.

A further class action was commenced on 6 July 2012 in the District Court against the Issuer and other EURIBOR panel banks by plaintiffs that purchased or sold EURIBOR-related financial instruments. The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the EURIBOR rate and breaches of the Sherman Act and the US Commodity Exchange Act beginning as early as 1 January 2005 and continuing through to 31 December 2009. On 23 August 2012, the plaintiffs voluntarily dismissed the complaint.

On 12 February 2013, a class action was commenced against the Issuer and other EURIBOR panel banks by plaintiffs that purchased or sold a NYSE LIFFE EURIBOR futures contract. The complaint alleges manipulation of the EURIBOR rate and violations of the Sherman Act beginning as early as 1 June 2005 and continuing through 30 June 2010. The action is currently pending in the United States District Court for the Southern District of New York. The plaintiffs have indicated that they plan to file an amended complaint before the end of 2013.

In addition, the Issuer has been granted conditional leniency from the DOJ-AD in connection with potential US antitrust law violations with respect to financial instruments that reference EURIBOR. As a result of that grant of conditional leniency, the Issuer is eligible for (i) a limit on liability to actual rather than treble damages if damages were to be awarded in any civil antitrust action under US antitrust law based on conduct covered by the conditional leniency and (ii) relief from potential joint-and-several liability in connection with such civil antitrust action, subject to the Issuer satisfying the DOJ and the court presiding over the civil litigation of its satisfaction of its cooperation obligations. The Issuer has also been named as a defendant along with four current and former officers and directors of the Issuer in a proposed securities class action pending in the United States District Court for the Southern District of New York in connection with the Issuer's role as a contributor panel bank to LIBOR. The complaint principally alleges that the Issuer's Annual Reports for the years 2006 to 2011 contained misstatements and omissions concerning (amongst other things) the Issuer's compliance with its operational risk management processes and certain laws and regulations. The complaint also alleged that the Issuer's daily US Dollar LIBOR submissions constituted false statements in violation of US securities law. The complaint was brought on behalf of a proposed class consisting of all persons or entities that purchased American Depositary Receipts sponsored by the Issuer on an American securities exchange between 10 July 2007 and 27 June 2012. The complaint asserts claims under Sections 10(b) and 20(a) of the US Securities Exchange Act 1934. On 13 May 2013, the court granted the Issuer's motion to dismiss the complaint in its entirety. Plaintiffs' motion for reconsideration of that dismissal was denied on 13 June 2013. Plaintiffs filed a notice of appeal with the United States Court of Appeals for the Second Circuit on 12 July 2013, and the appeal will be fully submitted to the Court of Appeals by the end of 2013.

In addition to US actions, legal proceedings have been brought or threatened against the Bank in connection with alleged manipulation of LIBOR and EURIBOR, in a number of jurisdictions, including

England and Wales and Italy. The number of such proceedings, the benchmarks to which they relate and the jurisdiction in which they may be brought are anticipated to increase over time.

It is not practicable to provide an estimate of the financial impact of the potential exposure of any of the actions described or what effect, if any, that they might have upon operating results, cash flows or the Issuer's or Group's financial position in any particular period.

Other Legal and Regulatory Proceedings

Barclays PLC, the Issuer and the Group are engaged in various other legal and regulatory proceedings both in the United Kingdom and a number of overseas jurisdictions, including the United States, involving claims by and against it which arise in the ordinary course of business, including debt collection, consumer claims and contractual disputes. The Group does not expect the ultimate resolution of any of these other proceedings to which the Group is party to have a material adverse effect on its results of operations, cash flows or the financial position of the Group and the Group has not disclosed the contingent liabilities associated with these claims either because they cannot reliably be estimated or because such disclosure could be prejudicial to the conduct of the claims. Provisions have been recognised for those cases where the Group is able reliably to estimate the probable loss where the probable loss is not de minimis.

In relation to Card Protection Plan Limited ("CPP"), on the 22 August 2013 the FCA announced that it had reached an agreement with CPP and 13 high street banks and credit card issuers, including Barclays PLC, for redress to be paid to customers who were mis-sold CPP's Card Protection and Identity Protection policies. As at 30 June 2013, a provision, based upon a number of assumptions including expected customer response rates, was held for the cost of redress and associated operational costs. Taking into account information known at this early stage of the redress process, Barclays PLC considers that its existing provision is adequate.

Auditors

The annual consolidated and unconsolidated financial statements of the Issuer for the two years ended 31 December 2011 and 31 December 2012 have been audited without qualification by PricewaterhouseCoopers of Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, chartered accountants and registered auditors (authorised and regulated by the Financial Conduct Authority for designated investment business). PricewaterhouseCoopers in the United Kingdom is not a member of any professional body. However, PricewaterhouseCoopers are registered with the Institute of Chartered Accountants in England and Wales (ICAEW) and the Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB).

6. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "TAXATION", the subsection "**4 Austrian Taxation**" shall be replaced as follows:

4 Austrian Taxation

This section on taxation contains a brief summary of the Issuer's understanding with regard to certain important principles which are of significance in connection with the purchase, holding or sale of the Securities in the Republic of Austria. This summary does not purport to exhaustively describe all possible tax aspects and does not deal with specific situations which may be of relevance for certain potential investors. The following comments are rather of a general nature and included herein solely for information purposes. These comments are not intended to be, nor should they be construed to be,

legal or tax advice. This summary furthermore only refers to investors which are subject to unlimited (corporate) income tax liability in Austria. It is based on the currently valid tax legislation, case law and regulations of the tax authorities, as well as their respective interpretation, all of which may be amended from time to time. Such amendments may possibly also be effected with retroactive effect and may negatively impact on the tax consequences described. It is recommended that potential purchasers of the Securities consult with their legal and tax advisors as to the tax consequences of the purchase, holding or sale of the Securities. Tax risks resulting from the Securities (in particular from a potential qualification as a foreign investment fund within the meaning of sec. 188 of the Austrian Investment Funds Act 2011 (*Investmentfondsgesetz 2011*)) shall in any case be borne by the purchaser. For the purposes of the following it is assumed that the Securities are legally and factually offered to an indefinite number of persons.

General remarks

Individuals having a permanent domicile (*Wohnsitz*) and/or their habitual abode (*gewöhnlicher Aufenthalt*) in Austria are subject to income tax (*Einkommensteuer*) in Austria on their worldwide income (unlimited income tax liability; *unbeschränkte Einkommensteuerpflicht*). Individuals having neither a permanent domicile nor their habitual abode in Austria are subject to income tax only on income from certain Austrian sources (limited income tax liability; *beschränkte Einkommensteuerpflicht*).

Corporations having their place of effective management (*Ort der Geschäftsleitung*) and/or their legal seat (*Sitz*) in Austria are subject to corporate income tax (*Körperschaftsteuer*) in Austria on their worldwide income (unlimited corporate income tax liability; *unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht*). Corporations having neither their place of effective management nor their legal seat in Austria are subject to corporate income tax only on income from certain Austrian sources (limited corporate income tax liability; *beschränkte Körperschaftsteuerpflicht*).

Both in case of unlimited and limited (corporate) income tax liability Austria's right to tax may be restricted by double taxation treaties.

Income taxation of the Securities

Pursuant to sec. 27(1) of the Austrian Income Tax Act (*Einkommensteuergesetz*), the term investment income (*Einkünfte aus Kapitalvermögen*) comprises:

- income from the letting of capital (*Einkünfte aus der Überlassung von Kapital*) pursuant to sec. 27(2) of the Austrian Income Tax Act, including dividends and interest;
- income from realised increases in value (*Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen*) pursuant to sec. 27(3) of the Austrian Income Tax Act, including gains from the sale, redemption and other realisation of assets that lead to income from the letting of capital, zero coupon bonds and also broken-period interest; and
- income from derivatives (*Einkünfte aus Derivaten*) pursuant to sec. 27(4) of the Austrian Income Tax Act, including cash settlements, option premiums received and income from the sale or other realisation of forward contracts like options, futures and swaps and other derivatives such as index certificates.

Also the withdrawal of the Securities from a bank deposit (*Depotentnahme*) and circumstances leading to a loss of Austria's taxation right regarding the Securities vis-à-vis other countries, e.g., a relocation

from Austria (*Wegzug*), are in general deemed to constitute a sale (cf. sec. 27(6)(1) of the Austrian Income Tax Act).

Individuals subject to unlimited income tax liability in Austria holding the Securities as a non-business asset are subject to income tax on all resulting investment income pursuant to sec. 27(1) of the Austrian Income Tax Act. In case of investment income with an Austrian nexus (*inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen*), basically meaning income that is paid by an Austrian paying agent (*auszahlende Stelle*) or an Austrian custodian agent (*depotführende Stelle*), the income is subject to a withholding tax of 25%; no additional income tax is levied over and above the amount of tax withheld (final taxation pursuant to sec. 97(1) of the Austrian Income Tax Act). In case of investment income without an Austrian nexus, the income must be included in the income tax return and is subject to a flat income tax rate of 25%. In both cases upon application the option exists to tax all income subject to the tax rate of 25% at the lower progressive income tax rate (option to regular taxation pursuant to sec. 27a(5) of the Austrian Income Tax Act). Sec. 27(8) of the Austrian Income Tax Act, inter alia, provides for the following restrictions on the offsetting of losses: negative income from realised increases in value and from derivatives may not be offset against interest and other claims against credit institutions as well as income from Austrian or foreign private law foundations and comparable legal estates (*privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen*); income subject to the flat tax rate of 25% may not be offset against income subject to the progressive income tax rate (this equally applies in case of an exercise of the option to regular taxation); negative investment income not already offset against positive investment income may not be offset against other types of income.

Individuals subject to unlimited income tax liability in Austria holding the Securities as a business asset are subject to income tax on all resulting investment income pursuant to sec. 27(1) of the Austrian Income Tax Act. In case of investment income with an Austrian nexus (as described above) the income is subject to a withholding tax of 25%. While this withholding tax has the effect of final taxation for income from the letting of capital, income from realised increases in value and income from derivatives must on the other hand be included in the income tax return (nevertheless flat income tax rate of 25%). In case of investment income without an Austrian nexus, the income must always be included in the income tax return (flat income tax rate of 25%). In both cases upon application the option exists to tax all income subject to the tax rate of 25% at the lower progressive income tax rate (option to regular taxation pursuant to sec. 27a(5) of the Austrian Income Tax Act). Pursuant to sec. 6(2)(c) of the Austrian Income Tax Act, depreciations to the lower fair market value and losses from the sale, redemption and other realisation of financial assets and derivatives in the sense of sec. 27(3) and (4) of the Austrian Income Tax Act, which are subject to the special tax rate of 25%, are primarily to be offset against income from realised increases in value of such financial assets and derivatives and with appreciations in value of such assets; only half of the remaining negative difference may be offset against other types of income (and carried forward).

Corporations subject to unlimited corporate income tax liability in Austria are subject to corporate income tax on interest from the Securities at a rate of 25%. In case of investment income with an Austrian nexus (as described above) the income is subject to a withholding tax of 25%, which can be credited against the corporate income tax liability. However, under the conditions set forth in sec. 94(5) of the Austrian Income Tax Act no withholding tax is levied in the first place. Income from the sale of the Securities is subject to corporate income tax of 25%. Losses from the sale of the Securities can be offset against other income (and carried forward).

Private foundations pursuant to the Austrian Private Foundations Act fulfilling the prerequisites contained in sec. 13(3) and (6) of the Austrian Corporate Income Tax Act and holding the Securities as a non-business asset are subject to interim taxation at a rate of 25% on interest income, income from realised increases in value and income from derivatives (*inter alia*, if the latter are in the form of securities). Interim tax does not fall due insofar as distributions subject to withholding tax are made to beneficiaries in the tax period. In case of investment income with an Austrian nexus (as described above) income is in general subject to a withholding tax of 25%, which can be credited against the tax falling due. Under the conditions set forth in sec. 94(12) of the Austrian Income Tax Act no withholding tax is levied.

Pursuant to sec. 93(6) of the Austrian Income Tax Act, the Austrian custodian agent is obliged to automatically offset negative investment income against positive investment income, taking into account all of a taxpayer's bank deposits with the custodian agent. If negative and at the same time or later positive income is earned, then the negative income is to be offset against the positive income. If positive and later negative income is earned, then the withholding tax on the positive income is to be credited, with such tax credit being limited to 25% of the negative income. In certain cases, the offsetting is not permissible. The custodian agent has to issue a written confirmation on the offsetting of losses for each bank deposit.

Pursuant to sec. 188 of the Austrian Investment Funds Act 2011, a foreign investment fund is defined as any assets subject to a foreign jurisdiction which, irrespective of the legal form they are organized in, are invested according to the principle of risk-spreading on the basis either of a statute, of the entity's articles or of customary exercise. Certain collective investment vehicles investing in real estate are exempted. It should be noted that the Austrian tax authorities have commented upon the distinction between index certificates of foreign issuers on the one hand and foreign investment funds on the other hand in the Investment Fund Regulations (*Investmentfondsrichtlinien*). Pursuant to these, no foreign investment fund may be assumed if for the purposes of the issuance no predominant actual purchase of the underlying assets by the issuer or a trustee of the issuer, if any, is made and no actively managed assets exist. Directly held bonds shall not be considered as foreign investment funds if the performance of the bonds depends on an index, notwithstanding the fact of whether the index is a well-known one, an individually constructed "fixed" index or an index which is changeable at any time. In case of a qualification as a foreign investment fund the tax consequences would substantially differ from those described above. Sec. 188 of the Austrian Investment Funds Act 2011 was changed in the course of the implementation of Directive 2011/61/EU and is applicable to business years of investment funds starting after 21 July 2013; to date no guidance has been issued by the tax authorities on the interpretation of this new provision.

EU withholding tax

Sec. 1 of the Austrian EU Withholding Tax Act (*EU-Quellensteuergesetz*) – implementing Council Directive 2003/48/EC of 3 June 2003 on taxation of savings income in the form of interest payments – provides that interest payments paid or credited by an Austrian paying agent to a beneficial owner who is an individual resident in another EU member state (or in certain dependent or associated territories, which currently include Anguilla, Aruba, the British Virgin Islands, Guernsey, the Isle of Man, Jersey, Montserrat, the Netherlands Antilles and the Turks and Caicos Islands) are subject to a withholding tax of 35% if no exception from such withholding applies. Sec. 10 of the Austrian EU Withholding Tax Act provides for an exemption from EU withholding tax if the beneficial owner presents to the paying agent a certificate drawn up in his/her name by the competent authority of his/her member state of residence

for tax purposes, indicating the name, address and tax or other identification number or, failing such, the date and place of birth of the beneficial owner, the name and address of the paying agent, and the account number of the beneficial owner or, where there is none, the identification of the security; such certificate shall be valid for a period not exceeding three years.

Regarding the issue of whether also index certificates are subject to the EU withholding tax, the Austrian tax authorities distinguish between index certificates with and without a capital guarantee, a capital guarantee being the promise of repayment of a minimum amount of the capital invested or the promise of the payment of interest. Pursuant to a statement by the Austrian Federal Ministry of Finance in case of certificates with a capital guarantee, all guaranteed interest is to be seen as interest within the meaning of the Austrian EU Withholding Tax Act, while the qualification of all other not guaranteed income depends on the type of the underlying (e.g. in the case of equity indices as underlying assets such income is not considered as interest).

Tax treaty between Austria and Switzerland

On 1 January 2013 the Treaty between the Republic of Austria and the Swiss Confederation on Cooperation in the Areas of Taxation and Capital Markets entered into force. The treaty provides that a Swiss paying agent has to withhold a tax amounting to 25%, on, inter alia, interest income, dividends and capital gains from assets booked with an account or deposit of such Swiss paying agent, if the relevant holder of such assets (i.e. in general individuals on their own behalf and as beneficial owners of assets held by a domiciliary company (*Sitzgesellschaft*)) is tax resident in Austria. For Austrian income tax purposes the withholding tax has the effect of final taxation regarding the underlying income if the Austrian Income Tax Act provides for the effect of final taxation for such income. The treaty, however, does not apply to interest covered by the Agreement between the European Community and the Swiss Confederation providing for measures equivalent to those laid down in Council Directive 2003/48/EC on taxation of savings income in the form of interest payments. The taxpayer can opt for voluntary disclosure instead of the withholding tax by expressly authorising the Swiss paying agent to disclose to the competent Austrian authority the income and capital gains; these subsequently have to be included in the income tax return.

Austrian inheritance and gift tax

Austria does not levy inheritance or gift tax.

However, it should be noted that certain gratuitous transfers of assets to (Austrian or foreign) private law foundations and comparable legal estates (*privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen*) are subject to foundation tax (*Stiftungseingangssteuer*) pursuant to the Austrian Foundation Tax Act (*Stiftungseingangssteuergesetz*). Such tax is triggered if the transferor and/or the transferee at the time of transfer have a domicile, their habitual abode, their legal seat or their place of effective management in Austria. Certain exemptions apply in case of a transfer *mortis causa* of financial assets within the meaning of sec. 27(3) and (4) of the Austrian Income Tax Act (except for participations in corporations) if income from such financial assets is subject to the special tax rate of 25%. The tax basis is the fair market value of the assets transferred minus any debts, calculated at the time of transfer. The tax rate is in general 2.5%, with a higher rate of 25% applying in special cases.

In addition, a special notification obligation exists for gifts of money, receivables, shares in corporations, participations in partnerships, businesses, movable tangible assets and intangibles. The notification obligation applies if the donor and/or the donee have a domicile, their habitual abode, their legal seat or

their place of effective management in Austria. Not all gifts are covered by the notification obligation: In case of gifts to certain related parties, a threshold of EUR 50,000 per year applies; in all other cases, a notification is obligatory if the value of gifts made exceeds an amount of EUR 15,000 during a period of five years. Furthermore, gratuitous transfers to foundations falling under the Austrian Foundation Tax Act described above are also exempt from the notification obligation. Intentional violation of the notification obligation may lead to the levying of fines of up to 10% of the fair market value of the assets transferred.

Further, it should be noted that gratuitous transfers of the Securities may trigger income tax on the level of the transferor pursuant to sec. 27(6)(1) of the Austrian Income Tax Act (see above).